



NEOFASCHISTISCHE AKTIVITÄTEN UND ANTIFASCHISTISCHER WIDERSTAND

Chronologie der Jahre 1980-87

NOTIZEN AUS DER PROVINZ Von Neofaschisten, Sozialdemokraten und antifaschistischen Bündniss

18 THE SAME PROCEDURE AS EVERY YEAR Zur antifaschistischen Geschichte der Volkstrauertage KEIN PLATZ FÜR FASCHISTEN IN GELSENKIRCHEN ?

DER VOLKSTRAUERTAG 87

Zur Anatomie eines antifaschistischen Bündnisses ANTIFASCHISMUS IM FEIERTAGSGEWAND

Die Probleme der Geisenkirchener Sozialdemokratie mit dem Antifaschismu

Ein Lehrstück neofaschistischen Terrors und behördlicher Ignoranz ZWISCHEN FUSBALLPLATZ UND PAUSENHOF Das Rekrutierungsfeld der Neonazis

DAS NEOFASCHISTISCHE LAGER STELLT SICH VOR 3 Durch die Transparenz zum Angriff kommen

DIE DVU ALS LISTE-D

Der deutschnationale Senkrechtstarter

Die Faschisten der verbotenen ANS/NA arbeiten jetzt in einer neuen Partei

merden

Krankghar

NATIONALREVOLUTIONÄRE

Die ideologischen Modernisierer des Rechtsradikalismus Beethoven GEGEN MC-DONALD (Dokumentation)

Der Unterschied zwischen Antiamerikanismus und Antiimperialismus

Ein konterrevolutionäres Wirtschaftsunternehmen

Die klerikalfaschistische Internationale

59 MUTTER ODER HURE

Das Frauenbild von Neonazis

4 GLOBAL DENKEN LOKAL HANDELN

GLOBAL DENKEN LOKAL HANDELN

...es kann gar nicht oft genug wiederholt werden UNSERE REPUBLIK UND IHRE NEOFASCHISTEN

Zur Funktion von Neofaschisten im bürgerlichen Rechtsstaat WAS IST REVOLUTIONÄRER ANTIFASCHISMUS ?

Die Skizze einer antifaschistischen Strategie



Bestelladresse: c/o Initiativenzentrum 'Trotz Alledem', Weberstr. 79, 4650 Gelsenkirchen - Verkaufspreis: 5,- DM - Berugsbedingungen: Wir verschicken die Broschüre gegen Vorkasse in Form von Bargeld. Bitte schickt nur Geldscheine und/oder notfalls Briefmarken. Die Portokosten sind im Preis inbegriffen. Für Spenden sind wir natzihle außerst dankbar. Nicht ausreichend franklerte Umschläge gehen auf jeden Fall zurück an den/die Absender/in. Gefangene erhalten die Broschüre kostenios. I. Auflage Feb. 188

sen une Druschure Kostenios. 1. Autiage Feb. '88

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Broschüre solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. 'Zur-Habe-Nahme' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Broschüre dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Broschüre dem Gefangenen nur tellweise persönlich ausgehändigt, so sind die nichtausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

# VORWORT

Wie kam es zu dieser Broschüre ?

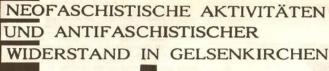


Wir haben uns in Gelsenkirchen in den letzten Jahren mit dem permanenten Auftreten und vor allen Dingen mit denen damit im Zusammenhang stehenden Aktionen von Neonazis konfrontiert ge-sehen (siehe Presse-Chronik). Auf dieses Auftreten der Neonazis hat hier die linke Szene (besser:das desolate Häuflein von ein paar Linken) auch immer mit verschiedenen antifaschistischen Aktionen re-aglert. Und genau hier setzt auch unsere Kritik an, denn vom ewigen RE-AGIEREN auf Anschläge und Provokationen der Neonazis haben wir die Schnauze voll. Alles lief immer nach demselben Schema ab : Traten z.B. irgendwo öffentlich die Faschisten auf (NPD Info-stände / Volkstrauertag), flugs wurde für diesen Tag der antifaschistische Kampf (der gerade in GE besonders harmlos ist) propagiert und vorbereitet. Der politische Erfolg dabei wurde an der Anzahl der Gegendemonstranten gemessen, und da wenigstens die immer halbwegs erfreulich war, konnte mensch wieder be-ruhigt in jene politische Apathie verfallen, aus der mensch durch die Nazis für kurze Zeit aufgeschreckt worden war. Und damit sind wir auch schon bei Sinn und Zweck dieser Broschire angelangt, denn wir wollen hier UNSER Verständnis vom antifaschistischen Kampf darstellen und Ansätze für eigenes politisches AGIEREN aufzeigen. Wir haben die Broschüre in 4 Teile geglier rt. Der 1.Teil ist eine umfassende Presse-Chronik der Ereignisse in GE von 1980 bis heute, der 2.Teil stellt die für GE besonders wichtigen und besonderen Geschehnisse und politischen Aspekte noch einmal gesondert dar. Im 3.Teil werden Neofaschistische Parteien/Organisationen dargestellt. In Teil 4 haben wir versucht so etwas wie eine "Glo-balanalyse" und eine Einschätzung über die Funktion der Neonazis innerhalb dieses Systems zu leisten. Die von uns daraus gezogenen Konsequenzen für unseren antifaschistischen Kampf beschließen dann die Broschüre.

Anlaß zur Selbstkritik ist für uns die Tatsache, daß die Themen Patriarchat und Ausländer/Flücht-linge fehlen. Dies ist hauptsächlich auf unsere persönlichen Fehler bei der Arbeit an der Broschüre zurückzuführen, ein anderer Grund dafür ist, daß wir bestimmte Diskussionen noch nicht geführt haben oder gerade erst führen (Patriarchat). Wir hoffen aber trotzdem die Diskussion über die Inhalte des antifaschistischen Kampfes (zumindest in GE) mit dieser Broschüre vorantreiben zu kön-



IMPRESSUM





CHRONOLOGIE DER JAHRE 1980-87

80 Nov.1980 : Im Rahmen der unter städtischer Beteiligung stattfindenden offiziellen Feier-

lichkeiten zum Volkstrauertag, legt die "Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der Angehörigen der ehemaligen Waf-fen-SS" (HIAG) auf dem Hauptfriedhof einen Kranz mit dem Namenszug der Waffen-SS nieder.

Anschlag auf Resser Falkenheim Im gemeinsamen Ladenlokal der Resser Falken und des "Vereins zur Förderung der Kinder- und Jugendarbeit" in der Kreuzstraße, wird mit mehreren Stei-nen eine große Schaufensterscheibe eingeworfen. Es entsteht ein Sachschaden von 2000 DM. Am Gebäude finden sich Hakenkreuzschmierereien und Naziparo-

Der Falkentreffpunkt war bereits seit dem Frühjahr 1980 bevorzugtes An-griffsziel von Neonazis. Die ständigen Schmierereien und Beschädigungen verursachten bereits einen Sachschaden von 1000 DM. 'Ermittelungen' der Polizei blieben erfolglos.

Die Falken vermuten als Täter eine in Resse existierende paramilitärisch organisierte Wehrsportgruppe, welche regelmäßig Übungen mit "realistischem Charakter" (zum Teil angeblich bewaff-net) In der Gegend von Oer-Erkenschwieck durchführt. Jugendleiter Radke: "Vor zwei Jahren kamen ein paar Jugendliche in unsere Gemeinschaft, die erzählten, sie wären hier in Resse in elner Art paramilitärischer Gruppe

In der Lokalpresse erscheint ein Protestbrief der VVN/BdA gegen die wiederum zum Volkstrauertag geplante Kranzniederlegung durch die HIAG. Die Stadt wird zum Verbot dieser Veranstaltung aufgefordert.

15.11.81 : Die Kranzniederlegung durch die HIAG anläßlich der Volkstrauertagsfelerlichkelten findet statt und führt zu hefti-gen Diskussionen und Auseinandersetzungen auf dem Hauptfriedhof. Zum ersten Mal artikulieren Antifaschisten Ih-ren Protest direkt vor Ort, legen selber einen Kranz für die Opfer des Na-tionalsozialismus nieder und werden von SS-Leuten übel beschimpft. U.a. wird gegenüber einem ehemaligen Auschwitz-Häftling geäußert, "daß alle, die im KZ gewesen selen, dort auch hingehört hätten."



Mai'82

: Drohbrief an W. Ullrich den Vorsitzenden der VVN/BdA. (Aufforderung sich zur Verbrennung zu melden.) Überfall auf eine schwangere Türkin in Rotthausen, die danach eine Fehlgeburt

Kindergärten erhielten eine Broschüre mit dem Titel: 'Integration ist Völker-Hetzparolen (Falkenheime, Schulen,

Wohnungen türkischer Mitbürger)

Auftritt von Neonazis bei einer Demonstration gegen die Stillegungspläne beim Schalker Verein. 26.1.82 25.2.82 : Die Buersche Zeitung veröffentlicht ei-ne Werbeanzeige der Nationalzeitung.

: In mehreren Leserbriefen wird Empörung über die BZ-Werbung für das wich-27.2 und tigste Propagandablatt der Neofaschisten geäußert.

> : VVN/BdA und lungdemokraten rufen zur Gründung einer "Initiative gegen Neonazismus und Ausländerfeindlichkeit" auf.

Als Begründung für die Notwendigkeit einer derartigen Initiative, wird der im Schatten der ökonomischen Krise sich ausbreitende Ausländerhaß und das zugehmende Erstarken rechtskonservativer und neofaschistischer Kräfte angeführt

Arbeitsschwerpunkt der Initiative soll zunächst eine Aufarbeitung und Do-kumentation neofaschistischer und ausländerfeindlicher Aktivitäten in Gelsenkirchen sein, wobei ein spezieller Schwerpunkt auf das Geschehen an Gel-senkirchener Schulen gelegt werden soll. Außerdem soll gegen eine neuerli-che Kranzniederlegung der HIAG am Volkstrauertag 1982 vorgegangen wer-

Die Gründungsversammlung der Initiati-ve wird für den 13.5.82 in der Pappchachtel anberaumt.

8.5.82

Anläßlich des Jahrstages der Befreiung vom Faschismus, legt die VVN am Mahnmal im Stadtgarten einen Kranz zum Gedenken an die Opfer des Fa-schismus nieder. Wilhelm Alexander geht in seiner Rede auch auf das Auf-treten der HIAG am Volkstrauertag 1981 ein und kündigt entschiedenen Wi derstand gegen eine erneute Provoka-tion durch die Alt-Nazis an.

18/19.5.82: Das städtische Kommunikationszentrum
'Pappschachtel' wird durch einen Brandanschlag zerstört. In den Trümmern findet eine Praktikantin ein Schild mit der Aufschrift: "Schade das ihr nicht

mitverbrannt seid, VVN". Die Vorsitzenden der VVN/BdA und der 'Initiative gegen Ausländerfeindlichkeit und Neonazismus' erhalten Drohbriefe. (Todesanzeigen mit der Aufschrift: "Letzte Warnung!") Ein nur von Türken bewohntes Haus in

der Schwanenstraße brennt nieder.



: Die Initiative gegen Ausländerfeindlichkeit und Neonazismus fordert den Polizeipräsidenten der Stadt Gelsenkirchen auf, endlich den Stand der Ermittelungen in Bezug auf die Brandstiftungen offenzulegen.

Anf. Nov82: Fünfundzwanzig türkische Geschäfte werden mit ausländerfeindlichen Parolen und Hakenkreuzen beschmiert.

27.6.82

Zum Jahrestag der sog. Reichskristallnacht' finden zum ersten Mal unter dem Motto "Nie wieder Reichs istallnacht" ein Fackelzug und eine ...undgebung statt. Aufgerufen wurde von ei-nem breiten Bündnis aus Falken, SPD, Jusos, AWO, DGB, VVN/BdA, DFG/VK und Naturfreunden.

Brandanschlag auf das Büro des türkischen Arbeitervereins in der Boker-mühlstr.15. Ein anonymer Bekenner-brief an die WAZ und den türkischen Arbeiterverein enthält folgenden inhalt: "Wir fangen hier erst an. Das war nur ein Vorgeschmack. Wir brauchen keine in unserem Land, die sich wie Ratten vermehren. Gehen die Türken nicht

von selbst, helfen wir. 13.11.82 Um ein erneutes Auftreten von HIAG und/oder NPD zu verhindern, wurde in der antifaschistischen Szene mittels eines öffentlichen Aufrufs breiter mo-

bilisiert. Der "Volksbund deutscher Kriegsgräberfürsorge" hatte sich im Vorfeld der Gedenkveranstaltung dazu verpflichtet. Als die Faschisten trotzdem bei der Trauerfeier – an der übrigens auch Bürgermeister Egon Rossa als Vertret-der Stadt teilnimmt – auftauchen, kommt es zu "hitzigen Wortgefechten" und "Tumulten".

In einem Leserbrief in der Buerschen 16.11.82 Zeitung wird auf eine großangelegte Sprühaktion gegen türkische Gaststät-ten, Lebensmittelläden, Reisebüros so-wie gegen die Büros der türkischen Vereine hingewiesen. In mindestens 25 Fällen wurde nachts die Parole "Türkenschweine raus" kombiniert mit einem Hakenkreuz gesprüht.



22.-28.11.: Der Verein zur Förderung des Kommunikationszentrums Pappschachtel organisiert eine deutsch-türkische Woche im Jugendheim Tossehof. 23.11.82 Mahnwache der Initiative gegen Auslanderfeindlichkeit vor dem Jugendheim Tossehof. Podlumsdiskussion unter dem Motto: 24.11.82 "Auständerfeindlichkeit-Schlagwort oder Wirklichkeit?". Es werden Vorwürfe gegen die Stadt erhoben, sie ergreife keine konkreten Gegenmaßnahmen zu neofaschistischen Aktivitäten. Forderung: "Taten statt schöner Worte" 27.11.82 : Der evangelische Arbeitskreis für Ausländerfragen ruft zu einer Demonstration auf, um die Verantwortlichen in Stadt und Staat zum Handeln aufzurufen und um Solidarität mit ausländischen Mitbürgern/Mitbürgerinnen zu 11.12.82 : Eine weitere Podiumsdiskussion wird vom türkischen Arbeiterverein organi-Sylvester: Anschlag auf die Resser Moschee, Ahorn-82/83 : straße. Fünf große Fenster des Bethauses gehen zu Bruch. Auch 1982 waren auf den Bet-und Versammlungsraum zwei Anschläge verübt worden. Eine als kulturelle Veranstaltung getarnte Versammlung der "Grauen Wölfe" findet im Annette von Droste-Hülshoff -Gymnasium statt. Sie war von der Stadt genehmigt worden, obwohl die "Initiative gegen Ausländerfeindlichkeit und Neonazismus" auf den wahren Charakter der Veranstaltung hingewiesen hatte. Die Polizei schirmt die Veranstaltung gegen die Gegendemonstranten/innen

: Demonstration vor dem Büro der "Grau-

schen Organisation.

en Wölfe" in Horst mit der Forderung

nach einem Verbot dieser faschisti-

An einer Kundgebung und Kranznieder-

legung der VVN/BdA anläßlich des 50.

Jahrestages der Machtergreifung durch

die Nationalsozialisten am Ehrenmal

im Stadtgarten beteiligen sich unge-

fähr 200 Menschen. In einem Redebei-

trag wird als aktuelles Beispiel für die

Gefahr des Faschismus auf den Brand-

anschlag auf die Pappschachtel hinge-

Nach dem Ende der Veranstaltung und

in offensichtlicher Abgrenzung zu ihr

legen OB Kuhlmann und MdB Jochen

Poß als Vertreter der Geisenkirchener

SPD, sowie der frühere NRW- Minis-

terpräsident Heinz Kühn eigene Kränze

nleder. Vorausgegangen war diesem

Spektakel eine Feierstunde der SPD

unter dem Motto "50 Jahre danach",

mit Kühn als Hauptreferenten und pro-

minenten Gast. Kühn sieht "neue Ge-

fahren von rechts, in einer Zeit neuer

wirtschaftlicher Bedrängnis" und vergleicht die aktuelle Gefahr des Faschismus mit der Situation in der Weimarer Republik.

6.3.83

schee. Diese Moschee dient nicht nur als Bethaus, sondern auch als Raum zur Begegnung zwischen Deutschen und Türken/innen, sowie als Unterrichtsraum für schreib-und leseunkundige türkische Mitbürger/innen.

: In der Wattenscheider Stadthalle findet

kirchener Antifaschisten/innen beteillgen sich an einer Gegendemonstration. Der Gelsenkirchener Kreisverband der VVN/BdA fordert in einem offenen Brief den Oberbürgermeister der Stadt

13.-22.7. : In dieser Zeit stören jugendliche Neonazis mehrmals ein internationales Workcamp des "Service Civil International", in dem gemeinsame Spiele und Aktionen deutscher und ausländischer Kinder organisiert wurden. Die Nazis verteilen eine Zeitung der NPD (Deutsche Stimme"), sammelten Unterschrifund beleidigten und bedrohten die Betreuerin, Hedwig S. Unterstützt wurden die Neonazis durch faschistische und ausländerfeindliche Äußerungen von deutschen Anwohnern/innen.

Als Hedwig S. die Bedrohung durch die Neonazis auf der nächstgelegenen Polizeiwache anzeigen will, wird sie von einem Beamten der Schutzpolizei ausgelacht und an die Kripo verwiesen. Nachdem dieses Verhalten der Polizei durch eine Pressekonferenz und einen Protestbrief öffentlich wurde, bedauert Polizeipräsident Dr. Günther Schermer die "Fehlleistung" des Beamten und bezeichnet sein Verhalten als "ungeschickt". Für die Einleitung eines Disziplinarverfahrens sei der Fall aber nicht gravierend genug.

13.10.83 Anschlag auf die türkische Familie Tasbilek. Das Schlafzimmerfenster wird eingeschlagen, das Zimmer verwüstet und mit Hetzparolen gegen Ausländer beschmiert, außerdem werden 3000 DM gestohlen. Am nächsten Tag findet Ibrahim Tas-

bilek einen Zettel im Briefkasten, mit der Drohung: "Haben sie genug? Jetzt die Kinder! : Mahnwache der "Initiative gegen Aus-18.10.83

länderfeindlichkeit" vor dem Bürgerbüro der CDU.

: Unter dem Motto "Gemeinsam gegen 25.10.83 Ausländerfeindlichkeit" findet ein Solidaritätsfest statt. Verschiedene Initiativen beschließen, ihre Arbeit zu koordinieren, um bessere Gegenmaßnahmen zu neofaschistischen Aktivitäten zu erreichen.

9.11.83 Während einer Gedenkkundgebung der Falken zur Reichskristallnacht stören Neonazis mit ausländerfeindlichen Parolen wie "Ausländer raus". Die Polizei stellt ihre Personalien fest und ermittelt wegen Volksverhetzung.

12.11.83 : Etwa 80 Faschisten aus dem Hochsauerlandkreis, sowie aus Dortmund, Münster, Hagen und Bochum ziehen zum Friedhof. Als etwa 200 Antifaschisten/ innen dazu kommen, verhindert die Polizel eine Konfrontation, indem sie die Faschisten schützt. Nicht verhindern kann die Polizei, daß nach der Kundgebung Antifaschisten/innen von teilweise bewaffneten Nazis angegriffen werden. In der Nacht zuvor waren zahlreiche Autos mit antifaschistischen Aufklebern beschädigt worden.

16 11 83 Die SPD ist darüber entrüstet, daß die "geistigen Nachkömmlinge Hitlers In zunehmenden Maße frecher werden und öffentlich in Erscheinung treten." Entschiedener Widerstand wird angekündigt und der Polizeipräsident auf eine Ver-

anstaltung eingeladen.

"Ich bin jedoch zu der Überzeugung ge kommen, daß bei aller gebotenen Güterabwägung das NPD-Verbot sowohl aus Respekt vor den Opfern des organisierten Völkermordes der Nazis, als auch aus Gründen des sich ausbreitenden Terrors politisch notwendig ist." Mit dieser Begründung bittet Frey(SPD) NRW-Innenminister Schnoor die Frage eines NPD-Verbots neu zu prüfen.

22.11.83 : Mitglieder kirchlicher Friedensgruppen stellen Fragen zu neofaschistischem Auftreten und rechtsstaatlichen Gegenmaßnahmen an OB Kuhlmann und den Polizeipräsidenten. Antworten fehlen

bis heute.

25 11 83 : Zahlreiche Gräber auf dem Altstadtfriedhof wurden zerstört. Als Mitarbeiter des Friedhofs den Kripoleuten ein Hakenkreuz zeigen, glaubte man zunächst an politische Hintergründe. Später behauptet die Polizei jedoch, hierfür keine Anhaltspunkte zu haben.

25.11.83 : Die Stadt weist Vorwürfe am 12.11. untātig gewesen zu sein zurück. "Das vermehrte Auftreten rechtsradikaler Gruppen erfüllt die Verwaltung mit großer Sorge. Die Störer konnten beim betreten des Friedhofs allerdings nicht

erkannt werden."

1.12.83 Auch die CDU ist schwer besorgt über "die Entwicklung radikaler Bewegungen im Stadtgebiet."

"Es darf keinen Unterschied bei Gewaltanwendung in rechte oder linke Ge-

walt geben."

2.12.83

: Polizeipräsident Dr. Günter Schermer verleiht in einem Antwortschreiben auf Anfragen antifaschistischer Initiativen seiner Empörung ausdruck, daß an solchen Tagen wie dem Volkstrauertag "ausgerechnet diejenigen (Nazis) auf dem Friedhof auftreten, die sich selbst als Nachfolger einer geschichtlichen Epoche verstehen, die unsägliches Leid über Deutschland und Europa gebracht hat.

5.12.83 : Ein sofortiges Verbot der NPD fordern Mitglieder der Initiative gegen Neonazismus und Ausländerfeindlichkeit bei

einer Podiumsdiskussion.

Frey (SPD): "Die latent vorhandene Fremdenfeindlichkeit darf auf keinen Fall in eine politische Qualität umschlagen."

Schulte (CDU): "Ich glaube das Verbot würde das Problem nicht beseitigen und somit nichts bringen."

Bals (Polizeidirektor): Solange die NPD eine zugelassene Partei ist, können wir in solchen Situationen nicht einschrei-

Mehr als 500 Gesenkirchener/innen wählen die NPD.

Weiterer Anschlag auf die Resser MO-

der NPD-Landesparteitag statt. Gelsen-

Bochum vergeblich auf, die NPD- Veranstaltung zu verhindern.

ten unter ausländerfeindliche Aufrufe

28.1.83

30.1.83



projektbezogene Arbeit des Jugend-

Beobachten des Buch- und Zeitschrif-

tenmarkts.
: Ungefähr 300 Faschisten (Graue Wölfe) felerten Im Hotel Maritim unter Polizeischutz ein "folkloristisches Fest". Versuche von Antifaschisten die Zufahrt zu blockieren wurden von der Polizel unterbunden. "Wenn sie nicht die Zufahrt räumen können wir auch zu anderen Mitteln greifen." Die ca.150 Antifaschisten, sicher darüber, daß Strategien faschistischer Politik diskutiert wurden, fordern das Verbot aller faschistischen Partelen sowie die Schließung des Treffpunktes der Grauen Walfe in Horst

Bei einem Landesparteitag der NPD in Wattenscheid kam es zu Angriffen be-waffneter Skins auf Antifaschisten. Zehn Antifaschisten aus Gelsenkirchen wurden traktiert und zum Teil schwer

verletzt.

Stadt und Polizei praktizieren am Volkstrauertag ein neues Konzept um dem Rechtsradikalismus entgegenzutreten. Etwa 500 Antifaschisten versammeln sich anläßlich des Volkstrauertages am Hauptfriedhof, Zur gleichen feiern am Ehrenmal Berger See die NPD, FAP und ihnen nahestehende Organisationen eine weitere Gedenkfei-er. Auch hier ist die Polizei zugegen. Dank der Stadt - sie wußte von dem Deal angeblich nichts - und der weitblickenden Polizeistrategie, "kam es zu keinen Auseinandersetzungen". Wieder tauchen am Ricarda-Huch Gymnasium und am Büro der Grünen Hakenkreuzschmierereien auf. Daraufhin bleiben Schüler aus Protest dem Unterricht fern und die Grünen sehen ein Zeichen, "wie wenig der Nationalsozianach dem Krieg bewältigt wurden

30.11.84 : Weitere Schulen in Gelsenkirchen werden mit Naziparolen beschmiert.

1.12.84 Schüler des Schulzentrums Ückendorf übermalen die Nazi-Parolen.

Aus Protest gegen die Schmierereien sammeln Schüler und Lehrer des Ricarda-Huch Gymnasiums 665 Unterschrif-



30.1.84

17.1.85 Die Polizei nimmt fünf Jugendliche die Hakenkreuze, NDF (Neue Deutsche Front) und "Türken raus" gesprüht hatten. Polizeiangaben zufolge ist die NDF eine kleine Gruppe, die in Gelsenkirchen existiert und "eigentlich keinen politischen Charakter

Nach faschistischen Schmierereien am Schulzentrum Bochumer Straße stellt die Polizei lehre Spraydosen sicher und die Stadt erstattet Anzeige gegen unbe-

kannt. Der Rat der Stadt lehnt die Einrich-30.4.85 tung einer Gedenktafel für die Opfer des antifaschistischen Widerstandes in Gelsenkirchen ab.

: Die SPD ist bestürzt über die Schmle-10.5.85 rereien am Schulzentrum Bochumer Straße. Es wird daran erinnert, daß

man schon 1983 Innenminister Schnoor aufgefordert habe ein NPD-Verbot erneut zu prüfen.

28.5.85

29.5.85

An die Haustür des Schulleiters des Ricarda-Huch Gymnasiums sprühen unbekannte Tater "Wir werden dich töten" und unterschreiben mit 'FAP', Außerdem zerschneiden sie die Autoreifen an den Fahrzeugen Funckes und seiner Lebensgefährtin. Bereits eine Woche zu-vor wurden die Außenwände des Gymnasiums mit Hakenkreuzen und persönlichen Diffamlerungen gegen Funcke besprüht.

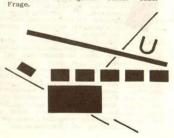
Auch am Gauß-Gymnasium werden Schmierereien entdeckt. Der Anschlag auf Funcke ist für das K14 der erste mit möglicherweise politischem Hintergrund seit 1983. Es gäbe zwar fast schon an allen Schulen Skinheads, die sich bisweilen zu rechtsextremistischen Schlägertrupps Schlägertrupps formieren würden, "aber die sind alle unpolitisch".

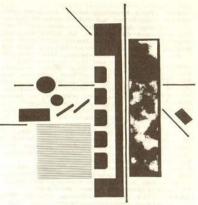
12.6.85 : Bel einem erneuten Anschlag auf Schulleiter Funcke zertrümmert ein schwe-rer Steinbrocken die Drahtglasscheibe der Eingangstür. Die Täter hinterlassen Aufkleber der FAP.

13 6 85 : Die SPD fordert Polizeipräsident Pegenau auf, "diesen Terror wirksam zu bekämpfen und die Sicherheit des betroffenen Pädagogen zu gewährleisten." Die GEW will notfalls Nachtwachen vor Funckes Haus organisieren.

: Die Initiative gegen Neonazismus und Ausländerfeindlichkeit erklärt sich solidarisch mit Funcke und fordert ein Verbot der NPD. Das Lehrerkollegium des Grillo-Gymnasiums verurteilt die neofaschistischen Aktionen aufs schärfste. Die Schülerzeitung "Tandem" des Grillo- und Ricarda-Huch Gymnasiums erklärt sich solldarisch Funcke.

22.6.85 Polizeipräsident Walter Pegenau nimmt Stellung: "..., daß sich die Polizei sehr intensiv darum bemüht, den oder die Täter zu ermitteln" und erinnert gleichzeitig daran, "daß die Polizei nach ih-rem gesetzlichen Auftrag Straftaten verfolgt, nicht aber Gesinnungen". Desweiteren hätten sich in der Vergangenheit keinerlei Vermutungen bestätigt, daß neofaschistische Organisationen daß neofaschistische Organisationen am Werk seien. Für SPD-MdL Reinhard stand die Bereitschaft der Landespolizei gegen rechts- und linksextreme Auswüchse vorzugehen bisher außer





: An mehr als dreißig Autos von ..ntlfaschisten und Mitgliedern der Friedensbewegung werden im gesamten Stadtge-

27.6.85

17.8.85

biet die Reifen zerstochen. SPD-MdL Reinhard stellt im Zusammenhang mit dem, auch von ihm bemerkten, zunehmenden rechtsradikalen Ter-ror in Gelsenkirchen fest, daß die Polizel in "unserem Staat keine mittelalterliche Inquisition" betreibe und meint damit die Ermittelungen gegen rechte Kreise.

Die Junge Union hofft, daß Funcke sich nicht von einer "kleinen, radikalen Minderheit" von seinem Engagement ab-29.6.85 bringen läßt.

27.7.85 Der 66-jährige Rentner Rudolf P. wird wegen Volksverhetzung, Bedrohung und Beleidigung zu einem Jahr Haft verurteilt. Ihm konnte nachgewiesen werden, daß er für etliche neofaschistische Drohbriefe in der Vergangenheit verantwortlich war. Die vor allem gegen Leserbriefschreiber/innen gerichtete Drohbriefwelle war zeitweise derartig masdaß zahlreiche Menschen diese Art der öffentlichen Meinungsäußerung

völlig einstellten. 30.7.85 Das Landesinnenministerium ist "betroffen" von den Nazi-Aktionen in GE. Kurz nachdem die Polizei die Beobach-15.8.85 tung eingestellt hat, brennt der Wagen

von Funcke nachts ab. Wenig später werden eine 19jährige 40jahriger Freund festgenommen. Beide waren der Polizel schon vorher bekannt. Nach einer Verneh-mung werden beide entlassen, es liege ja nur Sachbeschädigung vor, so die

offizielle Begründung.

Der SPD-Unterbezirksausschuss ruft infolge des Brandanschlags zu "verstärkter Wachsamkeit und entschiedenem Widerstand" gegen Neonazis und ausländerfeindliche Kräfte auf. Die SPD ist "gleichzeitig bestürzt und empört".

Fritz Kowallek, Leiter der Schutzpolizei, betont auf dem Unterbezirksparteitag, daß es seines Wissens nach "nur" neun Neonazis in GE gabe, die auch im vergangenen Herbst nicht aktiv gewesen wären. Seiner Meinung nach sei um die telefonischen Morddrohungen, die Funcke und Duclerq wiederholt erhalten hatten, zuviel Wirbel gemacht worden, Kowallek habe außerdem den Eindruck erhalten, es ginge "um eine Sache zwischen einem Schulleiter und seiner ehemaligen Schülerin", es stünde keine "organisierte Terrorgruppe" hinter den Anschlägen. - Nach dem Brandanschlag hatte ein Beamter der Kripo zugegeben, daß bei den beiden Verhafteten Mitgliedsausweise der FAP gefunden worden seien.- Kowalleks Äußerungen provozierten erregte Zwischenrufe und heftigen Widerspruch bei den SPD-Mitgliedern.

Jürgen Meißner, SPD-Mitglied und Leiter des Jugendamtes, ist im Gegensatz zu Kowallek der Meinung, daß Rechtsradikale in GE sehr aktiv sind.

Der innenpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion fordert vom NRW-Innen-und Justizminister eine Überprüfung der Ermittlungsbehörden im Fall Funcke.

Das Lehrerkollegium ist empört über den Terror gegen Funcke, und fordert verstärkte Bemühungen bei der Integration ausländischer Schüler/innen.

Kommentar dar GE-Ermittlungsbehörden zu der Terrorkampagne gegenüber dem Schulleiter: "Sie sind doch Lehrer, wir mochten unsere Lehrer auch nicht." Der Stadtrat verabschiedet einstimmig eine Erklärung, in der die Anschläge auf Funcke verurteilt werden und die "beispielhafte Integration" begrüßt wird, Weltergehend wird gefordert, im Bereich der Jugendarbeit aufklärerisch und vorbeugend zu wirken.

Die Gewerkschaft der Polizei versteht die Terrorkampagne gegen Funcke als Taten von Einzelgängern, obwohl bei den Verhafteten FAP-Mitgliedsausweise gefunden wurden.

Verschiedene Gruppen kritisieren in einem Leserbrief das Vorgehen der Polizei und fordern diese auf, "endlich konsequent ihrem verfassungsgemäßem Auftrag nachzukommen".

65 Vertreter/innen aus 21 Antifa-Organisationen treffen sich in GE (aus 16 Städten) und bekunden ihre Solidarität mit Funcke. Sie kritisleren in diesem Zusammenhang ausdracklich das Vorgehen der Polizei und deren Einzeltäterheorie. Außerdem wird ein Verbot aller faschistischen Organisationen gefordert. 27.8.85 Die Gewerkschaft der Polizei welst die Vorwürfe im Zusammenhang mit dem Fall Funcke als "unerträglich und falsch" zurück.

2.9.85 Die "Arbeitsgemeinschaft von Sozialdemokraten im Bildungsbereich" gibt eine Solidaritätserklärung für Funcke ab.

Das Landesjustizministerium sieht keinen Anlaß für Kritik am Vorgehen der Essener Staatsanwaltschaft im Fall Funcke.

Zn II-

6.9.85

An Garagen in der Schlenkhoffstraße werden ausländerfeindliche Parolen gesprüht. Bürgermeister Egon Rossa er-

stattet Anzeige.

11.9.85 Die "Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaften" fordert in GE fordert ein Verbot der FAP.

18.9.85

Pas Gelsenkirchener Jugendamt legt einen Bericht über "Neonazismus in GE" vor. Danach ist "die rechtsextremistische Szene in GE ... gekennzeichnet durch organisierte Provokation während demokratischer Kundgebungen, Austbung der Gewalt, die von Prügel bis zu Brandanschlägen reicht, organisiertes Auftreten auf den Volkstrauertagen 1983 und 1984 und durch Wandschmie-

1983 und 1984 und durch wandschmierereien und Provokationen." Außerdem wird in dem Bericht erwähnt, daß Jugendliche Fußballfans im Parkstadion gezielt von Mitgliedern der NPD angesprochen werden, und die NPD-Landeszentrale in Wattenscheld-Gönnigfeld benutzt wird, um schon bestehende Jugendgruppen an rechtsextreme Kreise zu binden.

19.9.85 Die Polizei erläßt Haftbefehl gegen den 4ojährigen Georg-Henri Martin wegen des Brandanschlags auf Funckes

10.85 Das Innenminsterium des Landes NRW räumt ein, es habe Fehlentscheidungen der Polizei im Fall Funcke gegeben.

24.9.85

Jusos übermalen ausländerfeindliche Parolen in der Schlenkhoffstraße. Als danach erneut ausländerfeindliche Parolen gesprüht werden, setzt ein SPD-Ortsverein eine Belohnung für die Ergreifung der Täter/innen aus. Bürgermeister Rossa: "Dem demokratiefeindlichen Spuk muß endlich ein Ende bereitet werden." jawoll....

Für überregionale Zeitungen wie die "Zeit", "Marabo" und "Frankfurter Rundschau" ist der Anschlag auf Funcke Anlaß, sich mal mit dem Problem des Neofaschismus zu beschäftigen.

19,10,85

13.1.86

15.1.86

Vier Gelsenkirchener Mitglieder der "Neuen Deutschen Front" werden vom jugendschöffengericht verurteilt.

Rüdiger K. erhält wegen Sachbeschädigung und Körperverletzung ein Jahr Jugendstrafe auf Bewährung, Thomas G., Olaf O. und Thomas S. müssen wegen Sachbeschädigung einen Aufsatz über "Toleranz gegenüber ausländischen Mitbürgern/innen" schreiben.

11.85 Ein breites Spektrum von Gruppen fordert Verwaltung, Polizei und verantwortliche Politiker auf, endlich faschis-

tische Organisationen zu verbieren.

14.11.85 Auf einer Diskussionsveranstaltung der SPD-Polizeigruppe verkündet Schutzpolizeidrektor Kowallek, daß "jegilche Übertreibung .... den Motiven der

Neomazis entyggen" komme. Außerdem, so Kowallek weiter, seien auch Linke (als Beispiele führt er die DFU und die Krefelder Initiative an) zur Anwendung von Gewalt (z.B. Blockaden und Besetzungen) bereit. Für den Einsatz an Ständen faschistischer Parteien seien "kleine Jüngelchen und Mädchen.... mißbraucht worden".

Etwa 500 Menschen beteiligen sich an einer Demonstration antifaschistischer Gruppen anläßlich des Volkstrauertages. Nach einer Kundgebung auf dem Haupt-Friedhof in Buer ziehen die Teilnehmer /innen noch zum Ehrenmal auf Schloß Berge, weil dort eine Ansammlung von Nazis vermutet wärd , daß Gerücht stellt sich aber als falsch heraus. An diesem Volkstrauertag wird keine Versammlung von Nazis in GE bekannt.

Die "Grauen Wolfe" veranstalten unter dem Namen Türkfoderation einen Sängerwettbewerb in GE. An einer Gegendemonstration nehmen etwa 100 Leute teil.

22.12.85



Januar Eine Grundschule in Rotthausen wird mit Nazi-Parolen besprüht. Mitglieder eines türkischen Sportver-

eins werden von Nazis bedroht.

Nach einem anonymen Anruf stellt die
Polizei bei 28 Jugendlichen, die sich

Polizei bei 28 Jugendlichen, die sich auf einem Schulhof in der Schwalbenstraße versammelt hatten, ein ganzes Waffenarsenal, sicher: Knüppel, Gas, Messer und Stahlketten. Laut anonymem/anonymer Anrufer/in gehören die Jugendlichen der rechtsradikalen Gruppe "GE-Boys" an und hatten vor, andere Jugendliche zu verprügeln.

H.G.Martin wird wegen des Anschlags auf das Auto des Schulleiters Funcke zu 19 Monaten Freiheitsstrafe veruteilt. Der Richter unterstreicht in seiner Urteilsbegründung die politische Bedeutung dieses Anschlags und stellt ihn in Zusammenhang mit dem allgemein ausländerfeindlichen Klima in der BRD, sowie mit den Ausschreitungen rechtsradikaler Skins in Hamburg und München.



10

26.8.85

21.8.85

22.8.85

23.8.85

24.8.85

24.8.85

26.1.86 : Die NPD verteilt Flugblätter in Erle an der Darler Heide. 3 2 86 : In GE findet eine antifaschistische Arbeitskonferenz der VVN statt. An einer anschließenden Demonstration beteiligen sich ungefähr 600 Menschen. 28.2.86 Die "Patrioten für Deutschland" machen in Buer einen Informationsstand. 22 3 86 : Das Motorrad eines Mitglieds des türkischen Arbeitervereins wird mit Benzin übergossen und angezündet. 28.4.86 : In die Räume des türkischen Arbeitervereins wird eingebrochen und die Wände mit Hakenkreuzen verschmiert. Zu Einbruch bekennt sich eine "Rechte Armee Fraktion" (vermutlich FAP) Mai : Das Verwaltungsgericht in Münster hebt eine Verfügung des Polizeipräsidenten auf, in dem eine geplante NPD-Kundgebung verboten wurde. Begründung für den Versuch, die Kundgebung zu verbieten: die Polizei befürchtet, daß der Verkehr dadurch behindert Die NPD erwartet zu der Kundgebung angeblich "einige hundert Teilnehmer /innen. Die Polizei droht im Vorfeld an, die Versammlung bei dem kleinsten Zwischenfall aufzulösen. 3.5.86 In GE wird die angekündigte Kundgebung der NPD (zu der übrigens nur etwa 30-40 NPDler erschienen) von ca. 200 Antifaschisten/innen durch Instrumente, Pfeifen u.s.w. gestört. Beim Abgang der NPDler drängt die Polizel Gegendemonstranten/innen von der Straße, einige Beamte machen kräftig Gebrauch von ihren Gummiknüppeln. Vier Demonstranten/innen werden festgenommen, mindestens eine/r verletzt. Die festnehmenden und prügelnden Beamten weigern sich, Name oder Dienstnummer anzugeben. Ein festgenommenes Mitglied der Grünen wird noch im Polizeiwagen von einem Beamten mit den Worten begrüßt:"Wenn wir beide hier allein wären, dann würdest du keinen Ton mehr sagen." Obwohl einige NPDler mit Axtstielen bewaffnet sind, werden ihre Personalien nicht festgestellt, denn "die NPD-Angehörigen schlagen nicht auf die Polizel, sondern zuerat auf andere ein so ein Polizist. In Buer wirft das NPD-Mitglied Joseph Montabon in Richtung des Autos zwei-Antifaschisten/Innen, verfehlt es aber.

Die anschließende Kundgebung der

NPD in Buer wird von mindestens 100

Polizisten gut geschützt - sie darf we-

gen des Protstes der Urbanus-Kirchen-

gemeinde nicht, wie ursprünglich ge-

plant, vordem Dom stattfinden.

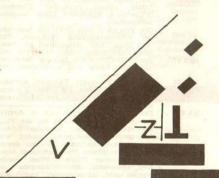
: Polizeidirektor Kowallek rechtfertigt das Vorgehen der Polizei bei der NPD-Kundgebung. Die Gewalt ist seiner Ansicht nach von den Gegendemonstranten/innen ausgegangen. des SPD-Ortsvereins Stellungnahme Feldmark: Der Polizei wird vorgeworfen, gegen Gegendemonstranten/innen ungleich härter vorgegangen zu sein, als gegen die Faschisten/innen, der Ortsverein geht aber davon aus, daß die Polizei insgesamt nicht parteiisch ist. Von den verantwortlichen Politikern wird gefordert, faschistische Ver-anstaltungen auf öffentlichem Gelände zu verbieten. Stellungnahme des türkischen Arbeitervereins: Die polizeilichen Übergriffe auf Gegendemonstranten/innen werden verurteilt, außerdem wird auf die Angriffe von Faschisten auf Mitglieder des Vereins hingewiesen und in diesem Zusammenhang sowohl das Verbot der NPD als auch das Verbot, faschistische Veranstaltungen auf städtischem Gelände durchzuführen, gefordert. Im Initiativenzentrum "Trotz Alledem" werden die Scheiben eingeschmissen. Zelte der Falken auf der Spielwiese in 23,6,86 Schloß Berge werden mit faschistischen Parolen und Hakenkreuzen beschmiert. 24.6.86 Polizeimeister Pegenau und ein Schutzpolizeimeister lehnen eine Einladung der "Initiative gegen Neonazisms und Ausländerfeindlichkeit" zu einer Diskussion über die Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Gegendemonstranten/ innen im Mai ab.

1.7.86 : Gegen die Stimmen der Grünen verabschiedet der Rat der Stadt eine Änderung der Friedhofssatzung, nach der ab sofort Totengedenkfeiern auf dem Friedhof nur noch von Religionsgemeinschaften durchgeführt werden dürfen. Mit dieser Regelung soll verhindert werden, daß Antifaschisten/innen am Volkstrauertag auf den Friedhöfen Kundgebungen abhalten. 20.9 86 : Rechtsanwalt Brandt fordert, daß eine Anzeige gegen drei Gelsenkirchener/ innen zurückgezogen wird, die am Voraben einer NPD-Kundgebung antifaschistische Parolen gesprüht hatten Begründung: die Parolen sollten als das engagierte Eintreten gegen eine erneute faschistische Diktatur anerkannt wer-: Ein Versuch, die Scheiben des Initiativenzentrums erneut einzuschlagen,

7.10.86

scheitert.

Im Prozeß wegen des Vorfalls am 3.5. dieses Jahres wird Joseph Montabon wegen versuchter Sachbeschädigung und gefährlichen Eingriffs in den Straßenverkehr zu einer Geldstraße von 15 Tagessätzen a 30DM verurteilt.





: Im Gelsenkirchener Stadtgebiet werden unter dem Motto "Gelsenkirchener Faschisten stellen sich vor" Plakate mit Bildern von Joseph Montabon und Eva Lackmann geklebt. Auf den Plakaten wird außerdem erklärt, welche Funktlonen die beiden in NPD bzw. in der FAP haben. Vier Antifaschisten werden bei dieser Aktion festgenommen. Zwar wird das Verfahren gegen die vier später eingestellt, ihre Namen jedoch an die Faschisten weitergegeben.

15.11.86 : Ein Konzert im "Exil" wird auch von 20-30 Skins besucht.

15, 11, 86

16.11.86

16, 12, 86

20-30 Skins besucht.

'Martin G. und Armin K. gestehen, Urheber der faschistisch gefärbten Terrorkampagne gegen ihren Chef, den Bauschlossermeister Theo B. zu sein. Dieser war wochenlang per Telefon beschimpft ("Judensau") und bedroht worden, die Gruft seiner Familie wurde verwüstet und die Tore seiner Firma mit Hakenkreuzen besprüht. Die beiden Jugendlichen geben außerdem zu, in GE faschistische Parolen gesprüht zu haben.

In der WAZ kritisiert Schute (Chefredakteur), daß rechtsextreme Aktionen zu schnell als Taten unorganisierter Einzeltäter eingestuft würden.

Anläßlich des Volkstrauertags findet

: Anläßlich des Volkstrauertags findet eineDemonstration von etwa 300 Antifaschisten/innen statt, die, trotz des Verbots durch die Friedhofssatzung, mit einer Rede auf dem Hauptfriedhof abgeschlossen wird.

Etwa 60 Faschisten/innen halten am späten Nachmittag ungestört am Ehrenmal auf Schloß Berge eine Kundgebung ab. Die Polizei ist da zu.

 Eva Lackmann wird wegen des Anschlags auf Funcke/Duclerq zu 15 Monaten Jugendstrafe verurteilt.

Die NPD wird in GE nicht zur Wahl zugelassen, weil sie die erforderlichen 200 Unterschriften pro Wahlkreis nicht nachweisen kann.

Gegen die "Patrioten für Deutschland" wird wegen des verdachts der Unterschriftenfalschungermittelt. Obwohl der zuständige Sachgebletsleiter davon ausgeht, daß mehr als 30 Unterschriften pro Wahlkreis gefalscht wurden, werden sie bei Nachreichen von eben 30 Unterschriften pro Wahlkreis zur Wahl zugelassen. Kandidatinnen für die Patriotem Brigitte Gründler und Barbara Wolber.



Die Jusos distanzieren sich vom Verhalten Lindes gegenüber Clermont. D.Clermont signalisiert Linde Gesprächbereitschaft. Die VVN sieht sich durch die Änderung Friedhofssatzung getäuscht. "Die SPD hatte doch versprochen das davon thre Kundgebung nicht betroffen sei." Der SPD-Ortsverein Bulmke distanziert sich von Linde und solidarisiert sich mit Clermont. Der SPD-Ortsverein Feldmark schmäht Linde und fordert,"die Überarbeitungsbedürftigkeit der Friedhofssatzung sorgfältig zu profen". Das Verfahren gegen die 4 Antifaschisten die im Nov. 86 bei der Flugblattaktion gegen Montabon und Lackmann festgenommen wurden wird eingestellt. Gleichzeitig ist den denunzierten Faschisten die Möglichkeit einer zivilrechtlichen Klage eröffnet worden. Dies bedeutet, die Weitergabe der Namen und Adressen der Verhafteten an die Faschisten. Neofaschisten verüben einen Brandanschlag auf das DKP-Zentrum in Schalke. Das Ladenlokal, das sich in einem Wohnhaus befindet, brennt völlig aus. Im Initiativenzentrum-Weberstr. findet eine Diskussion fiber Formen und Strategien von Antifaschismus statt. Die unterschiedlichen Pole sind die VVN in Person von W. Ullrich, eine Gruppe von unabhängigen Antifaschisten und D.Clermont. Hintergrund dafür ist die Flugblattaktion vom Nov. 86 die tellweise auf heftige Kritik gestoßen war. Höhepunkt war der Vorwurf, die Flugblattverteiler seien mit Faschisten gleichzusetzen. Der Stadtteilladen der Falken in Resse 25.7.87 wird Opfer eines Brandanschlags. Selbiges Ladenlokal war schon mehrfach das Ziel neofaschistischer Übergriffe

gewesen.

28.10.87 10.11.87 11.11.87 12.11.87

Die FAP meldet für den Volkstrauertag am 15. Nov. einen Gedenkmarsch
zum Hauptfriedhof Buer und einen
Fackelzug zum Ehrenmal in Schloß
Berge an. Beide Veranstaltungen
werden von Polizeipräsident Pegenau
verboten.
Das Verbot wird begründet mit

Das Verbot wird begründet mit dem "häufig straffrechtlichen Erscheinen der FAP in anderen Städten" und einer an diesem Tag zeitgleich geplanten antifaschistischen Kundgebung. Die Polizei befürchtet Zusammenstöße und kündigt ein Großaufgebot für

den Tag an.

Der Volksbund Deutscher Kriegsgräberfürsorge kündigt unter dem Motto "Versöhnung über den Gräbern" eine Gedenkveranstaltung am Volkstrauertag an. Dabei wollen sich militaristrische Traditionsverbände und Altfaschisten wie der Kyffhäuserbund beteiligen.

O.St.D.Linde legt deshalb sein Amt

O.St.D.Linde legt deshalb sein Amt als Kreisvorsitzender des VDK nieder. Linde verweist auf die Aktivitäten von Neofaschisten und Gegendemonstranten an diesem Tag. Er mochte nicht das der Volkstrauertag zu einem "politischen Kampftag" umfunktioniert wird. Er sieht eine für 88 geplante Volkstrauerveranstaltung aller Demokraten (also unter Beteiligung der SPD) gefährdet.

WAZ Redaktör Schute wertet dies in einem Kommentar als "Rückschlag" und lobt das Engagement OB Kuhlmanns der mit Funktionären der VVN diverse Gespräche in dieser Sache führte.

Der Rechtsdezernent der Stadtverwaltung Mensing (CDU) warnt die SPD öffentlich vor einem Bündnis mit "Kommunisten" und setzt in rechtsstaatlicher Manier Neofaschisten und Antifaschisten als Extremisten gleich

Ein antifaschistisches Bündnis von VVN, Grünen, DKP, GEW, MLPD, diversen Einzelpersonen und dem Unabhängigen-Plenum, stell auf einer Pressekonferenz ihr Konzept für den Volkstrauertag dar. Im Gegensatz zu den Vorjahren soll nach einer Kundgebung vor der Polizeiwache in Buer eine Veranstaltung im Jugendheim-Düppelstr. die Teilnehmer den Tag über zusammenhalten um sie gegebenenfalls gegen einen Naziaufmarsch zu mobilisieren. Der Kundgebungsort Poliziwache wurde als historischer Bezugspunkt gewählt. Dort war bis 1939 die Gestapoleitstelle. Der Kundgebungscharakter und das Konzept der Verhinderung gehen auf eine Initiative des Unabhängigen-Plenums zurück. Die VVN will sich Kranzniederlegung vorbehalten. ihre Ein Teil des Bündnisses wertet dies als Unterwerfung unter die Friedhofssatzung und wird sich nicht beteiligen.



15,11,87

Wärend der Volksbund Deutscher Kriegsgräberfürsorge und sein Spektrum ihre Trauerfeier abziehen, hören etwa 350 Teilnehmer die drei Redebeiträge der antifaschistischen Kundgebung vor der Polizeiwach Ein Zeitzeuge, W.Ulrich (VVN) und ein Vertreter des Unabhängigenplenums beziehen mit unterschiedlichen Positionen Stellung zu Neofaschismus, SPD, Polizei und Gelsenkirchen. Vor und wärend der Kundgebung verhaftet die Polizei, die mit mehren Hundertschaften und zahlreichen Kontrollstellen im Stadtgebiet präsent ist, 12 Antifaschisten die sich auf dem Weg zur Kundgebung befinden. Die Polizei beschlagnahmt bei ihnen Helme und Knüppel. Trotzdem sich W.Ullrich nach der Kundgebung von den Verhafteten distanziert, "die hatten ja auch Knüp-pel dabei", ziehen die Kundgebungstellnehmer geschlossen zur Polizeiwache und fordern die Frellassung. Die Polizei kündigt an die Verhafteten nach einer Erkennungsdienstlichen Behandlung freizulassen. Die Antifaschisten begeben sich einerseits zur Kranzniederlegung auf den Friedhof und andererseits zur



Veranstaltung in die Düppelstr.

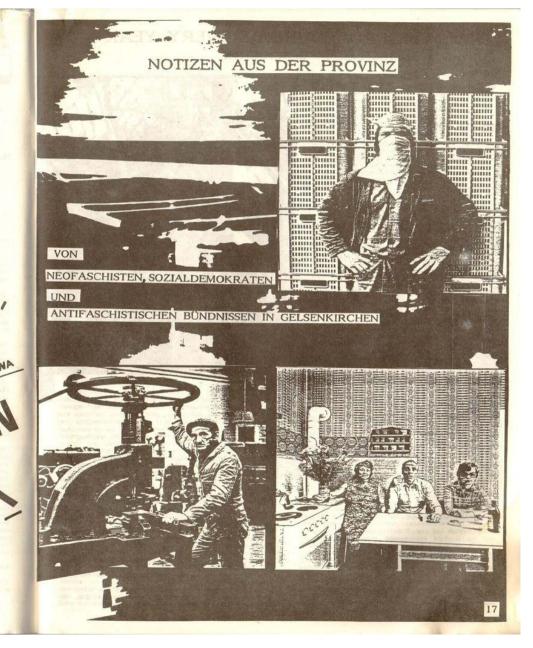
100 bis 150 Antifaschisten halten sich den Nachmittag über bis zum frühen Abend, bei Diskussionen und Filmen in dem Jugendbein auf. Ein Informationssystem hält sie über die Aktivitäten der Neonatis auf dem Laufenden. Zu einem Aufmarsch der Faschisten kommt es aber erst im Schutze der Dunkelheit, nachdem die Veranstaltung in der Düppelstr. abgebrochen war. Die Polizel unterbindet die Kunågebung und aimmt von den 30 FAPlern 15

16./17.11.87 Die Presse berichtet an diesen Tagen über den Volkstrauertag verzerrend und in einer die Antifaschisten diffamieren-

den Weise. Die Distanzierung W.Ullrichs von den Verhafteten wird dankbar Aufgegriffen um eine Trennung in "gute und böse" Antifaschisten zu vollziehen. Die Freilassungsforderung vor der Polizeiwache und der Redeheitrag des Unabhangigenplenums werden in einem Kom-mentar als "Randale" in Wort und Tat gewertet. Die Presse setzt Neofa-schisten und Antifaschisten gleich. Sie dokumentiert alle an diesem Tag beschlagnahmten Waffen, sowohl von Nazis als auch von Gegendomonstranten publikumswirksam auf einem Die Kranzniederlegung der VVN und anderer Organisationen wird als aner-kennung der Friedhofssatzung gedeutet. WAZ und Buersche Zeitung beklagen die nicht stattgefundene "Versöhnung nber den Gräbern" und bedauern die Zusammenarbeit W.Ulirichs mit "Auto-nomen"(BÖSE!). Trotzdem wird Ulirich als einzig positives Moment dieses Tages dargestellt und mehrfach zitiert. Der Kommentar der Buerschen greift eine angebliche Äusserung Ullrichs auf nach der er im nächsten Jahr nicht mer mit dem Unabängigen-Plenum zusammenarbeiten will, sondern ein Bündnis mit der SPD anstrebt. W.Ulirich weist in einem Leserbrief

eine mögliche Ausgrenzung des Unabhängigen-Plenums zurück. Er dementiert die Aussagen auf die sich der Kommentar bezieht allerdings nicht. PROJEKT

FORTSETZUNG FOLGT!



# THE SAME PROCEDURE AS EVERY YEAR

ZUR ANTIFASCHISTISCHEN GESCHICHTE

DER

# VOLKSTRAUERTAGE

### 80

Nachträglich wird bekannt, daß am diesjährigen Volkstrauertag die HIAG (Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der Angehörigen der ehemaligen Waffen-SS) an der gem. offiziellen Feierstunde des Volksbundes der Kriegsgräberfürsorge und der Stadt GE teilnimmt.lm Anschluß daran legt sie einen Kranz mit der Aufschrift nieder:"Den Kameraden der Waffen-SS" .Es ist nicht bekannt,daß Vertreter des VDK haw der Stadt GF dagegen vorzugehen versucht haben. Die gesamte Angelegenheit wird überdies erst öffentlich,nachdem Angehörige der VVN und ehemalige KZ-Insassen in Leserbriefen auf diese skandalöse Begebenheit aufmerksam machen Offizielle Reaktionen unterbleiben bzw. werden in der Öffentlichkest nicht bekannt.Hinreichend bekannt ist allerdings, daß die HIAG auch gegenwärtig rechtsradikale Traditionspflege betreibt was öffentlich auch immer häufiger zu dem Ruf nach einem Verbot für die HIAG führt.

**8**1

Anfang November wird bekannt, daß es auch in diesem Jahr zu einer "offiziellen" Kranzniederlegung der HIAG kommen soll(Veranstalter dieser Gedenkstunde sind wieder VDK und die Stadt GE).Die VVN und andere Organisationen machen diese Tatsache bekannt und fordern die Stadtverwaltung auf dagegen politisch und praktisch Position zu bezieh-en.Die lapidare Antwort der Stadt GE(vertreten durch den damaligen Oberstadtdirektor Heinrich vorher lautet:"Ihr Schreiben habe ich erhalten Eine Zuständigkeit der Kommunalverwaltung ist nicht gegeben.ich habe mir daher erlaubt, Zuschrift im Original an die hiesige Kreispolizeibehörde weiterzuleiten".

Als Repräsentant der Stadt tritt neben Werner Wagner(VDK) E.gon Rossa auf.Pfarrer Haar hält eine Gedenkrede.Es werden Kränze niedergelegt: -Reservistenverband der Bundeswehr

-Deutscher Marineverein

-Reichsbund der Kriegsgeschädigten -Bürgerschützenverein Buer

-Exilungara

-Verein dt. Kriegsgräberfürsorge

-VVN/B.d.A.

Emporung löst u.a. die Tatsache aus,daß Vertreter der HIAG(teilweise aus Bochum angereist) demon-strativ ihre Ritterkreuz-Auszeichnung tragen.Erstmals kommt es zu "Nazis-raus" Parolen, nachdem ein aus Bochum stammender Hiag-Angehöriger die Bemerkung äußert: "Die Leute, die im KZ umgekommen sind haben da auch hingehört"

Auch diesmal sehen sich weder die Stadt GE noch VDK genötigt,eine Stellungnahme geschweige

denn Distanzierungserklärung abzugeben. Erstmals kommt es zu ausführlichen Presseberichten mit anschließender Leserbriefkampagne,in der sich ehemalige Waffen-SS-ler/Ritterkreuzträger von den Nazi-Verbrechen zu distanzieren versuchen-

Auch diesmal zeichnet sich wieder die "traditionelle Gedenkfeier" ab.Der VDK ruft zur Kranz-niederlegung auf - und alle kommen.Nachdem klar wird,daß seitens der SPD und Stadtverwaltung jede Handlung unterbleiben wird, die den Nazis das Auftreten am Volkstrauertag unmöglich macht, greifen Gelsenkirchener Antifaschisten erstmals zur Selbsthilfe.Ca.300 Leute werden mobilisiert,die seit den frühen Morgen Mahnwache am Denkmal des Bueraner Friedhof halten. Nachdem der offizielle Teil der Gedenkfeier (Rede und Musik) beendet ist legt jede Gruppe Ihren Kranz nieder. Erst als Angehörl-NPD-Kreisvereinigung ebenfalls versuchen, zum Mahnmal zu gelangen, wird dies von den anwe-senden Antifaschisten verhindert. Die HIAG hatte eine Kranzniederlegung verzichtet.Die NPD zieht nach kurzem Gerangel erfolglos ab, begleitet von "Nazis raus" Sprechchören.

Die Presse reagiert durchweg positiv-"Barriere gegen den Faschismus-für den Frieden" lautet eine Schlagzeile der WAZ noch 1982.

Es bleibt festzustellen

I.Die HIAG verzichtet auf eine Teilnahme an der

2.Der NPD gelingt es nicht,einen Kranz niederzu-

3. Dieser politische Erfolg ist einzig und allein den Menschen zu verdanken, die nach zweijährigen vergeblichen Bemühungen selber aktiv geworden sind. Auf dem Rückweg werden Gegendemonstranten von Nazis überfallen bzw. aus fahrenden Autos heraus bedroht.In der Folgezeit kommt es zu häufigen Reifen-Stechereien. Schelben ca. 25 türkischer Geschäfte und anderer Einrichtungen gehen zu Bruch

Im Nachhinein sieht die Polizei keine Möglichkeiten der Reaktion,da "Für das Einschreiten allein rechtliche Gesichtspunkte maßgeblich" seien (RN 2.12.83).In einem offenen Brief erläutert der zuständige Polizelpräsident die Möglichkeit der Anwendung weitergehender Maßnahmen:

"Insgesamt bedaure ich,daß der Ablauf der Veranstaltungen dem Wesen der Gedenktage nicht entsprechen konnte.Die Diskussion geht in der Polizel weiter.Wir sind entschlossen, rechtsstaatliche Möglichkeiten auszuschöpfen.Mit den Führungskräften habe ich insbesondere Möglichkeiten einer etwalgen Platzverweisung gemäß \$12 Polizeigesetz erörtert. Nach den genannten Vorschriften kann die Polizei zur Abwehr einer Gefahr Personen vorübergehend von einem Ort verweisen oder Ihnen das Betreten des Ortes verbieten. Wir werden diese Rechtsvorschriften anwenden, wenn es dessen zur Abwehr einer Gefahr bedarf. Der Begriff der Gefahr ist aber eng auszulegen Außerdem müssen Grundsätze der Verhältnismäßigkeit beachtet werden".

83

In Erinnerung an die "Vorkommnisse des vergangenen Jahres"verzichtet der VDK auf eine Feierstunde zum Volkstrauertag und ruft statt dessen zu einer stillen Gedenkstunde für den 13.November auf.In einem "Vorgespräch" hat der Volksbund zugesagt, die NPD und die HIAG zu bitten, von einer Teilnahme an dieser Veranstaltung abzusehen.

Die VVN ruft zur Teilnahme an der Veranstaltung auf,um gegebenenfalls eine Kranzniederlegung der NPD bzw. der HIAG zu verhindern.In ihrem Aufruf bittet sie ausdrücklich um angemessenes Auftreten:"Denkt bitte daran, daß der Volkstrauertag ür viele,die in den beiden Weltkriegen ihre Angehörigen verloren haben,eine große Bedeutung hat. Es kann nicht darum gehen,deren berechtigte Trauer herabzusetzen. Es ist im Interesse unserer gemeinsamen Sache, wenn ihr das bei eurem Auftreten berücksichtigen würdet".

Als die Gruppe gegen 11Uhr den Friedhof erreicht, haben sich dort schon seit geraumer Zeit ca. 60 Faschisten versammelt die mit NPD-Fahnen und Fackeln,uterstützt durch Skinheads,das Mahnmal besetzt halten.

Da es keinen offiziellen bzw. bekannten Termin für die "stille Feierstunde" des VDK gibt,haben diverse Vereinigungen ihre Kränze bereits niedergelegt.

Die Situation ist fatal:wenige Faschisten halten die drei- bls vierfache Menge von Antifaschisten

Die Polizei stellt sich zwischen die Gruppierungen mit dem Rücken zu den Faschisten;es erweckt den Eindruck, als wolle sie diese schützen. Es kommt zum Absingen der ersten Stophe des Deutschland-Liedes und zu "Türken raus" Rufen. "Die Situation bleibt angemessen"- was immer das heißen mag. Auch als die Polizei Schlagstöcke und diverse Waffen in angrenzenden Gebüschen findet, die eindeutig den Faschisten zuzuordnen sind kommt es noch nicht einmal zur Personalienfeststellung.



Es entzündet sich eine öffentliche Auseinandersetzung;eine Podiumsdiskussion bringt keine wesentlichen neuen Erkenntnisse:

-die Polizei vermag "gesellschaftliche Probleme" nicht zu lösen

-Teile der SPD erwägen ein Verbot der NPD -die CDU mißt dem Verbot der NPD wenig Be-deutung bei und setzt auf politisches Handeln (was immer das heißen mag...) Es kommt der Volkstrauertag

"The same procedure as every year"...konnte man denken.

Mitnichten:Die VVN und das angeschlossene Bündnis mobilisiert zu einer größeren Demonstration, die geschlossen vom Busbahnhof Buer zum Friedhof geht. Man ist gewappnet, um einen Aufmarsch der Faschisten wie ein Jahr zuvor zu verhindern. Trotz zahlreicher Recherchen wird nicht bekannt, wie sich die Faschisten zu Verhalten gedenken. Das erfahren die Leute erst aus der Zeitung: BZ 19.11.1984

"Aber auch die NPD legte am Volkstrauertag einen Kranz nieder, allerdings am Ehrenmal oberhalb des Berger Sees. Ihr hatte sich die FAP angeschlossen. Rund 100 Leute nahmen an dieser Kundgebung, die ebenfalls friedlich verlief, teil".

WAZ 19.11.1984

"Am Ehrenmal am Berger See hielten, so die Polizei, zur gleichen Zeit die NPD, FAP und ihnen nahestehende Gruppen eine Weitere Gedenkfeler ab". Empörend und makaber zugleich:

Die Polizei und(man darf ruhig spekulleren) die SPD, die sich noch im Vorjahr wortradikal gegen das Auftreten der Faschisten zu Wort gemeldet hat, muß von der paralellen Veranstaltung am Ehrenmal gewüßt und sie geduldet haben.

Vom "Kriegerdenkma!" in Schloß Berge ist überdies bekannt,daß "dieses Denkmal 1934 von den Faschisten als Heldengedenkstätte gebaut wurde".

(WAZ 18.11.1985)

Ferner wird am selben Tag ein Flugblatt aufgefunden,das zur Bildung eines "Rechten Block" aufruft.

Wie schon erwähnt wurden die Aktivitäten der Faschisten und dieses Flugblatt den Demonstrationsteilinehmern erst bei einer Nachbereitung bekannt. Die Stadt hatte sich mal wieder vortrefflich aus der Affäre gezogen indem ihre Vertreter zusammen mit dem Volksbund deutscher Kriegsgräberfürsorge vor den Antifaschisten um 9Uhr ihre Kränze niederlegten, "um etwaigen Auseinandersetzungen aus dem Wege zu gehen". (WAZ 19.11.84)

-Eine unverantwortliche und politisch feige Position, wenn den politisch Verantwortlichen das Auftreten der Faschisten bekannt war ...



85

Eine erste Änderung der Friedhofsatzung macht die Anmeldung der Gedenkfeier auf dem Friedhof notig,die auch genehmigt wird.

Gleichzeitig wird eine bis zum Nachmittag angesetzte Mahnwache abgelehnt. Der Polizeipräsident verfügt bei seiner Demonstra-

tlonsgenehmigung diverse Auflagen.

Die Stadtverwaltung entzieht sich ihrer Verantwortung total indem sie zusammen mit dem Volksbund eine "stille Veranstaltung" an einem Mahnmal in der Gelsenkirchener Innenstadt abhält.

Am Hauptfriedhof findet eine kurze Gedenkveranstaltung statt. Anschließend formiert sich ein Demonstrationszug zum Ehrenmal am Berger See. Auch im Nachhinein wird nicht bekannt, daß es zu einem Treffen rechtsradikaler Gruppen in GE gekommen ist.

**86** 

Die Auseinandersetzung um den Volkstrauertag beginnt diesmal schon im Sommer.

"Wir müssen Maßnahmen ergreifen, damit nicht mehr geprügelt wird auf unseren Friedhöfen...." so begründet Dieter Rauer als SPD-Fraktionsvorsitzender eine eilig durch die Gremien gepaukte erneute Änderung der Friedhofssatzung. Ein weiser Entschluß, wenn damit gemeint wäre, den Faschisten Kranzniederlegungen und Übergriffe zu verbieten.

April, April im Sommer: Die neue Friedhofssatzung verbietet allen, auch Antifaschisten/innen, die Abhaltung von Gedenkveranstaltungen.

Es dürfe keine politischen Veranstaltungen auf den Freidhöfen geben. Es dürfen keine Sonderrechte für bestimmte Gruppen geschaffen werden. Alle Bürger hätten das Recht, ihrer Toten zu gedenken. Mersing (Rechtsdezernent) nannte in diesem zusammenhang die Opfer des Stalinismus....Schlichte Kranzniederlegungen, so stellte Mensing klar, werden auch künftig erlaubt seln, Gedenkveranstaltungen mit Demonstrationscharakter und großen Reden dagegen nicht. (WAZ. 3.7.1986)

Die absicht der SPD ist hohlkopfig und kurzsichtig; denn was nützt eine neue Friedhofssatzung, wenn Faschistenfinnen 1986 oder sonstwann "schlichte Kranzniederlegungen" ohne "Demonstrationscharakter und große Reden" durchführen? Dieser Argumentation bleibt die politische Spitze in GE jedoch verschlossen.

Penetrante Hinweise auf das Verhindern von "Schlägereien auf dem Friedhoft" verzerren die Realität: Faschisten/innen legten Kränze nieder und überfielen diejenigen, die sie versuchten daran zu hindern. Die Polizel reagierte nicht! – So die Fakten der vergangenen Jahre!!!

Die Entscheidung des antifaschistischen Bündnisses, einen Verstoß gegen diese Änderung der Friedhofssatzung zu provozieren und dies auch im Vorfeld offentlich kundzutun, kommentiert die Presse: "Skandal geplant..." OB Kuhlmann und St-Direktor

"Skandal geplant...." OB Kuhlmann und St-Direktor Linde "appelieren an alle, die sich auf ihr antifaschistisches Engagement berufen, sich auch als rechtsstaatlich gesonnene Demokraten zu bewähren Wer das Recht mutwillig verletzt, wo es seinen

Vorstellungen nicht entspricht, tut den ersten Schritt in Richtung auf Willkür und Rechtlosigkeit, weg vom demokratischen Rechtsstaat."

Die SPD hat es gut verstanden, das eigentliche Problem geschickt zu verlagern. Zu keinem Zeitpunkt ist von ihr zu erfahren, wie sie mit dem Problem der Faschisten am Volkstrauertag-immerhin ist die FAP darunter - umzugehen gedenkt. Die Rede, die der Lehrer Dietmar Clermont hält ist Anlaß für übelste Verleumdung - so seine Denunzierung bei der oberen Dienstaufsicht, um ihn praktisch zu diffamieren. Der Beitrag des Redakteurs Rainer Horbelt in der Aktuellen Stunde ist ebenfalls Anlaß für üble Diffamierung. Sein Dienstvorgestzter wird gebeten, seine Tauglichkeit als Redakteur zu prüfen.

Aufgeboten zur Kranzniederlegung und Rede hatte man ebenfalls 130 gut ausgerüstete Polizelbeamte die auf dem Friedhof rundum präsent sind - wohlbemerkt gegen Antifaschisten. Ohne öffentliche Kritik konstatiert man am späten Nachmittag eine Kranzniederlegung der NPD.

Kranzniederlegung der NPD.

BZ, 17.11.86: "Ohne Zwischenfälle verlief auch
Nachmittags eine Kundgebung von ca. 60 Neonazis,
die am Ehrenmal am Berger See einen Kranz niederlegten (...)" nachdem die zuvor einen Fackelzug
zum Ehrenmal veranstaltet hatten.

Fest zustellen bleibt der zunehmende Versuch der Diffamierung und Kriminalisierung antifaschistischer Kräfte bei gleichzeitiger Duldung offener faschistischer Provokationen.

# KEIN PLATZ FÜR FASCHISTEN IN GELSENKIRCHEN ?

DER VOLKSTRAUERTAG 87
ZUR ANATOMIE



### 1. Zur Geschichte des Volkstrauertages

Die zum Teil schwierigen und zähen Auseinandersetzungen in der Vorbereitung und Durchführung des Volkstrauertages 1987 lassen sich eigentlich nur vor dem Hintergrund der historischen Entwicklung dieses Tages angemessen verstehen. Deshalb beginnt dieser Artikel auch, trotz der Gefahr der teilweisen Wiederholung (s. Artikel zur Entwicklung des Volkstrauertages), mit einer kurzen Skizzierung der geschichtlichen Entwicklungslinien.

Der Volkstrauertag ist in Gelsenkirchen seit Beginn der 80'er Jahre zu dem traditionellen Fixpunkt für die öffentliche Präsentation antifaschistischer Bewegung geworden. Den unmittelbaren Anlaß hierzu bildete die Beteiligung neofaschistischer und revanchistischer Gruppierungen an den offizielen Gedenkfeierlichkeiten der Stadt auf dem Hauptfriedhof. Auf die initiative der VNV/BdA entstand ein breites antifaschistisches Bündnis, zur Verhinderung dieses von den sozialdemokratischen Kommunalpolitikern geduldeten öffentlichkeitswirk-

samen Auftritts der Faschisten. 1982 gelang es dann auch die NPD/HIAG Anhänger abzudrängen und so eine Kranzniederlegung dieser Gruppen zu verhindern. Aufgrund des sich verschärfenden Konfliktes ziehen sich die Repräsentanten der Stadtverwaltung und SPD ganz von den 'Feierlichkeiten' auf dem Hauptfriedhof zurück und nehmen zunächst eine passiv-neutrale Haltung ein. Geschützt durch eine Skinhead-Knüppelgarde, wird dann 1983 das Ehrenmal auf dem Friedhof von der NPD besetzt und nur durch eine starke Polizeipräsenz wird eine direkte Konfrontation größeren Ausmaßes verhindert. Diese Eskalation am Volkstrauertag 1983 löste eine langanhaltende und intensive öffentliche Diskussion aus. Nicht zuletzt auch die Kritik an der Zurückhaltung und dem Nicht-Verhalten der politisch Verantwortlichen bewirkt eine Umorientierung bei Polizeiführung und Stadtverwaltung, weg von der passiven Haltung, hin zu einer aktiven Deeskalationsstrategie.

1984 werden unter der Regie von Polizei und Stadtoberen die Veranstaltungen von Faschisten und Antifaschisten räumlich getrennt. Während der Kundgebung von Antifaschisten auf dem Hauptfriedhof, können Faschisten unter Polizeischutz am Kriegerdenkmal in Schloß-Berge ungestört eine Heldengedenkfeier zelebrieren. Der sozialdemokratischen Stadtregierung geht es also nicht um eine konkrete Verhinderung faschistischer Aktivitäten, sondern lediglich um eine Vermeidung des offenen politischen Konfliktes mit den zunehmend erstarkenden Neofaschisten. Ganz auf dieser Linie der Deeskalation und bürokratischen Konfliktvermeidung ändert dann die Stadt 1986 die Friedhofssatzung und verbietet kurzerhand alle politischen Veranstaltungen auf dem Friedhof. Die öffentliche Auseinandersetzung fixiert sich daraufhin auf die Frage der Satzungsänderung, der Konflikt wird entpolitisiert und auf einen bürokratischen Nebenschauplatz gelenkt. Beim antifaschistischen Bündnis gerät die eigentliche Intention der Verhinderung neofaschistischer Aktivitäten endgültig in Vergessenheit. Die antifaschistische Initiative droht zunehmend zu einer ritualisierten Feiertagsveranstaltung bzw. zu einer populistischen Selbstdarstellungsorgie zu degenerieren.

1986 können Nachmittags wiederrum ca. 70 Neofaschisten ungestört und unter Polizeischutz einen Fackelzug und eine Gedenkfeier am 'Ehrenmal' in Schloß-Berge veranstalten." Der Skandal der politischen Rückendeckung für den neuerlichen Faschisten-Auftritt, wird vom antifaschistischen Bündnis überhaupt nicht aufgegriffen bzw. aus bündnistaktischen Gründen bewußt ignoriert. Diese Kooperation mit dem sozialdemokratischen Problemlösungskonzept stößt unter Antifaschisten auf zunehmende Unzufriedenheit. Bereits im Juni'87 wird im Rahmen einer Diskussionsveranstaltung zu den 'Perspektiven antifaschistischer Arbeit in Gelsenkirchen von unabhängigen Antifaschisten betont, daß sich an der Gestaltung des Volkstrauertages 1987 etwas ändern muß.

### 2. Alternative Konzepte für 1987

Bereits vor dem ersten Bündnistreffen zur Vorbereitung des Volkstrauertages 1987 verdichten sich die Hinweise, daß die VVN/BdA die Möglichkeiten zu einer gemeinsamen Veranstaltung mit führenden Repräsentanten der Stadt auslotet. Der Preis für diese 'politische Aufwertung' der VVN wäre u.a. die öffentliche Unterwerfung unter die geänderte Friedhofssatzung. Doch trotz bereits stattgefundener Gespräche mit Oberbürgermeister Kuhlmann werden diese Bündnispläne aufgrund interner Differenzen und um sich im Kreis des bisherigen Bündnisses nicht vollständig zu isolieren, wieder fallengelassen bzw. modifiziert. Die VVN präsentiert beim ersten Vorbereitungstreffen stattdessen ein sehr halbherziges Konzept, welches nicht mehr als eine reduzierte Neuauflage der Aktivitäten vergangener Jahre beinhaltet.

Nach dem obligatorischen Treffen in Buer, soll es die übliche Demonstration zum Hauptfriedhof geben, weiche dann, und hier liegt die entscheidene Neuerung, durch eine Kundgebung vor dem Friedhofb beendet wird. Diese öffentliche Unterwerfung unter die Verbotsbestimmungen der Friedhofssatzung wird durch die daran anschließende legale Kranzniederlegung komplettiert. Die addaute Abrundung dieses konturlosen Konzeptes bildet der Vorschlag von Nachmittagsveranstaltungen zu relativ beliebigen internationalen Themen. Dieser nicht gerade sonderlich attraktive Konzeptvorschlag mußte dann bereits beim ersten Vorbereitungstreffen nahezu vollständig wieder zurückgezogen werden.

Zum ersten Mal in der Geschichte der antifaschistischen Aktivitäten am Volkstrauertag, wurde 1987 ein konkreter und bereits umfassend ausgearbeiteter Gegenvorschlag zu den Planungen der VVN präsentiert. Vorgestellt wurde das alternative Konzept vom 'Unabhängigen Plenum', einem Zusammenschluß von undogmatischen außerparlamentarischen Linken in Gelsenkirchen.

Die beiden Hauptintentionen des Alternativvorschlags sind die Aufhebung der Fixierung auf die Ausseinandersetzung um die Friedhofssatzung und die gegen den ritualisierten Feiertagscharakter gerichtete Rückbesinnung auf die ursprüngliche Intention, den Faschisten ein offens und öffentliches Auftreten in Gelsenkirchen unmöglich zu machen. Der praktische Teil des Konzepts gliedert sich in zwei untrennbar zusammengehörende Bereiche. Vorzeut

Stören und Abdrängen einer schon begonnenen Faschisten-Kundgebung, realisiert werden. Ein eindeutiges Kräfteverhältnis ist die Bedingung um eine direkte Konfrontation mit den Faschisten möglichst zu vermeiden. Stadt und Polizelführung gilt es durch eine offensive Öffentlichkeitsarbeit unter Handlungszwang zu setzen. Die Umsetzung des Konzepts verlengt u.a. auch eine überregionale Mobilisierung.

### 3.Eine Lehrstunde in Bündnispolitik

Das vom 'Unabhängigen Plenum' vorgestellte Konzept wurde überraschend beim ersten Vorbereitungstreffen nahezu vollständig als Bündniskonzept angenommen. Gegenüber den VVN-Plänen besaß es sicherlich den eindeutigen Vorteil neue inhaltliche und

mittags geht es auf einer Kundgebung vor dem Polizeiprāsidium und dem Rathaus in Buer um die Verbindung von faschistischer Stadtgeschichte und aktuellen politischen Entwicklungen. Danach soll dann den ganzen Tag über ein Antifa.-Cafe, mit Diskussionsrunden und Filmveranstaltungen, als Treffpunkt und Anlaufstelle veranstaltet werden. Während des ganzen Tages werden alle möglichen Aufmarschpunkte der Faschisten beobachtet, um Kundgebung oder Veranstaltung rechtzeitig abbrechen zu können und durch ein massenhaftes und entschlossenes Auftreten die Demonstration oder Heldengedenkfeler der Faschisten zu verhindern. Die Verhinderung soll durch eine Besetzung des Kundgebungsortes oder durch eine Blockade der Aufmarschroute der Faschisten, bzw. durch lautstarkes

praktische Akzente zu setzen, und dadurch einen Ausweg aus der durch stereotype Wiederholungen gekennzeichneten Krise des Volkstrauertages aufzuzeigen. Der einzige Konflikt drehte sich zunächst überraschenderweise nur um die Frage des Kundgebungsortes. Die VVN besteht zunächst auf einer Kundgebung vor dem Hauptfriedhof, muß sich dann aber mit der Möglichkeit zu einer seperaten Kranzniederlegung begnüzen.

Der unerwartete politische Erfolg des 'Unabhängigen Plenums' wird erst in den folgenden Bündnistreffen durch eine subtile 'Roll-Back Strategie' der VVN wieder infrage gestellt. Bei diesen Vorbereitungstreffen zeigt sich die ganze Problematik des vorgeblichen Konsenses, der auf einer nur formalen Zustimmung aus bündnistaktischen Gründen und mangels praktischer Alternativen beruht.

Trotz bereits erfolgter Einigung wird schon beim zweiten Vorbereitungstreffen von der VVN das Konfliktthema 'Kundgebung vor dem Friedhof' erfolglos wieder aufgegriffen. Später stellte sich dann durch Presseveröffentlichungen heraus, daß Wolfgang Ullrich für die VVN, ohne Absprache mit dem Bündnis, vorbeugend eine Kundgebung auf dem Friedhofsvorplatz angemeldet hat, welche allerdings pikanterweise vom Ordnungsamt unter Berufung auf die Friedhofssatzung nicht genehmigt wurde. (Selbst diese öffensichtliche Unterwerfungsgeste ging der Stadt anscheinend noch nicht weit genus.)

Weiterer Konfliktstoff resultiert aus einem Gespräch zwischen Oberbürgermeister Kuhlmann und den VVN-Funktionären Wolfgang Ullrich und Hartmut Hering, bei dem dem Oberbürgermeister völlig unautorisiert das Konzept des antifaschistischen Bündnisses mitgeteilt wird. Obwohl im Bündnis abgesprochen, wird die Teilnahme einer unabhängigen Antifaschistin an diesem Gespräch durch die VVN verhindert. Zu den merkwürdigen Resultaten dieser 'konspirativen' Unterredung gehört die angeblich ohne vorherige Einladung angedrohte Ankündigung von OB Kuhlmann bei der Nachmittags-Veranstaltung des Bündnisses aufzurteren.

Obwohl der vom 'Unabhängigen Plenum' vorgesweichliegene Aktionsrahmen in allen seinem wesentlichen Punkten vom Bündnis akzeptiert wi bletet das Randproblem des Selbstschutzes bei evtl. feschistischen Übergriffen Gelegenheit zu heftigsten Auseinandersetzungen. Bei der Frage des Mitführens von Helmen als Selbstschutzmaßnahme in Notwehrsituationen werden alle denkbaren Unterstellungen, Vorurteile und Diffamierungen gegenüber den sog, 'autonomen Chaoten' aus der Mottenkiste bürgerlichen Denkens gekramt. Ganz im Jargon Zimmermannscher Aufstandsbekämpfung wird über die Brutalität 'passiver Bewaffnung' und die Gefahr einer linken 'Schutztruppe' lamentiert.

Eine gewisse Provinzborniertheit in Teilen der Gelsenkirchener Antifa-Szene spiegelt sich ebenfalls in der Angst vor einer möglicherweise unkontrollierten überregionalen Mobilisierung wieder. Zugunsten der Illusion vom friedlichen Dornröschenschlaf soll der Konfrontation mit den erstarkenden Neofaschisten solange wie möglich ausgewichen werden.

Zähe und langwierige Auseinandersetzungen entsponnen sich auch um die Formulierung des gemeinsamen Aufrufs. Erst eine Woche vor dem Volkstrauertag wurde dann aus den vorliegenden drei Aufrufentwürfen (VVN/BdA, MLPD, 'Unabhängiges Pienum') ein tragfähiger Kompromiß entwickelt. Nicht zuletzt dadurch kam es zu einer unverantwortlichen Verschleppung bei der lokalen Mobilisierung zum Volkstrauertag. (Allerdings schien das Interesse an rechtzeitigen werbenden Initiativen bei einigen Gruppen auch nicht besonders groß zu sein. d.estzer)

Die Nicht-Beteiligung vieler Gruppen an der Vorbereitung der Beobachtung sorgt für weiteren Unmut im 'Bündnis'. Die Vermutung verdichtet sich zunehmend, daß nicht alle Gruppen an der konkreten organisatorischen Vorbereitung der Verhinderung interessiert sind. Als negativer Höhepunkt dieser zahlreichen Konflikte wird das Verhinderungskonzept auf dem vorletzten (I) Vorbereitungstreffen durch die VVN generell infrage gestellt. Wolfgang Ullrich außert ungeschminkt, daß er die konsequente Verhinderung für einen politischen Fehler hält, aber aus bündnistaktischen Gründen weiterhin (mit vollem Elan d.S.) das gesamte Konzept mitträgt. Dadurch ist das Verhinderungskonzept faktisch natürlich mehr als gefährdet. Die Einigung

auf ein gemeinsames Vorgehen wird zur formalen Fassade und das 'Bündnis' erhält spätestens zu diesem Zeitpunkt einen rein taktischen Charakter. Trotz dieses 'Betrugs' wird eine völlig isolierte Eigeninitiative vom 'Unabhängigen Pienum' als politisch sinnlos verworfen. Die Hoffnung auf eine Realisierung des Konzepts konzentriert sich auf die Stimmung und Unterstützung am Volkstrauertag selbst.

### 4.Die 'Sensibilität' der politisch Verantwortlichen

Die Berichterstattung in der Lokalpresse und damit die Information einer breiteren Öffentlichkeit läuft in den Wochen vor dem Volkstrauertag zunächst völlig am antifaschistischen Bündnis vorbei. Die Bekanntgabe des Verbotes zweier angemeldeter FAP-Demonstrationen und Kundgebungen durch den Polizeipräsidenten Pegenau, zieht als erstes die öffentliche Aufmerksamkeit auf den Volkstrauertag. Durch die angemeldeten Aktivitäten kündigt die FAP den ersten öffentlichen Auftritt in Gelsenkirchen an. Das in Gelsenkirchen überhaupt das erste Mal in Nordrhein-Westfalen eine öffentliche Veranstaltung der FAP verboten wurde, beweißt die Brisanz die dem Volkstrauertag auch von Seiten der Polizeiführung zugesprochen wurde. Neben der 'Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung' wird auch die Gefahr einer Kollision mit der unabgesprochen angemeldeten Kundgebung der VVN vor dem Hauptfriedhof (siehe oben), zur Verbotsbegründung herangezogen. Durch die Eigenmächtigkeit der VVN vermittelt die erste öffentliche Darstellung der antifaschistischen Aktivitäten am Volkstrauertag gleich ein völlig verzerrtes Bild.

Die Verbotsverfügung des Polizeipräsidenten wird erst im politischen Zusammenhang eines neuen Desekalationskonzeptes von Stadtoberen und Polizeiführung in vollem Unfang verständlich. Nach der negativen Publicity im letzten Jahr, aufgrund des rigiden Bestehens auf den Verbotsbestimmungen der Friedhofssatzung, der öffentlichen Diffamierung des antifaschistischen Bondnisses und der personlichen Denunziation des Kundgebungsredners und eines berichterstattenen WDR-Redakteurs, wollte die sozialdemokratische Stadtführung sich öffenbar nicht noch einmal so plump auf den Präsentierteiler öffentlicher Krittib begeben.

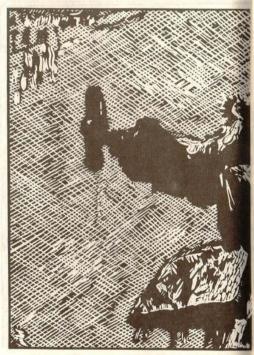
Dem Zweck der antifaschistischen Selbstdarstellung dient auch die demonstrative Gesprächsbereitschaft von Oberbürgermeister Kuhlmann gegenüber den 'gutwilligen' Teilen des antifaschistischen Bündnisses und der Rücktritt von Oberstadtdirektor Linde als Vorsitzender des örtlichen 'Volksbundes Deutscher Kriegsgräberfürsorge', nachdem dieser für den Volkstrauertag eine gemeinsame Kundgebung mit diversen revanchistischen und militaristischen Verbänden, wie z.B. dem 'Kyffhäuserbund' und dem 'Verband Deutscher Soldaten', angekündigt hat. Die Stadt distanziert sich offenbar von allen rechten Provokationen, um im nächsten Jahr dann wirklich gemeinsam mit allen gutwilligen Demokraten die totale 'Versöhnung über den Gräbern' zelebrieren zu können. Dieses offiziöse Anliegen wird durch die tendenziöse Berichterstattung der Lokalpresse nach Kräften unterstützt. Einzig der ultrakonservative 'Rechts'dezernent Mensing (CDU) fungiert als Quertreiber und erinnert die SPD an alte Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegenüber Kommunisten.

Nach dieser umfangreichen öffentlichen Diskussion tritt das antifaschistische Bündnis erst einige Tage vor dem Volkstrauertag mit einer Pressekonferenz an die Öffentlichkelt. Durch die mißverständliche Darstellung von W.Ulirich (VVN) wird in der Presse hervorgehoben, "daß die Linken Gruppen sich diesmal an die Friedhofssatzung halten". Der Zug

für eine rechtzeitige Einmischung in die politische Auseinandersetzung ist zu diesem Zeitpunkt bereits abgefahren.

### Kein Tag wie jeder andere

Am VT selbst war dann die Polizei mit mindestens 350 Leuten, zum größten Teil aus anderen Städten bis zum frühen Aben im Einsatz. Bis ca. 18 Uhr wurden Friedhof und Ehrenmel, aber auch die Düppelstraße und Autos GE Antifaschisten observiert. Morgens wurden systematisch alle Autos mit auswärtigen Kennzeichen überprüft, einige auch durchsucht. Insgesamt 12 Antifaschistinnen aus verschiedenen Städten wurden verhaftet, noch bevor sie den Kundgebungsort erreichten. Weil in Ihren



Autos Knüppel, ein abgebrochenes Messer, sowie Schienbein- und Eilbogenschützer gefunden wurden, wurden Arzeige erstatet wegen "Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz" und "Mitführen verbotener Gegenstände". Die letzten Fetsgenommenen wurden erst am späten Nachmittag freigelassen. Auf der Kundgebung selbst hielt sich die Polizei ziemlich im Hintergrund. In den Redebeiträgen auf der Kundgebung wurde zuerst das Konzept des Tages erklärt. Dann schilderte ein Gelsenkirchener, der während des Nationalsozialismus in der heutigen Polizeiwache von Buer, die damals Gestapoleitstelle von Buer und Horst war, festgehalten und gefoltert worden war, seine Erfahrungen. Ein Vertreter des UP bezog in seinem Beitrag La.

Stellung zur aktuellen Politik und Taktik von Stadt und Polizel gegenüber Faschisten in GE. Das Vermleten öffentlicher Räume an faschistische Gruppen, der Schutz ihrer Veranstaltungen durch die Polizei sowie im Gegenzug der Versuch, antifaschistischen Widerstand in GE zu kriminalisieren (s. NPD-Kundgebung vom 3.5.86) oder in ein Feiertagsbündnis mit SPD und Stadt einzugliedern und damit zu entpolitisieren, wurde dabei angesprochen. Zum Abschluß brachte ein Vertreter der VVN einen Beitrag mit dem Schwerpunkt auf den Erfolgen der DVU/Liste D in Bremen.

Im Zusammenhang mit den Festnahmen kam es vor dem Polizeipräsidium noch zu einer peinlichen Szene: nachdem ein Sprecher des Bündnisses die Festnahme der 12 Leute bekanntgegeben und vorge-



schlagen hatte, die Kundgebungsteilnehmerinnen sollten zur nur wenige Meter entfernten Wache gehen und versuchen, beim Einsatzleiter die Freilassung zu erreichen, distanzierte sich Wolfgang Ullrich, Vorsitzender der VVN, von den Verhafteten mit der Begründung, sie seien ja bewaffnet gewesen. Außerdem verbreitete er die falsche Polizeiversion, dernach "nur" zwei Leute verhaftet worden seien. Trotzdem zogen alle Kundgebungsteilnehmerinnen zur Polizeiwache, eine Gruppe von Leuten versuchte, den Einsatzleiter zu sprechen. Die Polizei reagierte ziemlich panisch, die Wache wurde verriegelt und verrammelt, der Einsatzleiter kam erst nach einiger Zeit aus einem Nebentor.

Er versicherte, die Festgenommenen würden sofort nach Überprüfung der Personalien freigelassen.

Danach zogen zwei Drittel der 200-250 Tellnehmer-Innen zum Hauptfriedhof, um dort mit VVN und anderen Gruppen einen Kranz niederzulegen, der Rest wanderte schon mal zur Düppelstraße. Dort waren bis zum Nachmittag mindestens 150 Leute versammelt – also genug, um einem Aufmarsch der Faschisten etwas entgegensetzen zu können.

An der Kundgebung beteiligten sich weniger Leute als den Jahren zuvor, vor einigen Jahren zogen noch bis zu 500 Leuten zu antifaschistischen Veranstaltungen am VT, im Letzten lahr waren es immerhin noch ca. 300. Das ist wohl auf verschiedene Gründe zurückzuführen: Einmal wurde für diesen VT generell schlecht mobilisiert, so war z.B. der Aufruf erst eine Woche vor dem VT fertig. Damit einher ging das Fehlen der Vermittlung des Verhinderungskonzeptes - was besonders nötig gewesen ware, weil es ein Konzept bestehend aus Beobachtung und ganztägiger Mobilisierbarkeit einer großen Gruppe von Antifaschisten bisher in GE noch nicht gab. Die Nachricht, daß die FAP sich angekündigt hatte, hat vielleicht auch bei einigen Leuten Angst ausgelöst, weil die FAP für Schlägereien bekannt ist. Ein übriges tar noch die Presse, die schon vor dem VT versuchte, in "gute" "bose" Antifaschisten zu spalten, und sich und auf ein Bündnis zwischen VVN und SPD freute. Das Bündnis selbst war mit seiner Zerst ttenheit sicher auch kein Ansporn, sich an diesem Tag zu beteiligen.

Bei der Veranstaltung in der Düppelstraße gab es einige Pannen, trotzdem blieben von den ursprünglich gut 150 Leuten etwa 80 bis zum Abschlußplenum am Abend, weitere 30-40 waren über Telefonketten mobilisierbar. Neben den Filmen zum "Frauenwiderstand in Österreich während des Faschismus" und "Von Richtern und anderen Symphatisanten" fand am Nachmittag eine Diskussion zur generellen Einschätzung der Bedeutung faschistischer Gruppen statt. Ein Referent der VVN betonte, daß der Rechtsstaat vor einem Erstarken dieser Gruppen geschützt werden müsse, und zwar durch ein breites Bündnis aller "demokratischen Kräfte", bis hin zur CDU. Über die Zusammenarbeit mit SPD und Gewerkschaften sei es in GE außerdem effektiver möglich, über eine verbesserte Jugendarbeit faschistischen Gruppen sozusagen den Nachwuchs abzugraben. Ins Fettnäpfchen trat ein Vertreter der VVN mit seiner Äußerung, nur über ein Bündnis mit der Führung der SPD könne auch die sozialdemokratische Basis erreicht werden - denn diese Basis setze sich eben nur mit Gruppen und The-men auseinander,

die von ihrer Führung schon abgesegnet seien. Ein Vertreter der Falken widersprach dieser Beschreibung u.a. seiner Gruppe ziemlich energisch. Danach beschrieben zwei Vertreter des UP ein grundsätzlich anderes Verständnis der Bedeutung faschistischer Gruppen. Zu ihnen habe der Staat ein taktisches Verhältnis, er bekämpfe sie nur, wenn sie ihm durch zu offenes Auftreten oder anderes schaden (s. auch Artikel zur Funktion neofaschistischer Bewegungen). Das sei ein Grund für die relative Stärke faschistischer Gruppen, auf keinen Fall sei aber in absehbarer Zeit mit einer faschistischen Machtergreifung zu rechnen. Das Beispiel der DVU/Liste D, die nach ihrem Wahlerfolg in Bremen zumindest kurzzeitig von allen Parteien angegriffen wurde, mache dies deutlich.

Leider herrschten in der Düppelstraße auch unterschiedliche Einschätzungen über die Rolle der politischen Polizei. Nach dem Motto "die Polizei, dein Freund und Helfer" wurde ein Beamter zunächst von einigen Leuten freundlich empfangen. Nach kurzer Unterhaltung wurde er dann von anderen aufgefordert zu gehen und bekam Hausverbot. Durch die den ganzen Tag über laufende Beobachtung wurde klart, daß morgens Faschisten aus anderen Städten anreisten, die teilweise auch von der Polizei abgefangen wurden. Da GE NPD- Angehörige auch immer mal wieder zum Ehrenmal führen, ist zu vermuten, daß die NPD vielleicht doch eine eigene Kundgebung seplant hatte, sich aber nicht zutraute, sie gegen Antifaschistinnen und Polizei durchzusetzen. Die FAP jedenfalls traf sich morgens in Dortmund, entweder well ein Aufmarsch in GE gegen den zu erwartenden Widerstand zu schwierig gewesen wäre, oder als Teil einer Taktik, nicht ensthaft beabsichtigte Aufmarsche anzukündigen und damit Widerstand dagegen ins Leere

Am Somtaga abend gegen 21 Uhr trafen sich 20-30 FAPler aus verschiedenen Städten am Ehrenmal. Durch Nachbarn alarmiert und durch öffenlichen Druck zu Reaktionen gezwungen, löste die Polizei die Versammlung auf und nahm die Personalien von etwa 15 Personen auf. Bei diesem Aufmarsch der FAP war mindestens eine Frau dabei. Mehr als zehn FAPler zogen danach noch durch Buer, traten aber nicht weiter in Aktion.

### Die Nachwehen einer schweren Geburt

In der, auch sachlich tellweise falschen, "Bericht-Erstattung" der Presse wurde versucht, vorhandene Differenzen im Bündnis für eine Spaltung in "Gut" und "Böse" zu nutzen, wie auch sehon vor dem VT. Die Rolle des "Guten" verkörperte dabei Wolfgang Ullrich, der seine Besonnenheit z.B. durch seine Distanzierungen von den Verhafteten und angebliche Distanzierung vom UP gezeigt habe. In den Artikeln war von Randale die Rede (womit nicht der FAP-Aufmarsch gemeint war - was aber dann?), der geschlossene Zug zum Polizeipräsidium wurde als "Mini-Aufstand der Autonomen" oder als Aktion "einiger Jugendlicher" bezeichnet. Fast schon witzig ist in diesem Zusammenhang, daß ein schon gedrehter Beltrag für die "Aktuelle Stunde" mit der Begründung gestrichen wurde, es habe eben keine "Randale" stattgefunden, und das Ganze sel deshalb nicht interessant genug. Als Krönung präsentierte die Polizei bei Faschisten und Antifaschistinnen gefundene Waffen auf einem Bild um in den Köpfen der Leserinnen welter zu manifestieren, daß es keinen Unterschied zwischen "Recheten" und "Linken" gibt. In Bezug auf das UP setzte sich fort, was auch schon nach der Presse-konferenz vor dem VT abzusehen war: entweder wurden Belträge des UP ignoriert oder verzerrt wiedergegeben. Die Hetze gegen Telle des Bündnisses diente auch wieder dazu, ein "Dreites Bündnis", also VVN und SPD zusammen, für den nächsten VT zu favorisieren.

In dem Nachbereitungstreffen des Bündnisses wurde auch die Presse kritsiert. Wie befürchtet, wurde die Kranzniederlegung auf dem Friedhofsatstung bewertet und gelobt. Die Distenzierung W. Ullrichs von den Verhafteten wurde von mehreren Gruppen kritisiert, es gab aber Differenzen darüber, wie das Mitführen von Waffen am VT zu bewerten sei. Die Position, daß das abgesprochene defensive Konzept nicht beinhaltet, daß auf Selbstschutzmaßnahmen bei Angriffen der Faschisten verzichtet wird, war im Bündnis umstritten. In Bezug auf eine mögliche Zusammenarbeit mit der SPD beim nächsten VT taktierte die VVN ziemlich vorsichtig. Ohne klare Aussagen dazu hält sie sich immer noch die Möglichkeit offen, doch wieder mit einem breiten Bündnis zusammenzuarbeiten, falls es zu keiner Elnigung mit der SPD kommt.

Insgesamt ist der VT gemischt zu bewerten: Durch die Zankereien im Bündnis kam keine inhaltliche

Diskussion zustande, zusätzlich war die Vorbereitung unnotig stressig, well sich zu wenig Gruppen daran beteiligten. Trotzdem war das Konzept insgesamt erfolgreich; durch die öffentliche Diskussion um diesen Tag sowie die offene Vermittlung des Verhinderungskonzeptes wurde Druck auf Stadt und Polizel ausgeübt, eine Versammlung der FAP zu verbieten und dieses Verbot auch durchzusetzen. Zum ersten Mal wurde in NRW ein Treffen der FAP verboten (was aber sicher auch im Zusammenhang mit Diskussionen über ein Verbot der FAP zu sehen ist), und zum ersten Mal seit Jahren wurde eine faschistische Versammlung in GE



von der Polizei aufgelöst. Das interesse der Stadt, antfaschistischer Eigeninitiative etwas entgegenzusetzen, ist umso größer geworden. Wie schon in der Presse und durch die Verhandlungen der SPD mit der VVN deutlich wird, versucht die Stadt nun nachdem die Taktik, antifaschistische Aktionen auf den Kampf gegen die Friedhöfssatzung umzulenken, gescheitert ist und sie diese Aktionen auch nicht mehr so leicht ignorieren kann, das antifaschistische Bündnis zu spalten. "Zusammenarbeit aller demokratischen Kräfte" – "Kampf gegen Extremischen" helßt das neue Motto. Aber durch die Vorbereitungen auf diesen VT ist erstmals seit Jahren das Monopol der VVN, antifaschistische Arbeit in GE zu bestimmen, gebrochen worden. Es ist schon abzusehen, daß ein Bündnis VVN-SPD von einigen Gruppen nicht getragen werden wird - für diesen Fall bleibt zu hoffen, und natürlich etwas dafür zu tun, daß eine Zusammenarbeit im restlichen Bündnis weniger mißtrauisch und spannungsgeladen

# ANTIFASCHISMUS IM FEIERTAGSGEWAND

DIE PROBLEME DER GELSENKIRCHENER SOZIALDEMOKRATIE MIT DEM ANTIFASCHISMUS



Mit der Gründung der BRD als demokratischen Rechtstatat ist für die Sozialudemokratische Partei Deutschlands der Historische Faschismus (33-45) beendet. Das Grundgesetz als "Manifest für Freiheit und Demokratie" garantiert die Unmöglichkeit eines Rückfälls in die Barbaret. Diese freiheitlichdemokratische Grundordnung ist der neue Maßstab, und er ermöglicht eine Abgrenzung mach Rechts und Links. Der neueingeführte Begriff dafür, der beides gleichsetzt, heißt Extremismus. Der alljährliche Verfassungsschutzbericht gibt darüber Auskunfft.

Die SPD bekennt sich dazu, sie ist eine staatstragende Partei. In der Weimarer Republik war sie das auch Inwieweit die SPD mit ihrer Integrations- und Befriedungspolitik, in den 20/30ger Jahren und vorher, dem deutschen Faschismus beiseitetrat, ist eine wichtige Frage, deren Klärung an dieser Stelle jedoch zu weit führen wurde.

Weil die SPD im Faschismus selber geblutet hat, pflegt sie heute eine besondere antifaschistische Tradition. Der SPD fehlt dabel ein aktueller Faschlamusbegriff, der sich auf gesellschaftliche Zustände und Staaten heute bezieht. So hat ihre Traditionspflege lediglich den Charakter einer dekorativen Selbstdarstellung.

Die Gelsenkirchener Sozialdemokraten begehen den 40, Jahrestag der Kapitulation mit einer Feierstunde im Rat der Stadt. Sie stellen Gedenktafeln auf und benennen Plätze nach den "Opfern der Nazi-Gewaltherrschaft". Zu den traditionellen Feiertagen stellen sich ihre Repräsentanten zusammen mit Gewerkschaften und anderen Verbänden in Pose und legen Kränzen ineder. Ein peinlicher Fehltritt in der Reihe dieses Kalenderantifaschismus war die Kranzniederlegung von O.St.D.Linde und Bg.M.Rehberg zum Volkstrauertag 85. Der dafür ausgewählte Ort war die Heldengedenkskätte am Machensplatz, die 1934 von den Nazis errichtet wurde. Das "Nie wieder Faschismus" der SPD ist nur feierliche Ergänzung ihres politischen Alltags.

Die SPD ist voller Widersprüche.

Die Partei mit der antifaschistischen Tradition ist durchaus in der Lage, sich aus wahltaktischen Gründen einer im Wählertrend liegenden rassistischen Politik zu offinen. Im Bundestagswählkamp! 86 sah sich die SPD genotigt, in die aufgeblasene Diskussion um die Flüchtlingspolitik einzugreifen. Die SPD wollte der CDU/CSU nicht nachstehen. und rühmte sich mit der "Eindämmung der Asylantenflut durch das Loch in der Berliner Mauer". Der SPD-Kanzlerkanldat Rau hatte bei den entsprechenden Stellen in der DDR interventert und so diese Abschottungsmaßnahme gegen Flüchtlinge hewirkt.

Die SPD ist selbst Teil einer reaktionären Politik.

In Gelsenkirchen zeigt das SPD-Verhalten zu den Auseinandersetzungen um die Volkstrauertage dies besonders deutlich.

Desonders deutrich.

Nach den Übergriffen von Neonazis auf Antifaschisten am Volkstrauertag 83 wurden der Polizei und der SPD-Stadtregierung Untätigkeit vorgeworfen. Der damalige Polizeipräsident Schermer zog zich auf seine gesetzliche Gebundenheit zurück und verkündete, daß, "...den Feinden unseres Rechtsstaates mit rechtlichen Mitteln begegnet werden muß". Die SPD war "bestürze" und "nicht länger gewillt, tatenlos zuzusehen" (Poß), und forderte, "alle Mittel des demokratischen Rechtsstaates auszuschopfen" (Frey). Diese Forderung löst die SPD drei Jahre später ein und ändert formal die Friedhofssatzung, die jetzt jegliche politische Demonstration auf Friedhofsen verbietet.

Für die SPD waren die Auseinandersetzungen am Volkstrauertag letztendlich eine Auseinandersetzung zwischen rivallsierenden Extremisten, die zur Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung formatjuristisch unterbunden werden sollte. Die antifaschistisch engagierten Organisationen wie VVN, Grüne, DKP...sind negativ behaftet mit Linksextremismus. Davon grenzt sich die SPD ab und verweist auf ihre Rechtsstaatlickelt, deren Rahmen nicht verlassen werden darf. Sie entpolitisiert das Problem und reduziert es auf einen Unruhefaktor durch die Gleichsetzung von Fa-

Ontunetaktor durch die Gleichsetzung von raschisten und Ihren Gegnern. Damit wird jegliche antifaschistische Haltung in diesem Zusammenhang als Extremismus diffamiert. Die SPD erhält das rechtsstaatliche "Antifaschistische Monopol". Dessen gelstiges Aroma verdeutlicht ein Aufruf

Dessen geistiges Aroma verdeutlicht ein Aufruf von OB. Kuhlmann und O.St. D. Linde zur verbotenen Kundgebung am Volkstrauertag 86. Dort heißt es, "Wer das Recht mutwillig verletzt,

s, "Wer das Recht mutwillig verletzt, wo es seinen Vorstellungen nicht entspricht, geht den ersten Schritt in Richtung auf Willkür und Recht-losigkeit, weg vom demokratischen Rechtsstaat. Das ist das Gegentell von dem zu was uns die Opfer von Krieg und Gewalt mahnen".

Zur eingespielten Funktionsweise einer solchen Politik gehören die kurzgeschlossene Lokaipresse und die Polizei. Sozusagen als flankierende Maßnahmen spricht in einem Kommentar der Chefredaktör der WAZ-Gelsenkirchen von einem Skandal, den die Grünen planen würden, und Polizeipräsident Pergenau kündigt auf einer Podiumsdiskussion über Neofaschismus in Gelsenkirchen einen Polizeieinsatz an für den Fall, daß das Kundgebungsverbot übertreten würde.

Die Kundgebung findet trotzdem statt, allerdings unter sorgfältiger Erfüllung aller Polizeiauflagen. Daß sich das Volkstrauertagsbündnis von VVN, Grünen u.s.w. an dieser Stelle und später auf die kleinkarierte formaljuristische Auseinandersetzung mit der SPD um die Friedhofssatzung einläßt, ist traurig. Das positive Verhältnis der beteiligten Organisationen zum demokratischen Rechtsstaat der eine solche Ebene der Auseinandersetzung vorgibt, läßt dies verständlich erscheinen. Peinlich ist, daß darüber die ursprüngliche Intention des Volkstrauertages, die Naziaufmärsche zu verhindern vergessen wird. Eine Kundgebung von 60 Neofaschisten, die am Volkstrauertag, nicht auf dem Friedhof, sondern an anderer Stelle unter starken Polizeischutz stattfand, bleibt unbemerkt und ist in der Auseinandersetzung mit SPD gegenstandslos ist davon auszugehen, daß die reglerenden Sozialdemokraten von dem Aufmarsch gewußt haben. Bei der politischen Brisanz dieses Tages ist es kaum vorstellbar, daß die Polizei aus Eigen-Initiative die Schutzfunktion für die Neonazis übernommen hat, ohne vorher mit diversen Lokalpolitikern Rücksprache zu halten.

Die SPD ließ die Faschisten gewähren. Ihr war daran gelegen, daß der Naziaufmarsch ohne offentliches Aufsehen und Unruhe stattfinden

Die sozialdemokratische Nachbereitung der antifaschiatischen Kundgebung hat dagegen einen
besonderen Stellenwert. Dabel gehen SPD-Politik
und Verwaltung arbeitsteilig vor. Dem WDRMitarbeiter Horbeit, der veranwortlich ist für eine
kritische Fernseh-Berichterstattung zum Volkstrauertag, wird von OB-Kuhlmann Tendenzjournallsmus vorgeworfen. Kuhlmann schickt einen denunziatorischen Brief an seinen vorgesetzten intendanten. O.St.D.Linde denunziert den Lehrer Clermont
für seine Volkstrauertagsrede bei seinem Dienstherrn, dem Reglerungspräsidenten, und regt ein
Disziplinarverfahren an wegen Verstoßes gegen
das Beamtenrecht. Eine öffentliche zivilrechtliche
Anzeige wäre zu dünn und zu peinlich gewesen.

Ein wertvoller Gefärte von Linde ist dabel wiederum WAZ-Redaktör Schute, der in einem widerwärtigen Kommentar dem Redner Clermont "Gewalt im Wort" unterstellt und die Friedhofssatzungsänderung im nachhinein rechtfertigt.

Und die Polizei?
Als Polizeidirektor Kowallek auf dem SPD-Unterbezirksparteitag 85 hinter dem Brandanschlag auf W.Funke "keine organisierte Terrorbande" vermutete und auf nur 9 registrierte Neonazis in Gelsenkirchen verwies, führte das in den Reihen der SPD noch zu "Tumulten" (WAZ). Als Kowallek das







brutale Polizeivorgehen gegen Gegendemonstranten bei den NPD-Kundgebungen 86 rechtfertigt und jede weitere öffentliche Diskussion darüber ablehnt kommt als einzige Kritik aus den Relhen der SPD eine Resolution des SPD-Ortsvereins Feldmark, die sich um das Image der Polizei sorgt. Bei den Auseinandersetzungen um den Volkstrauertag 86 ist die Angleichung zwischen Polizei und SPD dann schließlich abgeschlossen, die widerspruchsfreihe Zusammenarbeit perfekt. Das Verhalten von SPD und Polizei zum Neofaschismus ist kennzeichnend für eine Politik, die auf das Unterdrücken von Unruhe und Kritik hinausläuft. Widerstand von Links wird dabel zurückgedrängt, diffamiert und nötigenfalls kriminalisiert. Für ein Vorgehen und Ermittlungen gegen Rechts besteht "kein Handlungsbedar"; solange faschistische Aktivitäten nicht zu öffentlich werden. Und selbst wenn Faschisten offen gewalttätig agieren, werden sie als isolierte Einzeltäter hingestellt. Das Hinzuziehen eines organisierten faschistischen Zusammenhanges kann somit unterbleiben. Die Täter werden entpolitisiert, das Problem aus der öffentlichen Kritik genommen.

In dieser Hinstcht versagt auch die Gelsenkirchener Lokalpresse, berichtet kaum über Zusammenhänge, recherchiert selbst überhaupt nicht und bestätigt damit das offizielle Bild der "Randerscheinung" Neofaschlismus! Zum Beispiel wurde von der WAZ in den Kurzberichten zu den Brandanschlägen auf das DKP-Büro (Juni 87) und auf das Falkenladenlokal (Juli 87) ein Verweis auf Neofaschisten konsequent unterlassen, und das ist mehr als Schlampigkeit.

Die sichtbare Intention der sozialdemokratischen Politik ist die Beibehaltung ihres "Antifaschistischen Monopols" und die Vermeldung von negativer Publisity. Die SPD muß ihr eigenes und das Image NRW-Innemministerium. Er hatte sich im Fail Funke an eben dieses gewand. Eine in Auftrag gegebene Untersuchung des Jugendamtes über die rechtesktreimistische Szene in Gelsenkirchen ist als Allbi-Projekt zu bewerten. Damit sollte der Untätligkeitsvorwurf enkräftet werden. Nach einem Jahr Recherche präsentiert die groß angekündigte Studie 1985 sehon lange Bekanntes und verteilt ansonsten soziologische Allgemeinplätze, die aus anderen existierenden Untersuchungen abgeschrieben scheinen. Irgendwelche Konsequenzen hat die Studie 1985 und die nicht die Studie 1986 und die sichen in gendwelche Konsequenzen hat die Studie 1986 und die nicht die Studie 1986 und die sich die sich

Doch es gab und gibt auch innerhalb der SPD Krittk an der offiziellen Parteilinie. Ein einzelnes SPD-Ratsmitgiled hat es gewagt, gegen die Änderung der Friedhofssatzung zu stimmen. Die SPD Ortswereine Altstädt, bulmke und Feldmark reagieren auf die Denunziation von D. Clermont durch Linde mit "Erschütterung" oder gehen auf Distanz. Sie alle Sorgen sich dabei besonders um das Offentliche Ansehen der SPD. Die Verbände der Falken und Jusos stimmen mit ein. Die SPD-Ratsfräktion stellt sich allerdings hinter die Ausfälle von OB Kuhlmann gegen WDR-Mitarbeiter Horbeit (bei zwei Enthaltungen). Die kritischen Stimmen spiegen teilweise Differenzen innerhalb der SPD-selber wieder. Viele Genossen sind mit dem Sparkonzept (GE-2000) von OstD Linde nicht einverstanden und solldarisieren sich mit Clermont, nur um



der Stadt pflegen Gelsenkirchen ist sauber und hat keine Probleme mit Neonazis. Die Borniertheit und teilwelse hysterischen Reaktionen (besonders von Oberbürgermeister Kuhlmann) sind Lokalpatrichismus und Minderwertigkeitskomplexe einer absteigsteil der Schafferen in die Denuziation wie Gelsenkirchen in die Denuziation WDR-Mitarbeit Horbeit gehort zum Beispiel auch die Drenortverweigerung für den Fernsehfilm "Romeo und julia im Ruhrgebiet", der die Auseinandersetzungen zwischen zwei rivallsierenden Ju-

andersetzungen zwischen zwel rivallslerenden Jugendbanden zum Thema hatte.

Das bisher aufgezeichnete Bild der SPD ist Ist natürlich viel zu glatt und bruchlos. Neofaschismus in Geisenkirchen läßt sich nicht immer leugnen. So zeigt sich die SPD verbal solidarsch mit dem Türkischen Arbeiterverein, dem zum Wiederholten Male die Scheiben eingeschlagen wurden, oder sie gibt sich "bestürztz". Und SPD-MdL Reinhard erhielt sogar einmal für seine "Wachsamkelt im Interesse des Staates" ein Lob vom

auf diesem Wege Linde die Loyalität zu entziehen. Andere SPD'ler wollen sich nur profilieren. Die Internen Machtkämpfe Innerhalb der SPD sind schwer zu durchschauen, unterschiedliche Flügel nicht genau auszumachen. Wahrscheinlich steht der eine der Karlere des anderen im Wege. Einigen wenigen müssen auch ehrliche Absichten und Bedenken zugestanden werden. Die sind aber eine untergehende Minderheit wie z.B. einzelne Mitglieder des Ortsvereins Altstadt.

Von den Gelsenkirchener Sozialdemokraten ist keln entschiedenes Vorgehen gegen Neonazis zu erwarten, im Gegentell. Alles was die SPD aus Eigenintiative unternimmt ist als positive Selbstdarstellung, antifaschistische Traditionspflege und Befriedungsversuche zu bewerten.

# DER FALL FUNKE



## LEHRSTÜCK NEOFASCHISTISCHEN TERRORS UND BEHÖRDLICHER IGNORANZ



Wilhelm Funke leitet siet 1983 das Ricarda-Huch Gymnasium – eine Schule, deren Kollegium sich seit 1979 zur Aufgabe gemacht hat, ausländische und insbesondere türkische Schüler/innen verstärkt zu fördern. 28% der deutschen Schüler eines Jahrgangs besuchen ein Gymnasium. Bei den türkischen Schülern sind es nur 3% bis 4%. Dieses Mißverhältnis zu ändern, ist ein Anliegen des Kollegiums des RHG. Zur Zeit werden ca. 200 Schüler/innen aus 12 Nationen unterrichtet. Am 18.05.85 wurden

Die am nächsten Morgen alamierte Polizei verhielt sich sehr unwissend. Zunächst glaubte sie, die Aufkleber seien von den Tätern angebracht worden und nahm diesen angeblichen Vorgang ins Protokoll auf! Das Prtokoll mußte korrligiert werden. Sie wußte auch wenig mit dem Kürzel FAP anzufangen. Selbst die Vertreter von K14 waren der Meiung, daß es in Gelsenkirchen keine FAP gebe, "denn sie haben bei den letzten Wahlen nicht kandidiert". Das Motiv der Angriffe lag auf der Hand:



die Abiturienten entlassen. Unter ihnen waren erstmalig fürkische Scholer, was W-Funke in seiner
Rede auf der Entlaßfeier mit Freude faststellte.
In folgenden Nacht wurde am die Wände des RHG
Sprüche Wie "Funke raus", "Franke ins KZ" jweils
mit Hakenkreuzen versehen, gesprüht. Die nahe
gelegenen Schulen Gauß Gymnasium und Hauptschule Emmastr. wurden in der seiben Nacht mit
"Türken raus" besprüht. Der Schrift und der Farbe
nach handelt es sich um dieselben Täter. Eine
Woche später, in der Nacht vom 25./26.5.85 wurde
an die Haustür der Privawohnung von W.F. und
"Funke wir werden dich tören.FAP" gesprüht.
Außerdem zerschnitten die Täter alle Reifen der
vor dem Haus abgesteilten Autos von W.F. und
seiner Lebensgefährtin. Beide Autos trugen Aufkleber "Kemeinsam gegen Ausfanderfeindlichkeit"

"H.Funke, haben sie in letzter Zeit arbeiten schreiben lassen ?"... Am 4.06.85 kam dann der erste anonyme Arruf: "Wir werden Dich töten, Du Vaterlandsverräter, Deine Nachforschungen nützen Dir überhaupt nichts, Du Wichser, Du!" 11.06.85,0,20 Uhr. Ein 5 Kilo schwerer Stein

11.06.85,0,20 Uhr. Ein 5 Kilo schwerer Stein schlägt die Haustür der Priyatwohnung durch. Dabel werden zwei Aufkleber auf den Türrahmen geklebt: "Türken raust Bürgerinitiative für die Deutsche Arbeiterpartei". Sinnigerweise sind die Aufkleber zweisprachig (deutsch und türkisch)! Die Polizel entfernt sie sofort, ohne die Möglichkeit zu prüfen, ob Fingerabdrücke feststellbar sind. Um ihre Flucht zu sichern, hatten sich die Täter von hinten an das Haus herangeschlichen und zu diesem Zweck den Zaun des Nachbargrundstücks zerschnitten. Davon ist später in der Polizelakte keine

Rede mehr!

Am folgenden Tag erfolgt der 2.Anruf: "Denk an gestern!Morgen bist Du dran,Du Schwein!" und am 14.6.85 trifft der erste anonyme Brief ein.Der Absender "Komitee der Führer lebt" verklindet das Todesurteil gegen W.F. wegen "schwerer Vergehen wider der deutschen Ehre",das ein "deutsches Standgericht" gegen ihn ausgesprochen hat. "Das Urteil wird unverzüglich nach der Machtübernahme in mehrstündiger Prozedur vollstreck!"

Nach den Sommerferien geht es dann weiter.

Am 25.7.85 kommt ein Anruf.

Am 28.7.85 werden 4 Aufkleber mit folgenden Texten an die Haustürscheibe angebracht: "Den Marxismus an unseren Schulen stoppen! Junge Nationaldemokraten" und "Femde Truppen raus aus Deutschland". Trotz Funckes Protesten wieder die Aufkleber, ohne sie auf Fingerabdrücke zu untersuchen.

Zu diesem Zeitpunkt werden schon 2 Personen verdächtigt,an den Anschlägen beteiligt zu sein Es handelt sich um einen bekannten 40-jährigen Neo-Nazi aus Dortmund und um seine damals 18-

Jährige Freundin aus Gelsenkirchen. Genau diese beiden Personen werden in der Nacht vom 7. auf den 8. und vom 8. auf den 9.8. beobachtet, als sie das Gelände um die Privatwohnung

von W.F. ausspähen.

Auf Empfehlung der Polizel verlassen W.F. und seine Lebensgefährtin übers Wochenende ihre Wohnung,da mit elnem größeren Anschlag – von einem Brandanschlag ist sogar die Rede – zu rechnen sel. Nach dem Wochenende kehren beide in ihre Wohnung zurück,nachdem die Polizei ihnen zugesichert hat,es bestehe nun keine Gefahr; wenn die Täter kämen, würden sie "unter polizeilicher Aufsicht" arbeiten.

Am 14.8. um 2.50 Uhr werden W.F. und M.C.D. von einem Anruf geweckt.Eine Nachbarin teilt ihnen mit,daß mindestens I Auto brennt.

Wie zwei Augenzeugen später aussagten, hatte der Täter den Zaun des Nachbargrundstücks erneut zerschnitten, um zur Straße zu gelangen. Er trug eine gelbe Jacke und eine Plastiktüte, die er über dem Aus leerte Anschließend steckte er des Au-

dem Auto leerte. Anschließend steckte er das Au-

to an, ging ruhig und ungestört durch den Garten der Nachbarn zu seinem Auto zurück. Die "polizehliche Aufsicht" wur nicht dal W.F. bekämpfte den Brand mit einem Feuerlöscher, den er sich für alle Fälle besorgt hatte. Die Feuerwehr, die mit drei Mägen anrückte, löschte den Schweibrand im Wageninneren. Die Polizeistreife weigerte sich nach die Beamten vom K14 zu wecken. Der Bitte von W.F., Beamte zur Wohnung der verdächtigten jungen Frau. zu schicken, wurde mit einem Achselzucken begegnet. Ein Beamter von K7 erklärte sich nach langem Hin und Her bereit, mit der Leitstelle zu telefonieren. Erst dann, um ca. 3.20 Uhr, ordnete er eine Fahndung nach dem Dortmunder an. Nach Aussage der Polizei wurde der Dortmunder Georg Martin kurz vor 5.00 Uhr, als er seine Wohnung zück wollte, festgenommen. Seine Wohnung wurde durchsucht und umfangreiches Beweismaterial beschlagnahmt. Die junge Gelsenkir

chenerin konnte erst in ihrer Schule in Essen festgenommen werden, da sie nachts auf das Schellen der Polizel nicht reagiert hatte. Ihre Wohnung wurde ebenfalls durchsucht, und auch hier konnte nach Aussage der Polizei "umfangreiches Beweismaterial" sichergestellt werden. Der Beamte der die Durchsuchungen durchgeführt hatte, erwähnte ausdrücklich, daß FAP Ausweise in beiden Wohnungen gefunden wurden - später wurde diese Außerung von allen Seiten geleugnet! Am selben Tag wurden die beiden Verdächtigten wieder auf freigelassen, da Ihnen, so die zuständige Staatsanwaltschaft Essen, "lediglich Sachbeschädigung anzulasten sei". Erst in diesem Zusammenhang wurde au auch bekannt, daß der verdächtige Georg Martin wegen Verstosses gegen das Kriegswaffengesetz vorbestraft war und noch unter Bewährung stand. Die Polizel verweigerte jede Aussage dazu. Was das genau bedeutete, konnte W.F. erst über Dortmunder Informanten erfahren. G.M., der mehrmals als Ordner bei NPD-Veranstaltungen fungiert hatte und in Schlägereien verwickelt war, transportierte in seinem Kofferraum eine schußbereite geladene Maschinenpistole. Polizeischutz sollte aber trotzdem nicht gewährt werden. Erst auf Druck von verschiedenen Seiten wurde zunächst Polizeischutz rund um die Uhr zugesichert, und später nur noch nachts. Die Belästigungen gingen trotzdem weiter: Am 19.8 kam ein anonymer Brief vom "SS-Obersturmführer Heydrich-Kommando", der wie er ein Todesurteil enthielt.

- 24.8., 22.25 Uhr anonymer Anruf

- 3o.8 : Drohbrief der Kampfgruppe Stahlhelm Gau Weser-Bergland

29.10.: Todesanzeige

Name of

THE RESERVE AND ADDRESS OF THE PARTY OF THE

- 14.11.: 2.Brief vom "Komitee der Führer lebt" Am 14.0.1.86 findet endlich der Prozeß gegen den seit dem 17.09.85 in Untersuchungshaft einsitzenden Georg Martin statt. Nur er wird angeklagt; gegen Eva Lackmann gibt es keine Beweise. Ihm wird lediglich der Brandanschlag auf das Auto von Funckes Lebensgefährtin vorgeworfen. Es ist die einzige beweisbare Tat. Verteidigt wird er durch RA Niemann, ein Sozius des in rechten Kreisen beliebten Anwalts Schöttler. Zunächst verweigert G.M.jede Aussage zu den ihm vorgeworfenen Handlungen. Er äußert sich nur zur Person: sein Vater

Franzose, seine Mutter Deutsche. Am Ende des Krieges "mußten seine Eltern vor den kommunistischen Truppen aus dem dt.Reich filehen" und zogen nach Frankreich. "Die russischen Panzer standen da. Der 1.05.45 war für mich die Stunde nuil" in Frankreich wurde seine Mutter als "sale boche" (Schimpfwort für Deutsche) "diskriminiert, geschlagen, rassistisch verfolgt, getreten, beleidigt." Das habe ihn "in seiner politischen Auffassung geprägt" Nach seinem Militärdienst in der franzisischen Kriegsmarine zog er nach Deutschland, weil ihm da alles viel besser gefiele. Er arbeitete zunächst als Koch in Köln und ileß sich später in Dortmund nieder. Ab 1976 war er Mitglied in der NPD und 77/78 sogar Beistizer im Kreisvorstand Dortmund. 1980 verließ er die Partei, nicht aus ideologischen Gründen sondern wegen Nachteilen im Beruf. Nach wie vor findet er aber die NPD "richtig" und fungiert hin und wieder als Ordner bei Parteiyeranstaltungen. Außerdem trifft er sich noch privat mit "alten Kameraden". Zu ELlackmann machte



er keine Angaben. Da er durch Zeugen eindeutig identifiziert werden kann und durch die Blechschepolitischen Hintergrund bestreitet. Er geht soweit, auf verminderte Schuldunfähigkeit zu plädieren und sogar ein psychiatrisches Gutachten zu verlangen, um zu beweisen, daß G.M. möglicherweise am "KZ-Syndrom" leidet. Dieser Antrag wird abge-

Der Staatsanwalt sieht vielmehr G.M. der Tat überführt und beantragt 13 Monate ohne Bewährung, da G.M. "Bewährungsversager" sei, sowie U-Haft. Das Gericht entscheidet allerdings anders l Jahr und 7 Monate ohne Bewährung und Verbleib

in U-Haft.

In seiner Begründung stellt der Richter den politischen Zusammenhang klar und verweist auf die Ermordung eines Türken durch Skins in Hamburg und auf einen ähnlichen Fall in München. "In dieses Klima muß die Tat eingeordnet werden. Sie kann nur ideologisch begründet sein". Außerdem sei der Angeklagte "im Umfeld der politisch motivierten Gewalt anzusiedeln".Im Februar 1983 war er nach einer NPD-Wahlkampfveranstaltung gegenüber einem Passanten handgreiflich geworden und Ostern 83 hatte man bei ihm eine schußbereite Maschinenpistole gefunden, die er angeblich nur "als Waffensammler" gekauft hatte.

G.M. legt Berufung ein, die er bei der Verhand-lung in Essen am 7.4.86 überraschend zurückzieht. Der Grund dafür ist das unerwartete Geständnis

von E. Lackmann.

Eva Lackmann war zur Zeit der Anschläge 18 und besuchte das bischöfliche Gymnasium in Essen. Davor war sie Schülerin am Gauß-Gymnasium, das sie am Ende der Jahrgangsstufe 11 verlassen hat Nach einem kurzem Gastspiel in einem Internat wurde sie am 21.8.84 Schülerin am RHG, das sie schon wieder am 23.10.84 verließ. Obwohl ihre Mutter, mit der sie zusammenlebte, versucht hatte. sie in SPD- und Falken-Kreisen einzubinden fühlte sie sich zur NPD hingezogen. Sie ging regelmäßig zur NPD-Zentrale nach Wattenscheid, wo sie mit anderen Jugendlichen Karten spielte, diskutierte und viel Bier trank. Später erhielt sie Hausverbot. Die rechtsextremistische Ideologie vertrat sie aber weiterhin. Ob sie Mitglied der FAP war, konnte nicht endgültig bewiesen werden.

Einige Tage nach der Verurteilung ihres Freundes geht E.Lackmann zur Polizei und gesteht die Sprühaktionen, das Zerstechen der Reifen, das Einwerfen der Haustür, die Inbrandsetzung des PKWs sowie etliche Anrufe und Briefe. Sie leugnet weiterhin, aus politischen Gründen gehandelt zu und erzählt der Polizei folgende

Geschichten.

Als sie an der Schule anfing, habe Funke sie zu sich bestellt und ihr "ein vorgelabert". Er habe in ihrer Schultasche gewühlt und ihr 2 Hefte über die sogenannte "Ausschwitzlüge" und über die Nürnberger Prozeße abgenommen. Danach habe Funke sie unter Druck gesetzt, ihr die Hefte nicht zurückgegeben und sie zu Gesprächen ge-zwungen. Da der Besitz dieser Broschüren strafbar sei, habe sie Angst gehabt und eingewilligt. Trotz: ihrer Bitte habe er die Broschüren behalten, bis er ihr eines Tages vorgeschlagen habe, sie ihr außerhalb der Schule bei einem Treffen in einer Kneipe auszuhändigen. Sie habe zugestimmt und sei mit ihm in ein Lokal gegangen. Anschließend habe er vorgeschlagen, sie nach Hause zu bringen, damit er mit ihrer Mutter über die Situation reden könne. Auf der Fahrt habe er auf einem

dunklen Parkplatz angehalten. Dort sei es zu Annäherungsversuchen seinerseits gekommen. Sie sei re, mit der er den Nachbarzaun durchschaltten hat um ungesehen zum Fahrzeug zu gelangen, überum ungesehen zum Fahrzeug zu gelangen, überden Unterricht schwänzte, trank, Tabletten nahm,
depressiv wurde und sogar Selbstmordgedanken
führt wird, plädiert sein Verteidiger selbst auf sie nicht machen. Es sei irgendwarn um 18 Uhr im Herbst passiert.

Funke wird von diesen Beschuldigungen nicht informiert. Die Polizel, erfreut, ein unpolitisches Motiv zu haben, glaubt ihrer Geschichte, ohne Funke zu hören. Es wird sogar ohne sein Wissen ein Verfahren wegen Beleidigung und sexueller Nötigung gegen ihn eingeleitet und sofort wieder eingestellt, da kein öffentliches Interesse an der Sache besteht. Sein vorgesetzter Dienstherr wird

selbstverständlich benachrichtigt.

26.11.86 findet dann der Prozeß gegen E.Lackmann statt. Sie gesteht alle Taten ein, behauptet aber das Kürzel FAP nicht zu kennen und es bei Ihren Sprühaktionen nur benutzt zu haben, "weil sich das so schön anhört" und sie "ihm (Funke) damit Angst machen wollte". Den Brandanschlag beschreibt sie als eine spontane Aktion. Richter bezweifelt diese Zufallsversion und listet die Werkzeuge und Materialien auf, die die beiden Täter mitgeführt haben: Seitenschneider, Regenkleidung, Gummistiefel, Sturmstreichhölzer, Benzin... "So was hat man doch immer im Auto", E.Lackmann. Zu ihren Motiven befragt, erzählt sie wieder dieselbe Geschichte wie in Ihrer polizeilichen Aussage. Allerdings muß sie ihre Aussage von einem Zettel, den sie unter dem Tisch versteckt, ablesen, Ihre Darstellung erscheint dem Gericht jedoch absolut unglaubwürdig. Sie enthält Widersprüche und Ungenauigkeiten, Funke in seiner Aussage sehr leicht nachweisen kann. Zudem wird sie durch die Aussage von zwel Bekannten von E Lackmann widerlegt. Den beiden Zeuginnen gegenüber hatte sie nämlich geäußert, sie habe die ganze Geschichte erfunden, um Funke zu schaden.

Obwohl die beiden Schülerinnen vor dem Prozeß von E.Lackmann und auch während der Verhandlung im Flur vor dem Gerichtssaal von dem inzwischen aus der U-Haft entlassenen G.Martin bedroht werden ("Mädchen, paß auf, was du sagst, ich habe eine Knarre unter dem Sitz im Auto"), bestehen sie darauf, gegen E.Lackmann auszsagen.

Daraufhin erweiter das Gericht die Anklage gegen E.Lackmann um zwei Punkte: Wissentlich falsche Beschuldigung einer Person und versuchte Beeinflussung von Zeugen. Sie wird aufgrund ihres Alters zur Zeit der Taten nach dem Jugendrecht behandelt und zu 3 Jahren auf Bewährung verurteilt. Das Gericht stellt fest, daß den Straftaten der Angeklagten nicht ein persönliches Motiv der Rache zugrundelag, sondern eine politische rechtsradikale Motivation.

Zur Zeit verbüßt G.Martin vermutlich seine Haftstrafe. E.Lackmann besucht jetzt eine Sprach-schule in Gelsenkirchen und taucht bei Veranstaltungen gegen Krieg und Faschismus ungeniert

Skandalös an dieser ganzen Geschichte ist, daß die Polizel immer wieder versucht hat, den politischen Hintergrund zu leugnen oder zu vertuschen. Für den damaligen Schutzpolizeidirektor Kowallek bedeutet der "linksextremismus eine echte Gefahr", während er den Großteil des Rechtsextremismus "politisches Rowdytum" bezeichnet. Die letz-Entwicklungen im Ruhrgebiet und in Gelsenchen widersprechen jedoch der Auffassung der Polizei, es gebe in GE keine FAPI



Über rechtsradikale Jugendliche in GE ist ziemlich wenig bekannt - sie fallen durch relativ spektakulåre Aktionen wie Schlägereien auf, aber wir wissen ziemlich wenig über einzelne Mitglieder,ihre Kontakte zu anderen Gruppen und ihre zahlenmäßige Stärke. Das liegt sicher auch daran, daß Jugendliche, die noch nicht fest in rechte Gruppen eingebunden sind, nicht an irgengwelchen Formen von Offentlichkeitsarbeit - Stände, Demos usw., Interes-

Zu den bekanntesten organisierten Gruppen gehört rechtsradikale Fußballfanclub "Gelsenfront' auf dessen Konto nicht nur ein Teil der Schläereien vor und nach Fußballspielen in GE geht, sondern die auch in der rechtsradikalen Szene über GE hinaus bekannt sind: verschiedene Skin- Magazine schreiben lobend über diese Schalke- Fans, in den Auseinandersetzungen zwischen Fußballfanclubs werden sie als "gefährlich" eingeschätzt. An-geblich verfügt die "Gelsenfront" über Kontakte zu englischen und französischen Skins, sicher sind ihre Kontakte zur NPD. Ihre zahlenmäßige Stärke können wir nicht einschätzen, offen als Gruppe aufgetreten sind 20-50 Leute.

Nicht nur bei Fußballspielen werden Mitglieder der "Gelsenszene" aktiv: am 12.10.84 verprügelten sie jugendliche Besucher/innen des Rocktheaterfestivals, für '85 war eine ähnliche Aktion geplant, die aber durch vorzeitiges Bekanntwerden und verstärkte Polizeipräsenz verhindert wurde.

Im Zusammenhang mit rechten Fußballfanclubs ist interessant, daß laut Bericht des Jugendamtes zu neonazistischen Aktvitäten Mitglieder der NPD gezielt am Parkstadion Jugendliche ansprechen. Die Parteizentrale in Wattenscheid-Günnigfeld dient als Treffpunkt (billiges Bier und Aufenthaltsmöglichkeit) über den auch schon bestehende Jugendgruppen und Cliquen an die NPD gebunden werden

Neben "Gelsenfront" und "Gelsenszene" tauchten in der Vergangenheit noch drei Gruppen auf: die "Neue Deutsche Front", die "Volksfreunde" sowie die "GE-Boys", wobei die beiden letzteren Gruppen ebenfalls Kontakt zur NPD hatten. Ihre Aktionen bestanden vor allem in Stören von Veranstaltungen. vor allem der Falken, sowie im Sprühen rechtsradikaler Parolen. Anfang 86 stellte die Polizei bei einer Gruppe von 28 GE-Boys, die sich mit einer anderen Jugendelique prügeln wollten, ein ganzes Arsenal von Waffen sicher: Knüppel, Messer, Stahlketten und "geladene Schußapparate".

Außerdem traten in GE bei verschiedenen Anlässen Gruppen von rechtsradikalen Jugendlichen auf, deren Aktionen auf eine zumindest relativ feste Gruppe schließen ließen: Anfang '85 überraschte eine Gruppe von Jugendlichen innerhalb von drei Wochen dreimal Besucher/innen des Sportparadieses durch Sieg-Heil und Heil-Hittler-Gebrüll nach Abspielen einer verbotenen Platte. Ende '84 bekam eine halbjüdische Lehrerin neonazistische Drohbriefe, und zwar vermutlich von einer Gruppe von Jugendlichen, die sich auf dem Gelände einer stillgelegten Ziegelei in Rotthausen trafen (dort wurde dann z.B. "Tod durch Erhängen" geübt). Ebenfalls Ende '84 war eine Gruppe von vier Jugendlichen an der "Hauptschule Vestische Straße" aktiv. Ihnen wurden rechtsextremistische Schmierereien zugeschrieben, einer der Schüler bezog auch rechtsradikalen Propagandamaterial, eventuell über Kontakte zur rechtsradikalen Szene in Duisburg. Ende '86 gaben zwei Lehrlinge zu, Urheber einer rechtsradikal gefärbten Terrorkampagne gegen ihren Chef zu sein und außerdem in GE rechte Parolen gesprüht zu haben. Über ihr Umfeld und mögliche Kontakte zu rechtsradikalen Kreisen ist nichts be-Kontakte zu rechtsradikalen Kreisen ist nichts be-



Da keine dieser Gruppen unseres Wissens nach in den letzten 18 Monaten aufgefallen ist, stellt sich die Frage, ob es diese Gruppen noch gibt. Aber selbst wenn sie sich in der Zwischenzelt aufgelöst haben (vielleicht haben sie sich auch nur nicht mehr erwischen lassen) sagt diese Auflätung doch einiges darüber aus, wie welt rechtes Gedankengut bei Jugendlichen verbreitet ist. Im Zusammenhang mit rechten Fußballfanclubs ist noch interessant, daß seit der Haftentlassung von Siegfried Borchert, genannt SS-Siggl, die Aktivitäten dieser Gruppen allgemein im Ruhrgebiet wieder zmehmen. Borchert soll auch Kontakte zu Nazis in GE haben. In den letzten Monaten konnten wir in Ge-Buer die Gründung oder Vergrößerung einer rechten Jugendgruppe sozusagen "live" miterleben: Am Bus-

bahnhof traf sich eine Gruppe von zuletzt vier rechten Skins – Anfang des Jahres hatte sich erst ein Jugendlicher durch Aussehen und Aufnäher zur rechteskriemen Srene bekannt. Die Vier traten einer größeren Gruppe von Jugendlichen auf, zu der auch einige Frauen geborten. Ihre Beschäftigung bestand vor allem darin, tagelang am Busbahnhof abzuhängen und sich zu betrinken, sie besuchten aber auch geschlossen Spiele des FC Schalke. Diese Gruppe hat auch Kontakte zur FAP-sie verklebten FAP-Aufkleber wie "Freiheit für Rudolf Heß". Ungefähr zur gleichen Zeit wurde in der Gelsenkirchener Innenstadt eine Anzahl von FAP-Plaksten mit gleichen Inhalt geklebt. Inzwischen haben die Jugendlichen ihren Treffpunkt gendert – und vielleicht auch ihre Aktionen, denn im September/Oktober wurden wiederholt in GEBuer faschistische Parolen wie "Kauft nicht bei Juden" an Fenster von Geschäften sowie an Mauern gesprüht.

Diese Gruppe ist ein gutes Beispiel dafür, wie große Anziehungskraft rechte Ideologien auf arbeitslose Jugendliche ausüben können. Während die NPD die Chanen nutzt, bügendliche an sich zu binden, verhindert die Stadt GE (spricht die SPD) seit Jahren die Gründung eines Jugendzentrums, daß für Jugendliche eine Alternative zu rechten Angeboten sein könnte. Wie die Pappschachtel, das Comic oder das Eschhaus in Dulsburg gezeigt haben, kann ein Jugendzentrum mit einem breiten Angebot auch erstmal unpolitische Jugendliche Interessieren.

Jagenatiche interessieren.

Aber natürlich werben rechtsradikale Organisationen nicht nur bei arbeitslosen Jugendlichen um Symphatien – das Beispiel Eva Lackmanns, die als Schülerin eines Gymnasiumsfür die FAP warb, sowie überregional die Existenz von rechten Studenten/innen- Verbänden zeigt, daß rechte Ideologien auch für andere Jugendliche Interessant sind.
Ein Beispiel aus GE zu diesem Thema ist der Über-

fall dreier Faschisten auf einen Schüler des Schal-ker Gymnasiums Anfang 87. Der Schüler, Jochen B., hatte in seiner Klasse Anstecker und Flugblätb., latte il seiner Riesse Aistevent und rügörat-ter verteilt, die sich gegen Ausländerfeindlichkeit aussprachen. Zu dieser Zeit gab es auf dem Schal-ker Gymnasium eine Gruppe von sieben oder acht Schulern, die eine faschistische Ideologie an der Schule vertraten. Das äußerte sich z.B. im gemeinschaftlichen Tragen schwarzer Armbinden am Todestag Hitlers, in betont hartem Auftreten und in ausländerfeindlichen Sprüchen. Kern dieser Gruppe waren drel Schüler, wovon wiederum einer, ein 20jähriger, die Rolle eines Führers einnahm. Außer-halb der Schule traf sich die Gruppe zu Anlässen nain der Schule frat sich die Cruppe zu Aniassen wie "Führers Geburtstag", oder am 8.Mal, dem Tag der Kapitulation. Bei solchen Gelegenheiten wech-selten Flugblätter der NPD und der FAP ihre Be-sitzer, d.h. zumindest einigeSchüler hatten auch Kontakt zu faschistischen Organsationen. Kurze Zeit nach dem Verteilen der Flugblätter wurde Jochen B. vor der Wohnung seiner Eltern von drei Unbekannten überfällen und mit einem Messer schwer verletzt. Die Täter erklärten, dies sei die "letzte Warnung". Im Zusammenhang mit den Ermittlungen in diesem Fall wurde der Anführer der rechten Gruppe am Schalker von der Polizei vorgeladen. Er reagierte darauf mit einer Verleumdungsklage. Nachdem sich die Eltern von Jochen sowie er selbst zunächst an die Öffentlichkeit gewendet hatten (WAZ-Artikel und Leserbrief des Vaters) zogen sie sich nach Gesprächen mit der Schulleitung und der Polizei zurück. Es ist nicht klar, wie lange die Neonazi-Gruppe am Schalker schon vor diesem Überfall existierte, und auch, wie ihre Ak-



DIE NPD DER BRAUNE EINSTIEG

Als 1958 die Verordnung der Besatzungsmächte aufgehoben wurde, welche die Auflösung der NSDAP verfügte, findet kurze Zeit später ein Kongreß von Nazi-Veteranen statt, mit dem Ziel, für die endgültige Wiederzulassung faschistischer Organisationen einzutreten.

Am 18. November 1964 schließlich wird die NPD gegründet. Nicht zuletzt als Antwort auf die, zunächst ideologisch einsetzende Krise der jungen Republik. Von da an stellte die NPD eine Art 'Einsteiger-Partel' dar, ein Sammelbecken verschiedener Rechtsaußengrüppchen. Ende 1965 umfasste die Partei bereits 7500 Mitglieder, von denen mehr als die Hälfte schon in der NSDAP aktiv war. Die Kommunalwahlen 1966 brachten der NPD schon eine Million Stimmen ein. Bei den Landtagswahlen 1967/68 legten sie dann auf 1,9 Millionen (5%) Stimmen zu, erfahren dann aber bei der Bundestagswahl 1969 einen Verlust auf 1,5 Millionen Stimmen (4,3%). Von nun an konnte die NPD bei Wahlen nicht mehr an Bedeutung gewinnen. Darüber kann auch der ein oder andere Einzug ins Kommunalparlament nicht hinwegtäuschen.

In anderer Hinsicht leisten sie nach wie vor dem braunen Spektrum gute Dienste. Als bekannteste aller faschistischen Parteien können sie wirkungsvolle Öffentlichkeitsarbeit leisten. Mit einem Standbein im System können sie den Einen oder Anderen für andere Tätigkeiten gewinnen als nur Parteiarbeit, (siehe auch Chronologie)

In den letzten Jahren zeichnet sich der Zusammenschluß mit Frey's DVU zur Liste D ab. Diese Verbindung der beiden einflußreichsten und finanzstärksten Neonazi-Verbände führte zum Wahlerfolg der Liste D in Bremen. Die finanziellen Ressourcen des braunen Monopolverlegers Gerhard Frey ermöglichten mit über zwei Millionen DM Wahlkampfkosten eine gigantische deutsch-nationale Wahlwerbekampagne. Die braunen Wahlorganisationen halten die (Krisen-) Zeit offenbar für reif, um mit einem offensiven Vorgehen dem konservativen Parteienspektrum ernsthaft breitere Wählerschichten abspenstig machen zu können. Auch bei zukünftigen gemeinsamen Kanidaturen von NPD und DVU, so z.B. im Frühjahr 88 in Baden-Würtemberg, sind weitere bemerkenswerte Wahlerfolge dieser explosiven Synthese zu befürchten. (Vergleiche auch Artikel zur DVU)





Ein Hauptbetätigungsfeld der NPD war von vorneherein die Mobilisierung rassistischer Strömungen gegen die 'Gastarbeiter'. Sie forderte die bevorzugte Behandlung deutscher Arbeiter und diffamierte die ausländischen Arbeitnehmer, z.B. folgendermaßen: sie belästigen deutsche Mädchen, sind vielfach Kommunisten und lichtscheues Gesindel usw.

Allerdings beschränkt sich die NPD nicht auf bloße Hetzkampagnen und versucht recht bald ihre Theorie wissenschaftlich zu untermauern. Außerungen verschiedener Wissenschaftler leisten ihr dabei direkt oder indirekt Schützenhilfe.

Irenaus Elbi-Elbeisfeld, Lorenz-Schüler und heute vielleicht der prominenteste Anthropologe: "Grundsätzlich muß man sich darüber im klaren sein, daß man mit jeder Einwanderung, die man gestattet, Land abtritt." Selbstverständlich distanziert sich Elbeisfeld, genau wie andere Wissenschaftler, vom Rassismus. Übereinstimmend verurteilen sie die Ausnutzung der Wissenschaft durch die Faschisten des 3.Reichs als Mißbrauch und doch genügen ihre Thesen um der NPD argumentativen Rückhalt zu

Das "lebensrichtige Bild der Menschen und Völker" ist Ausgangspunkt des Programms von 1973. Folgende Hauptbestandteile sind darin besonders erwähnenswert:

1. Die Existenz biologisch bestimmter Volker (Rassen). Im Programm der NPD helßt es: "Volker sind organisch gewachsene und organisch sich weiterentwickelnde Gebilde." Also gibt es unterschiedliche Volker, unterteilbar in Rassen mit verschiedenen physischen und psychischen Anlagen unterschiedlicher Wertigkeit.

2. Ihre irrationalen Triebkräfte. Es gelte so die NPD weiter, sich auf den 'volkischen Urgrund' zu besinnen, denn: "die Kräfte des Blutes haben sich als stärker erwiesen als alle Ideologien, die die Welt bisher gesehen hat."

3. Die Überlegenheit des Weißen. "..., daß jede fruchtbare Entwicklung auf dieser Erde nur aus der Fortentwicklung des Bewährten möglich ist und von jenen Völkern und Staaten getragen wird, die nach dem Leistungsprinzip des einzelnen Menschen die Möglichkeit schaffen, seine Kräfte in der verpflichtenden Verantwortung für die Gemeinschaft seines Volkes zu entfalten." Es kommt demnach auf die Durchsetzung der Volksgemeinschaftsideologie an, welche die Voraussetzung eines Führungsanspruchs darstellt. Diese Bewegung sei in allen weißen Kulturvölkern vorhanden und hat vielerorts bereits die Macht übernommen (historisch z.B. in Spanien, aktuell in Sbedafrika)

4. Die Entwicklung der Rassen ist durch den Überlebenskampf bestimmt (Sozialdarwinismus). Die rassistische Grundauffassung der NPD wird durch die Verbindung mit dem Sozialdarwinismus noch dynamischer und aggressiver. Nach dem Motto, "leben darf nur der Stärkere", preist die NPD Hitlers Analyse des Überlebenskampfes eines Volkes: " da ein Volk nur dann als gesund bezeichnet werden darf. wenn es am allgemeinen Lebenskampf teilnimmt, dieser aber als Voraussetzung die Vermehrung eines Volkes hat, muß die Politik es als ihre höchste Aufgabe betrachten, diesem natürlichen Imperialismus die ebenso natürliche Befriedigung zu geben." (Zitiert nach Kühnl:'Der deutsche Faschismus') Die NPD setzt noch dazu: "Westeuropa soll zersetzt werden von negriden und asiatischen Menschentypen und Menschenrassen." ( so der stellvertretende NPD-Landesvorsitzende NRW Gerlach.

NPD und Neue Rechte

Wahlniederlagen der NPD forderten die Herausbildung von Positionen, die sich stärker auf die Überwindung der politischen Isolation der Altrechten beziehen, als auch Bezug auf die aktuelle politische Situation nehmen sollten. Anfang der 70'er Jahre entstand das Lager der 'Nationalrevolutionäre' (siehe a.a.o.), die von der NPD unmittelbar unterstützt wurden.

Zu dieser Zeit war es Frey durch Gründung des 'Freiheitlichen Rats' gelungen, das eingefleischte Altnazi-Potential um sich zu sammeln. Mischte anfangs noch die 'Aktion Neue Rechte' im 'Freiheitlichen Rat' mit, kristallisierte sich doch zunehmend die Spaltung heraus. Hier konnten keine neuen sozialen Bewegungen integriert werden. 1974 vollzog sich der Bruch, die 'Sache des Volkes/Nationalrevolutionare Aufbauorganisation' wurde gegrundet, eine nationalrevolutionar geprägte Gruppe. Zwischen dieser und der NPD kam es dann Ende der 70'er Jahre zu zunehmender Annäherung. Die verschiedesten extrem rechten Gruppen und Parteien lassen in Ihren Dokumentationen und Publikationen ein gemeinsames Bezugssystem erkennen. Dies läßt sich u.a. auf das Wirken der neurechten Ideologiezentren GRECE in Frankreich und dem Thule-Seminar in der BRD zurückführen. Hier formuliert sich der Anspruch eine Kulturrevolution von rechts einzuleiten. Eine Regeneration des Rassismus, wie anhand des NPD-Programms geschildert, wird dort theoretisch abgestützt und neu gestylt.

"Ausgangspunkt nationaldemokratischer Gesellschaftspolitik ist das lebensrichtige Menschenbild auf der Grundlage der Ergebnisse der modernen Wissenschaft und das helßt ein Menschenbild, das auf Anerkennung der Ungleicheit der Menschen unt." (Mußgnug, NPD-Bundesvorsitzender 1982) Erneut wird die Überlegenheit der Europäer begründet. "Der stärkere Wille", das "mutigere Unternehmen", die "hohere Idee" verschafft die Legitimation des Handelns. Das gilt natürlich auch für der Verhältnis zwischen den Rassen. Im Vordergrund steht das Streben nach "Wissenschaftlichkeit" und der Bezug auf den Ethnopluralismus.

### Vom Ethnozentrismus zum Ethnopiuralismus

Die Wahlniederlagen der NPD beschleunigten die Herausbildung von Positionen, die sich entschieden stärker an der aktuellen Situation orientierten und die Partei der Altrechten aus der Isolation führen sollten. Außerhalb der Partei bildete sich, wie erwahnt, Anfang der 70'er Jahre das nationalrevolutionäre Lager.

Sie forderten die europäische, wenn auch zunächst nur 'geistige', Revolution mit haufnaher
Volksverbundenheit. Der Schlüssel zum Verständnis
dieser neurechten Ideologie, die zunehmend auch
die der NPD wurde, ist der sog. 'Ethnopluralismus', ein Welterklärungsmodell auf der Grundlage
von Volkern bzw. 'Rassen'. Hierin findet sich die
Grundstruktur der neurechten Weltsicht. (s. auch
Fxtra-Artikel zu den Nationalrevolutionären)

Das NPD-Programm von 1985 deutet den 'Sinneswandel' an. "In der Verschiedenheit der Nationen, der Vielfalt der Kulturen und der Untersationen, keit der Menschen sehen wir den Reichtum und die Schönheit der Erde."

Konservative Kreise kritisierten bis in die neue Republik hinein den sog. 'Ethnozentrismus', die Ideologie also die als Ideologieschwerpukt der Altrechten verstanden werden kann. Der offene Rassismus der faschistischen Ideologie passte nicht in das bürgerliche Weltbild. Ethnozentristischer Stolz auf die eigene rassische Gruppe, die Überzeugung das alle Merkmale eines Menschen von biologischer Natur sind und die insofern gehegten negativen Empfindungen gegenüber anderen Gruppea waren innerhalb der rechten Kreise nicht mehrheitsfähig. Mit der Abkehr vom offenen Ethnozentrismus will nun die 'Neue Rechte' zumindest teilweise aus der Schußlinie kommen und Wege für neue Gemeinsamkeiten ebnen.

Ethnopluralismus stellt einen Komplex von mehreren aufeinander bezogenen Theorien dar, die von den Theoretikern der 'Neuen Rechten' selbst nicht in Zusammenhang gestellt werden. Alle Theorien werden zaghaft miteinander verbunden und bilden den Hintergrund der meisten nationalrevolutionären Argumentationsmussten.

Den 'europiden' Menschen, also die Völker (West-Europas, vereinen demzufolge besondere Eigenschaften und Fähigkeiten:

 "Abendländische Rationalität im Sinne einer Zweck-Mittel-Relation";
 "eine spezifische Verbindung von Logik und Em-

- "technologische Naturbeherrschung";

"Leistungsorientierung" ...
Oder mit anderen Worten, die Denkstrukturen, die für die Entwicklung von Wissenschaft und Technik forderlich sind, sind einzig in der 'indogermanischen Rasse' enthalten. Man wandelt also letztend-lich weiter in Richtung auf Nietzsches 'Übermenschen'. Europa wird als Zentrum der weißen Rasse dargestellt, die aufgrund ihrer dominierenden Zivilisation, weltweit die Führung übernommen hat.

dargestellt, die aufgrund ihrer dominierenden Zivilisation weltweit die Führung übernommen hat. Das alles unter Berücksichtigung der 'Vielfalt der Nationen' und deren Eigenarten. Vorausgesetzt sie sind bereit zu parrieren. Natürlich versteht es die 'Neue Rechte' sich

nach außen als tatsächlich 'Neu' zu verkaufen. Jed-

wede Ruckbesinnungsgedanken werden unterlassen, der bezug zum Nationalsozialismus 'besser' vermie-



Der Faschismus der NPD

"Die NPD bekennt sich zur demokratischen Idee", verkündet sie im Programm von 1973 und ändert diese Haltung natürlich bis zum heutigen Tag nicht. Aber was steckt hinter der Demokratietreue dieser Partei?

Die Demokratie stützt laut Programm der NPD, den Staat. Staat und Demokratie müssen also unterschieden werden. Die Staatsform, Demokratie, hat den Zweck den Staat funktionieren zu lassen. Jede Schwäche des Staates sei insofern Verfälschung der Demokratie und als solche zu bekämpfen. Gelebte Demokratie, etwa in Form von Protesten gegen Staatsentscheidungen, kommt natürlich dem Staatswillen in die Quere und schwächt die Staatsform. Die Antwort darauf ware das massive Einschreiten des Staates mit aller ihm zur Verfügung stehenden Macht. Denn der Staat, so die NPD-Programmatik weiter, sei der 'Wahrer des Ganzen und kann dem Einzelnen nur soviel Freiheit gewähren, wie seine Interessen nicht infrage gestellt werden. Freiheit also dort, wo das mögliche Maß nicht überschritten wird, dort wo die Interessen 'des Ganzen' nicht bedroht werden.

Was unter dem sog. 'Ganzen' verstanden werden soll läßt sich unschwer erraten, daß Volk beispielsweise, genauso wie Privatwirtschaft oder Eigentum (umschrieben auch mit Kapitalismus), Patriachat und und und

'Das Ganze' duldet den Widerspruch oder die Infragestellung nicht. Kann es nicht dulden, weil Freiheit ohne Ordnung' zu 'Chaos und Anarchie' führe "unter denen die persönliche Freiheit stirbt. Die NPD versucht nicht an den Wurzeln der gesellschaftlichen Widersprüche Änderungen vorzunehmen. Unter der Forderung des 'starken Staates', der ja auf Dauer stark, soll heißen wesensmäßig repressiv sein soll, ist auch hinreichend geklärt. daß gesellschaftliche Grundlagen als verteidigungsbzw. erhaltenswürdig angenommen werden. Das Privateigentum als Grundlage und Bedingung der Ausbeutung ist der NPD genauso hellig wie jedem Kapitalisten. 'Jedem das seine' ist die blode Schlußfolgerung, die nur in erwähntem Sinne verstanden werden kann. Und damit alles so bleibt, ertönt der Ruf nach geltendem Recht, nach dem starken Staat und die Verschmähung des sog. Liberalismus der die Rechts- und Werteauffassung aufweicht.

Soweit zum 'Staatsschismus' der NPD.



### DER DEUTSCHNATIONALE SENKRECHTSTARTER

### GRÜNDUNG

Für die Gründung der DVU waren mehrere Faktoren ausschlaggebend. Im Zuge der sozial-liberalen Ostpolitik und dem Umschwung des Kapitals weg vom kalten Krieg, verloren rechte Gruppierungen ihren Einfluß auf die Regierungspolitik. So fielen die Stimmen der NPD in diesem Zeitraum von 1,9 Mio.(1967), 1,5 Mio(1969) auf 200.000 (1972). Auch die Vertriebenenverbände konnten die Politik "im Geist der Entspannung" und die daraus entstandenen Ostverträge nicht verhindern. Und genau dies war Mobilisierungspunkt für die zahlreichen Neugründungen/ Wiederbelebungen rechter Gruppierungen. Da die Rechten den Einfluß auf die allem - zur CDU/CSU übergewechselten NPD erhalten wollten, es jedoch unrealistisch war mit einer Partei rechts von CDU/CSU in die Parlamente zu ziehen sollte eine überparteiliche Organisation entstehen "um diese Parteien (CDU/CSU) auf einen rechten Kurs festzulegen". So wurde am 18.01.71 unter Beteiligung mehrere NPD, CDU Mitgliedern, Sachsen und Altnazis die Deutsche Volksunion (DVU) gegründet. Vorsitzender wird der Verleger Dr. Gerhard Frey,dessen Rückgrat seiner Unternehmungen die Deutsche Nationalzeitung ist. Mit zur Zeit ca.16.000 Mitgliedern ist die DVU die stärkste Organisation der deutschen Rechten. Die Mitglieder bestehen im wesentlichen aus Altnazis, Mitgliedern und Symphatisanten milit. Traditionsvereinen, sowie revanchistischen Gruppen.

### Organisationsstruktur

Die Hauptfunktion der DVU innerhalb der Nazi-Scene besteht auf publizistischem, ideologischem, und bündnisspolitischem Gebiet. Ohne feste Organistionsstruktur wird die Sammelfunktion für Konservative und Faschisten erfüllt. Die DVU wirkt Ideologischligend und Orgentierend.

Der DVU angeschlossen sind sechs Aktionsgemeinschaften, deren Mitglieder nahezu vollständig der DVU angehören.

AKON/Aktion dt. Einheit

die 1962 gegründete Aktion Oder/Neiße wurde seit 1978 von Frey unter neuem Namen belebt

- IfA/Initiative für Ausländerbegrenzung

- ARF/Aktion dt. Radio/Fernsehen

VOGA/Volksbewegung für Generalamnestie
 Schutzbund für Leben und Umwelt

Ehrenbund Rudel/Gemeinschaft zum Schutz der Frontsoldaten

Was sich vom dt. Neofaschismus nicht in der DVU organisiert, gruppiert sich organisatorisch dazu und wird unterstützt. So bildeten 1972 Erwin Kritt, G. Frey und Prof. Bertholt Rubin den Freiheitlichen Rat. Vorsitzender: G. Frey. Dem FR sind wiederrum angeschlossen:

DVU;Deutscher Block; Jugendbund Adler; Stahlhelm Kampfbund; Wiking Jugend; Arbeitskreis olkstreu-

er Verbände

Überdies unterhält der FR beste Kontakte zu Faschisten im In/Ausland. Die Verbindungen innerhalt der Nazi-Scene haben auch ihre praktischen Seiten. So 'laßt Frey Veranstaltungen der DVU durch rechte Schläger schützen und unterstützt diese finanziell. So z.B. bekommt Uwe Rohwer, Wiking Jugend Führer, Geld als dessen Wiking Hof abbrennt.

### Programm und Zielsetzung

Ziel des Programmes Ist die Vereinheitlichung eines Teils der Nazi-Scene auf breiter politischer Grundlage. Obwohl sich die DVU selbst als "verfassungstreue freiheitliche knüfte das 1972 vorgelegte 24 Punkte Programm der NSDAP von 1920 an.

### Wesentliche Postionen

- Westliche Aufrüstung zur Abwehr des Bolchewismus

mus "angesichts der drohenden Versklavung durch den

Bolchewismus gilt es eine moralisch intakte, modern Ausgerüstete, starke schlagkräftige Bundeswehr zu schaffen". Die DVU tritt offen für die Stärkung westlichen Bündnisses ein,bejubelt in Ihren Zeitungen die Nato Nachrüstung und den Überfall auf Grenada als Reagans neuen Sieg über den Kommunismus.

- Wiedererrichtung des großdt. Rieches

"die Unterwerfungsverträge mit dem Sowejtkolonialismus werden für Null und Nichtig erklärt. Das Selbstbestimmungsrecht und die dt. Lebensrechte werden gefordert". Man stimmt sich auf einen Angriffskrieg gegen die SU ein.

- Ausländerfeindlichkeit

"Ausländer, Kriminelle, Kommunisten und Anarchisten sind abzuschleben". Ein Flugblatt der DVU

- Gwerkschaften

Laut Programm ist der DGB der größte Monopol-

kapitalist und müßte aufgelöst werden. Laut Dt .-Anzeiger arbeitet der DGB für die Interessen des Sowejtimperialismus und ist der wahre Drahtzieher des Grooßkapitals.

- Starker Staat/Terror gegen links

Um Recht und Ordnung durchzusetzen wird eine Strafrechtsverschäfung sowie die Verstärkung der Polizei gefordert. Deutlich wurde DNZ-Redakteur Neubauer auf einer Veranstaltung in Rgensburg: "Jeder Kommunist ist ein geistiger Verbrecher und potentieller Mörder. Der Kommunismus darf nur soviel Spielraum haben, wie ein Gehängter zwischen Hals und Strick."

- Leugnung der Kriegs und Naziverbrechen

Die DVU verfälscht die Geschitsschreibung. Natürlich wird eine Generalamnestie aller Kriegsver-

brecher. Gerade bei diesem Programmpunkt geht die DVU beträchtlich über die Außerungen der NPD hinaus. Die DVU erweist sich in ihrer 15jähr. Geschichte als Organisation, die unbeirrbar ihren Kurs einhält. Auch in ökologischen Fragen wird ein unmißverständlicher Standpunkt vertreten: "Die DVU ist für die WAA/Wackersdorf, wiel es die atomare Unabhängigkeit der BRD stärkt, d.h. den Zugang zu eigenen Atomwaffen ermöglicht und natürlich ist die DVU gemäß ihrem Leitbild starker Staat gegen links für die Zwangsräumung in Wackersdorf als eizige richtige Antwort der Staatsmacht gegen Staatsfeinde, Friedenskäpfer und Umweltschützer."

### Die DVU heute

Mehrere Ziele der DVU von 1972 scheinen erreicht Die DVU hat es geschafft ein breites Sammelbeckrechter, revanschistischer und konservativer Kräfte zu errichten. Duech die der DVU angeschlossen Verbände, Aktionsgruppen und Prganisationen wird eine Brücke von offen aglerenden Nazi-Gruppen über Vertriebenenverbänden bis hin zu ökologisch-grünen-friedenspolitischen Gruppen gespannt In der DVU versammeln sich Nazi-Schläger, prominente Wissenschaftler und bekannte FDP und CDU Mitglieder zu einem breiten rechtem Sprektum. Dies ermöglicht der DVU in fast allen gesellschaftlichen und politischen Gebieten tätig zu werden, und dies auf breiter polit. Grundlage zu vereinheitlichen. Hauptfunktion ist, wie schon anfangs erwähnt, die Arbeit auf publizistischem, ideologischem und bündnisspolitischen Gebiet.

### Weiter so Deutschland

"Es ist schon mehr als peinlich, wenn die CDU weiter so Deutschland plakatiert: ein Schlag ins Gesicht Jener Wähler die lange Zeit geglaubt haben mit der Wahl der Union als dem kleineren Übel nationalpolitisch etwas bewirken zu können. Es kann also keine Zweifel geben, daß sich rechts eine eigenständiege Kraft etablieren kann." Seit Anfang diesen Jahres bemühen dich die Rech-Rechtsextremen um Reorganisation. Zentrale Kräfte sind neben der NPD und ihren spezifischen Organisationen die Frey Truppe, Zusammen mit der NPD sollen die Zeichen der Zeit ausgetestet werden, um eine wirkliche Wende zu erzwingen. Ihre Einschätzung: Der Lack des Übels CDU/CSU ist ab. Ungezählte Wähler sind von den beiden gro-Ben Volksparteien enttaüscht abgefallen." G.Frey der 15 Jahre akribisch ein Mosaik zusammensetzte sieht nun die große Chance.



### Liste D

Ein Resultat der Reorganisation ist der Zusammenschluß der DVU mit der NPD. Ende Februar 87 ging ein Gründungsausschuß ans Werk, um ende März im Münchener Löwenbräukeller die Deutsche Volksunion Liste D ins Leben zu rufen. Das dt .nationale Personal, mit dem die Liste D aufwartet sind: G.Frey (Vorsitzender); RA und DVU-Aktivist Fritz v. Radow(stellvertr. Vorsitz.); Mitglied im Beirat der Rassenzeitschrift Neue Antropologie Bernhard Steidle; sowie Helno Brandt, Andreas Behrens. Kontaktpersonen zur NPD sind neben Mußgang, Walter Seetzen und Karlheinz Vorsatz. Die Bremer Bürgerschafatswahlen waren für die Liste D der Testballon. Die Wahlkampftaktik war einfach. Ca 2.5 Mio.DM dienten dazu, frühzeitig Hauswurfsendungen durch die Post zu verteilen. Von der Bremer Meldebehörde bekam die DVU für 300DM die Adressen sämtlicher Jung/Erstwähler. Ebenso massiv wurde in Anzeigen, Plakatwänden, Zeitungen und vom Flugzeug aus für die junge Partel geworben. Die Liste D war Wahlkampfthema Nr.1. Zur Taktik gehörte auch, aus Furcht vor

Gegendemonstrationen keine öffentlichen Wahlveranstaltungen abzuhalten. Um das faschistische Gesicht etwas zu verstecken, wurden nur unbekannte Kanditaten in den Wahlkampf geschickt. Die waren Hintermänner der Propagandaschlacht, der Landesvorsitzende der NPD/NRW H. Hertel und der Landesvorsitzende der DVU/Bremen, blieben im Hintergrund. Auf jeden Fall war der Widerstand In Bremen zu gering und der Wahlerfolg der Liste groß. Die DNZ veröffentlichte nach der Wahl Analysen und Einschätzungen unter dem Motto: "Noch ist Deutschland nicht verloren" und "von hier aus in die ganze BRD"

### Zum Programm

Die Liste D versteht sich im Gegensatz zu sozialdemagogisch operienden Gruppen (national-sozialismus) der neuen Rechten als national-freiheitlich etwa in dem Sinne von national-marktwirtschaft bekennend.

Deutschlandpolitik

"Entscheidend für die Gründung unserer Partel(...) war, daß die Verteuflung des dt.Volkes bald ein halbes Jahrhundert nach dem 2.Weltkrieg sich weit-



er steigert. Maßgebende Politiker tragen die Hauptschuld, indem sie - einmalig in der Weltgeunentwegt Anklagen gegen Deutsche und alle Deutschen, selbst die Ungeborenen eingeschlossen, der Kollektivverantwortung beschuldigen"."Das D in unserem Parteinamen symbolisiert das ganze Deutschland, in den gerechten Grenzen gemäß Selbstbestimmungsrecht." Auslänlderpolitik

Die Ausländerfeindlichkeit der DVU tarnt sich etnopluralistisch, also etwa "jedes Volk auf seinen Platz." Delhalb fordert die Liste D: Ausländerbegrenzung, Ausweisung krimineller Ausländer und Scheinasylanten . Dt. Arbeitsplätze für dt. Arbei-

- Innere Sicherheit

"Starker

"Starker Staat gegen links" lautet eine Devise "Schutz dt. Bürger vor Kriminalität" eine andere Delhalb: Ausbau der Polizei, Demonstrationsrechtsverschärfungen und staatl. Hilfe für Verbrechensonfer.

Familien-Bildungspolitik

Leben und Umwelt sollen geschützt werden. Ferner wird eine wirkungsvolle Seuchenpolitik verlangt. D.h.: Meldepflicht bei Aids, strengere Untersuchungen Importierter Nahrungsmittel. Und außerdem: "Besonders wollen wir uns der berechtigten Interessen der älteren Mitbüger-innen nehmen Sie haben Schutz, Zuwendung und solidarische Hil-fe der Gemeinschaft verdient."

Schlußwort

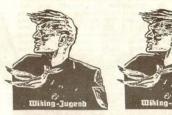
Durch die personellen Verbindungen des rechten Flügels der Unionspartelen zu den "serlösen Teilen des Neofaschismus wie DVU und NPD" verwischen die Grenzen zwischen Rechtsextremen und Konservativen. Unter anderem deshalb wurde der nationalsozialistische Revanchismus von HIAG bis DVU wieder salonfähig. Folgerichtig wurde vom Bundes-Innenministerium die HIAG 1983 von der Liste der verfassungswidrigen Organisationen gestrichen. Die Behauptungen aber, rechtsaußen seien die polit. und terroristischen Kräfte zersplittert, werden an zahlreichen Aktionen,dem verstärkten öffentlichem Auftreten und zuletzt an Bremen konkret wiederlegt. Zwar wird das Anwachsen der Faschisten vom Staatsschutz registriert, bewußt jedoch Hintergrund, Ursachen und Entwicklung zurückgehalten. Die DVU stellt für uns eine der zentralen Organisationen in der formierung der Rechten dar. Zum einen sind finanzielle Mittel genug vorhanden, an einschlägigen Beziehungen mangelt es auch nicht. Zum anderen wird sich sicherlich viel an der Person Frey's festmachen. Das Medienmonopol, die Inhaltliche Komplexität, sind entscheidene Vorteile gegenüber ander rechten Gruppen/Parteien.

# WIKING JUGEND

DIE ENKEL DER HJ







Die Wiking-Jugend ist die älteste neofaschistische Jugendorganisation in der BRD. Ihren Ursprung findet sie im Jahr 1952; als sich die Reichsjugend, die Jugendorganisation der 1952 als NSDAP-Nachfolgeorganisation verbotenen Sozialistischen Reichspartei (SRP), mit einigen anderen unbedeutenden rechten Jugendbünden zusammenschließt. Sie verfügt über Schwesterorganisationen, die nach den selben Prinzipien aufgebaut sind, z.B. in Spanien, den Niederlanden, Frankreich, England, Norwegen, Australien, Neuseeland und der Schweiz, Aufgrund des Selbstverständnis der Wiking-Jugend, das unmittelbar an Ideologie und Aufbau der Hitler-Jugend anknupft, gab es von Anfang an intensive Bezie-hungen zu Altnazis - insbesondere den Kameradschaftsverbänden der ehemaligen Waffen-SS(HIAG). Nicht nur bei Veranstaltungen der SS-Veteranen wie 1985 in Nesselwang, ist die Wiking-Jugend dabei - auch zu ihren regelmäßig stattfindenen Zeltlagern werden alte SS-Leute als Gäste eingeladen; z.B. der Nazi-Schriftsteller Porsch, ehemaliger SS-Angehöriger und Ritterkreuzträger, dessen Werke allesamt wegen Kriegsverherrlichung indiziert sind. Oder als anderes Beispiel für die enge Beziehung zwischen Wiking-Jugend und Hitlers SS: Kurt Eggers meldete sich als 40-jähriger zur SS-Division 'Wiking', einer Einheit, die aus Faschisten unterschiedlicher nationaler Herkunft aufgebaut wurde. In ihr kämpften für das nationalsozialistische 'Großdeutschland' Deutsche, Belgier, Hollander, Franzosen und Skandinavier. Diese Division Waffen-SS, und als Personifizierung Kurt gers, dient der Wiking-Jugend als besonderes Vorbild. Eggers verfaßte Schriften, in denen er genau das Gleiche verfolgte, was für die Wiking-Jugend höchstes Ziel ist: nämlich ein Großgermanisches

Gelegenheiten sich mit Altnazis in aller Öffentlichkeit zu treffen, bieten immer wieder die Veranstaltungen der Deutschen Volksunion (DVU), wie zuletzt im August 1987 in Passau, wo 3000 Teilnehmer dem DVU-Vorsitzenden und Herausgeber der National-Zeitung, Gerhard Frey, lauschten. Das Verhaltnis der Wiking-Jugend zur wohl bekanntesren Faschistenorganisation, der NPD, sieht etwas
anders aus. Zwar sind die Kulturdarbietungen der
Wiking-Jugend, wie Fahnenschwenken und Volkstanz, bei NPD-Parteitagen und Veranstaltungen
gern gesehenes Beiwerk, aber politisch geht der immer offener zutage tretende Neonazismus der Wiking-Jugend den NPD-Funktionären zu welt. Aufseheneregende Aktionen beging die Wiking-Jugend im
Rahmen der Volkstreuen Außerparlamentarischen
Opposition' (VAPO; Zusammenschluß aus Wiking-Jugend und FAP), so z.B. die versuchte Demonstration gegen eine DGB-Kundgebung am 8.5.85 in Aachen, anläßlich des 40 Jahrestages der Kapitulation der Hitlerfaschisten.

Eine weitere Möglichkeit zu einem gemeinsamen Auftreten von FAP und Wiking-Jugend bieten die Kundgebungen und Mahnfeuer an der Grenze zur DDR, an der Röhn, jedes Jahr zu Silvester. Bei der Auseinandersetzung innerhalb des militanten Neonazispektrums über die Führungsrolle von Michael Kühnen, der sich mit seiner Schrift 'Homosexualität und Nationalsozialismus' bei einem Teil seiner Kameraden äußerst unbeliebt gemacht hat, steht die Wiking-Jugend eher auf der Seite der Purschfraktion um Jürgen Mosler und Volker Heidel. Jürgen Mosler gehört zum Bundesvorstand der FAP und ist ebenfalls Mitglied der Wiking-Jugend



Weitere Annäherungen zwischenWiking-Jugend und FAP laufen über die 'Deutsche Frauen Front'(DFF) So waren Angehörige der DFF auf einem Wiking-Jugend-Lager im Mai 87 in Hetendorf, wo sich die mit der Wiking-Jugend-Führung über die Durchführung eines ersten Gauleitertreffens der DFF absprach. Das Gelände in Hetendorf gehört dem 'Freundeskreis Filmkunst' aus Hamburg, der personell eng mit der rassistischen 'Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung' (GbAEV) verbunden ist. Verbindungsglied ist eine der schillernsten Figuren des neofaschistischen Lagers in der BRD, der Hamburger Nazi-Rechtsanwalt Jürgen Rieger. Rieger ist ebenfalls in der 'Artgemeinschaft' und im 'Nordischen Ring' tätig. Die 'Artgemeinschaft' tritt für die Erhaltung und Erneuerung "unseres biologischen Erbes ein", und um dieses zu erreichen ist es notwendig. "unser biologisches Erbe nicht verändert wird, nicht durch Fremdarbeiter, nicht durch artfremde Volksangehörige, wie Schwarzafrikaner, Asiaten, oder primitive Völker". Genau wie die 'Artgemeingeht die Wiking-Jugend von einem Gleichklang des 'nordischen Blutes' aus. Jürgen Rieger treibt mit seiner Arbeit in der GbAEV, dem 'Nordischen Ring', der 'Artgemeinschaft' und der Wiking-Jugend, mit seinen publizistischen und persönn, nationalen und internationalen Verbindungen die Integration des Nationalsozialismus in die herrschende Ideologie der heutigen Gesellschaft voran.

### Ideologie der Wiking-Jugend

Die Ideologie der Wiking-Jugend ist wie jede faschistische Ideologie wissenschaftlich fragwürdig, lebensfeindlich und reaktionär. Ihr Kern ist Rassenwahn, ihr Ziel eine vernichtende Ordnung, ihr Vorbild ist der Nationalsozialismus. Die Grußformel der Wiking-Jugend ist 'Nordland-Heil'. Der Glaube an 'Nordland' ist die Grundlage auf der diese Ideologie aufbaut. 'Nordland' ist nach Auffassung der Wiking-Jugend der geschichtliche und mystische Herkunftsort einer germanischen Rasse, die allen anderen Gruppen von Menschen überlegen und zur Führung geboren ist. Dieser Glaube entbehrt jeder Wissenschaftlichkeit. Rasse, Blut (Sippe) und Boden sind seine Grundpfeller; wie auch bei anderen neugermanischen und völkischen Sekten und wie auch in der Ideologie der Nationalsozialisten.

Verwiesen sei an dieser Stelle auch auf das sog. 'Nordische Artebkenntnis' der 'Nordischen Glaubensgemeinschaft' von 1933 und auf das Bekenntnis der mit der Wiking-Jugend eng verflochtenen, heutzutage noch existierenden 'Artgemeinschaft'. Das 'nordische Blut' - wie die Faschisten sagen - , die angebliche 'germanische Rasse', soll geschichtlich ihre Fort- und Durchsetzung gefunden haben in der 'klaren Folgelinie nordisch-germanischdeutsch'. (Wikinger 1/78,5.4) Den von der Wiking-

Jugend angesrochenen Menschen wird mit arischer Herkunft und einem Bekenntnis zu Rasse, Deutschland, zum 'Reichsgedanken' oder neu werdenden Großraum Nordland zugang zu einer zukünftigen Herrschaftselite versprochen. Sie sollen aufgenommen werden in die verschworene Gemeinschaft der 'Kämpfer für Nordland', in die Gemeinschaft der 'Volkstreuen'. Das Menschenbild, das von der Wiking-jugend propagiert wird, ist der Idealtypus des heldischen, nordischen Kämpfers, so wie man ihn von NS-Darstellungen her kennt. Er ist durch seine Abstammung, das 'nordische Blut' bestimmt und dazu auserwählt zu herrschen, zu führen und zu vernichten. Die bessere, anpassungsfähigere und stärkere Rasse muß sich im Kampf gegen die Schlechten durchsetzen, sich 'reinerhalten' und dazu das andere ausmerzen - um endgültig die Herrschaft über die Erde zu erreichen. Das ist nach Ansicht der Faschisten das 'naturgegebene Schicksal' der nordischen Rasse, ihr Auftrag und dement-sprechend Verpflichtung für die Mitglieder der verschworenen Gemeinschaft.



Zur Erhärtung dieses Rassismus wird Wissenschaft bemüht und durchgesetzt. Geschichtsforschung, Anthropologie, Völkerkunde, Zoologie Medizin und andere. Zu welchen Einsichten und welcher Praxis diese Wissenschaften' und Wissenschafter' schon geführt haben, ist am Beispiel des KZ-Arztes Josef Mengele genügend bekannt geworden.

Die Wiking-Jugend bezieht sich direkt auf den Nationalsozialismus, aus ihm sind im wesentlichen lebende und tote Vorbilder entlehnt: z.B. Himmler, Heß, Rudel. Hitler.







'Nordland'.

# DIE

# DIE F ASCHISTEN DER VERBOTENEN ANS/NA A RBEITEN JETZT IN EINER NEUEN P ARTEI

Die FAP wurde im März 1979 in Baden-Württemberg gegründet. Ihr offizieller Vorsitzender ist bis heute Martin Pape. Ihre Bedeutung als eine der radikalsten und gewalttätigsten Gruppierung in der Nazi-Szene erlangte die Partei aber erst 1984, nachdem Michael Kühnen samt Gefolgschaft in die Partei eintraten, um nach dem Verbot der ANS/NA 1983 wieder eine Organisation zu besitzen, in der sie legal welterarbeiten konnten. Ein Zitat von Kühnen bei der Gründung des Landesverbandes NRW der FAP 84 belegt dies: "Die FAP ist der

neue legale Arm der Bewegung.\*

Das Überwechseln zur FAP bedeutet jedoch nicht, daß die Organisationsstrukturen der ANS/NA aufgelöst worden sind, sondern man arbeitet mittler-

welle auf 3 Ebenen:1.in der Form von "Neue Front" Leserkreisen mit der alten ANS/NA Organisationsleitung als Führung. 2.wird die eigene ANS/NA Propaganda, juristisch abgesichert als BI-Deutsche Arbeiterpartei, aus Frankreich vertrieben. 3.offentliche Agitation und Wahlkandidaturen laufen unter dem Schutz des Parteienstatus als FAP.

Damit ist also klar, daß das Verbot der ANS/NA nur eine rein formelle Wirkung hatte (Die Faschisten durfen halt nicht mehr unter dem Namen ANS/NA auftreten),und in keinster Weise die Organisierung und Agitation der Faschisten unterbunden wurde.

Hatte sich die FAP bis zu diesem Zeitpunkt nicht offen als faschistische Partei zu erkennen gegeben, so radikalisierte sich der politische Kurs der Partei nach der "Unterwanderung" durch die ANS-ler eindeutig, und wurde offen faschistisch. Im November 1984 erklärte der damalige NRW-Landesvorsitzende der FAP, Kemper, in seiner Rede beim "I. Kongreß" in Münster, daß die FAP in der Nachfolge von NSDAP und ANS/NA stehe.

Heute ist die FAP die größte, aktionistischste und gewalttätigste Partei der äußersten Rechten.Ihre Aktionsformen reichen von Propagandaaktionen wie z.B. Aufmärschen, über Wahlbeteiligungen, Wehr-sport, Schlägereien mit Ausländern und politischen Gegnern, Anschlägen auf linke und ausländische Einrichtungen, Anschläge auf Einzelpersonen bis hin zu Mord an "Verrätern" aus den eigenen Reihen Wahlerfolge konnten bis jetzt nicht erzielt werden, und so äußert sich die Gefährlichkeit der FAP vorerst durch den Straßenterror den thre Mitglieder und Anhänger momentan in verstärktem Maße ausüben. Jedoch hat das Eindringen der ANS-ler in die FAP zu Widersprüchen und Machtkämpfen innerhalb der Partei geführt ,da sich der alte FAP-Mitgliederstamm um Pape immer mehr in den Hintergrund gedrängt sieht. Zwar konnte die FAP durch die Aufnahme der ANS-Faschisten auch bundesweit tätig werden (vorher gab es die FAP nur in Baden-Württemberg).logischerweise hatte dies aber auch zur Folge,daß der politische Kurs der Partei nun eindeutig von Kühnen und Co. bestimmt wird.Der beste Beweis dafür ist das für die Landtagswahlen in NRW 1985 vom FAP Landesverband NRW (in

dem die ANS-ier das Sagen haben) herausgegebene neue Wahlprogramm,das teilweise andere Forderungen vertritt als das alte Wahlprogramm des Bundesvorstandes der FAP in Stuttgart.

### Das FAP Wahlprogramm 1985

das Wahiprogramm ist in sich widersprüchlich und von daher eben mehr als Wahipropaganda denn als Grundsatzprogramm einzuschätzen.Dennoch lassen sich aus dem Rundumschlag,der für alle etwas enthält,einige Punkte herauslesen,die eine in etwa geschlossene Logik beinhalten.

Die kleinbürgerliche Forderung nach Förderung der Familie als Keimzeile des Volkes geht einher mit der Forderung nach staatlicher Unterstützung eben der kleinbürgerlichen Existenzen, wie kleinbäuerliche und handwerkliche Betriebe-Hier treffen sich ideologische und wirtschaftliche Forderungen mit der Realität eines von Pleiten und Unsicherheit bedröhten Kleinbürgertums.

Zum Lebens-und Ümweltschutz werden z.T. in Abgrenzung zu "grünem Chaos" aktuelle Ümweltschutzfragen aufgegriffen und allgemein populäre Forderungen wie schärfere gesetzgeberische Maßnahmen verlangt.Ähnlich wie die Forderungen zum Abbau der Arbeitslosigkeit und zur Rentensicherung sind dies Allgemeinplätze ohne realistische Lösungsansätze.

Der Rest beruht im wesentlichen auf in sich widersprüchlichen Forderungen und dem Aufgreifen
aktueller Problematiken:Der wirtschaftsprogrammatische Rundumschlag z.B. umfaßt die Forderungen nach Bettelligung des Arbeiters am Betriebskapital,ein an ökologischen Grenzen orientiertes
Wirtschaftswachstum,Exportorientierung der Industrie in Richtung Sowjetunion und VR China, gesetzliche Kontrolle der Zinswirtschaft,Staatssubventionen für Handwerk und Kleinbauern.Eine Aufsummierung von ansprechenden Einzelforderungen, deren
Summe ein Chaos ergibt.

Die Selbsteinschätzung der FAP von 1979, "Die FAP ist eine rechtsstaatliche und demokratische Partel...", wird nicht in das 1985 übernommen.Differenzen bestehen innerhalb der FAP auch über die Notwendigkeit der Zugehörigkeit von BRD und DDR zu den jeweiligen Militärblocken und den sich daraus ergebenden Forderungen.

"Wir lehnen z.B. den Austritt aus der NATO ab, solange nicht der Osten eine echte Gegenleistung bietet, also v.a. die freie Wiedervereinigung."(FAP Programm 1979)

"Abzug aller ausländischen Truppen von deutschem Boden.Austritt der BRD und der DDR aus NATO und Warschauer Pakt.Schaffung einer block-und atomfreien Zone in Europa.Neugründung eines deutschen Heeres unter deutschem Oberbefehl, das nicht Marionette der Alllierten ist wie Bundeswehr oder NVA..."(FAP Programm 1985)

### Programmatische Veränderungen im Überblick

Gemeinsam ist bei beiden Programmen -die Forderung nach Wiedervereinigung in den Grenzen von 1939 -die Forderung nach Ausländerrückführung



Unterschiedlich sind die Positionen zu -Rechtsstaat und Demokratie sowie

-die Einschätzung von Gewicht und Rolle Deutschlands zwischen den Blöcken und der Forderung nach Blocklösung von BRD und DDR

Erweiterungen im Programm von 1985 beziehen sich auf die Schwerpunkte

-Arbeits- und Sozialpolitik

-Lebens- und Umweltschutz

-Erziehungs- und Familienpolitik -Wirtschafts- und Finanzpolitik

### Zusammenfassung

Die FAP (NRW) setzt personell und inhaltlich die Arbeit der verbotenen ANS/NA,teilweise im Widerspruch zum Bundesvorstand der FAP,fort. Ihre Programmatik paßt sich der Aktualität politischer Themen an Zur Zeit sind die programmatischen Zielgruppen

kleinbürgerliche Kreise und die Arbeiterschaft. Die Programmatik ist ausländer-,gewerkschaftsund arbeiterfeindlich.

### Das Umfeld der FAP

Unterstützung erhält die FAP hauptsächlich von den Gruppierungen, die auch schon die ANNS/NA umterstützt haben. Dies sind hauptsächlich neo-faschlistische Skinheads und rechtsradikale Fußballfanclubs wie z.B. die Borussenfront.So sind viele Borussenfrontler auch Parteimitglieder der FAP, hier ist vor allem Siegfried Borchardt (Ss-Sigi) zu erwähnen, der sich schon durch unzählige brutale Aktionen hervorgetan und in Dortmund für die FAP kandidiert hat. Dieser hohe Grad an organisatorischer Einbindung eines Fanclubs in die FAP ist jedoch bislang eine Ausnahme; die meisten Mit-

glieder dieser Jugendszene agieren zu spontaneistisch und haben ein zu oberflächliches pol. Bewußtsein, so daß sie nur für einzelne Aktionen Mobilisierbar sind.

### Verbindungen zu anderen faschistischen Parteien

Die FAP hat offensichtliche Verbindungen zu NPD,DVU und NF.Obwohl inhaltlich wie auch in der Form des öffentlichen Auftretens große Differenzen zwischen FAP und NPD sowie DVU existeren, stellt die FAP immer wieder ihre Schlägertrupps als Saalschutz u.ä. zur Verfügung,um Veransteltungen dieser Parteien vor Antifaschisten zu schützen und macht ihnen so das öffentliche Auftreten oft erst möglich.

Die Verbindungen zwischen FAP und NF dagegen sind tiefergehend,da auch die NF dem radikalen Flügel innerhalb des neofaschistischen Lagers zuzurechnen ist. Ein besonderer Anziehungspunkt ist das "Nationalistische Zentrum" der NF in Bielefeld Dieser wichtige Stützpunkt der NF wird sehr stark durch die FAP genutzt, es sollte dort z.b. eine "Podiumsdiskussion auf neutralem Boden"stattfinden,um Differenzen zwischen Kühnen-treuen und Kühnen-Gegnern auszuräumen (Grund der Dif. war und ist die Haltung Kühnens zur Homosexualität), und am 30.4.87 feierten NF und FAP gemeinsam den Geburtstag Adolf Hitlers mit einem überregionalen Treffen im NF-Zentrum.Es existiert auch eine aus der NF hervorgegangene "Kühnei. Kameradschaft Bielefeld", die ebenfalls im NF-Zentrum thren Unterschlupf hat. Weiter zu beobachten ist die Zusmmenarbeit von FAP und NF vor allen Dingen in Hinsicht auf ein eventuell erlassenes FAP-Verbot-Dann nämlich könnte die NF ein Auffangbecken für die FAPler sein, genau wie es die FAP für die ANS/NAler gewesen ist.





### 1. Einleitung

Die Nationalrevolutionäre oder die 'Neue Rechte' begreifen ihre politischen Ursprünge in der geistigen Tradition des nationalrevolutionaren Flügels der 'Konservativen Revolution' und der 'Nationalbolschewisten' in der Weimaer Republik. Ihr Ziel ist die Entwicklung eines wissenschaftlich fundier-ten Menschen- und Gesellschaftsbildes. Ihr Selbstverständnis ist durch eine akademisch-intellektuelle, theoretische Orientierung geprägt. Durch diesen für den bisherigen Rechtsradikalismus völlig untypischen politischen Ansatz, stellen sie sicherlich die ideologisch gefährlichste Strömung des aktuellen Neofaschismus dar. In ihrer Ideologie bemühen sich die Nationalrevolutionare um eine Verbindung von Nationalismus und Sozialismus, und versuchen so eine Mittler-Position zwischen 'rechts' einzunehmen. Durch eine geschickte Bündnis- bzw. Unterwanderungstaktik gelang der nationalrevolutionären Bewegung eine nicht zu unterschätzende Einflußnahme auf das gesamte Lager des organisierten politischen Rechtsextremismus, aber auch auf neue soziale Bewegungen, wie die Ökologie- und Frie-

densbewegung. Zu den wichtigsten traditionellen Organisationen der Nationalrevolutionäre gehören der 'Bund Deutscher Solidaristen' (BDS) und die 'Sache des Volkes/Nationalrevolutionäre Aufbauorganisation' (SdV) NRAO), sowie in neuerer Zeit zum Teil auch die 'Nationalistische Front'.

Zur gemeinsamen Ideologie der Nationalrevolutionä-

re
Wie bereits erwähnt, liegt die Hauptbedrohung
und Einflußmöglichkeit durch die Nationalrevolutionäre in ihrer Rolle als ideologischer Wegbereiter
für eine modernisierte Zukunftsperspektive des
Rechtsradikalismus. Deshalb sollen an dieser Stelle
auch die allgemeinen und grundsätzlichen Linien ihrer Ideologie etwas ausführlicher dargestellt wer-

Die 'Neue Rechte' begründet ihre Weltanschauung in Abgrenzung zum historischen Materialismus und philosophischen Idealismus, in einer naturalistischen Philosophie. Ihr zentrales Ziel ist die Entwicklung eines neuen, umfassenden Systems der Weltdeutung auf der Grundlage der Naturwissenschaften. Sie orientieren sich dabei an einem zutiefst sozialdarwinistischen und biologistischen Menschenbild. Entwicklung und Verhalten der Menschen werden durch einen 'Primat der Natur' determiniert; kulturelle, soziale und politische Einflüsse sind sekundär. Der Mensch ist also primär ein durch 'biologische Evolution', Rasse, Instinkte und Triebe bestimmtes Wesen. Territorial-, Dominanz-Besitz-, Aggressions-, Sozietäts- und Sexualtrieb erscheinen als die bestimmenden Antriebssysteme des Menschen. Seine wissenschaftliche Fundierung und Legitimierung erfährt dieses Menschenbild durch die von Konrad Lorenz und Irenaus Eibl-Eibesfeldt entwickelten Ergebnisse der Ethologie.

Der 'Terrtorialtrieb' dient im Rahmen dieses Menschenbildes als Rechtfertigung für eine aggressive Abgrenzung von bestimmten Menschengruppen nach außen und als Grundlage für eine Solidarität nach innen. Jegliche Art von Ungleichheit und Herrschaft erfährt durch den 'Dominanztrieb' ihre biologische Legitimation. Gesellschaften ohne Rang und Hierarchie erscheinen den Nationalrevolutionären schlechterdings unmöglich. Der 'Bestzrieb' legitimiert ferner das Privateigentum, der 'Aggressionstrieb' ist natürliches und notwendiges Mittel der Rangbildung und der Verteidigung eines Territoriums; der 'Sozietätsrieb' dient der Erhaltung von Familie und Volk; und der 'Sexualtrieb' fördert die biologische Evolution.

Die aufgeführten Triebe werden als "biologische Grenzen des menschlichen Verhaltens" angesehen und auch 'Intelligenz' erscheint innerhalb eines solch biologistischen Menschenbildes als eindeutig durch genetischen Faktoren bedingt. Aus taktischen

Gründen werden die gerade dargestellten Grundansichten von den Nationalrevolutionären jedoch in den letzten Jahren kaum noch in der Öffentlichkeit vertreten.

Ein weiterer Grundbestandteil der nationalrevolutionāren Ideologie ist die Theorie des 'Ethnoplura-lismus'. Der 'Ethnopluralismus', mit seiner Betor Pluralität und Autonomie der verschiedenen Volkskulturen, dient zur Abgrenzung gegen universalistische Konzeptionen wie den Kommunismus und den kapitalistischen Liberalismus, Indem der 'Ethnopluralismus' ein biologisches Odnungsverhält-nis zwischen den Rassen anstrebt, legitimiert er auch eine räumliche Rassentrennung und ist deshalb nicht mehr als eine verdeckte Variante des Rassismus. Psychologische Untersuchungen über Vererblichkeit menschlicher Fähigkeiten und Intelligenz beweisen der 'Neuen Rechten' z.B. die genetische Unterlegenheit der schwarzen Rasse und dienen als Basis für die Forderung nach einer 'positiven Eugenik' im Sinne bevölkerungspolitischer Gesundheitspflege. Dies beinhaltet auch den Übergang von einer rein quantitativen zu einer qualitativen Bevölkerungspolitik und den positiven Bezug zur Bevölkerungspolitik und 'Erbgesundheitspflege im Nationalsozialismus.

Der sog. 'Befreiungsnationalismus' ist ein weiteres Essential der nationalrevolutionären Ideologie. Der Nationalismus wird aus dem Territorialtrieb abgelei-

"Der Nationalismus ist die politische Ausprägung des Territorialverhaltens und dient der Arterhaltung, also einem biologischen Grundprinzip. Er ist Fortschritt im Sinne der Evolution." (Waldmann, Gert: 'Junge Kritik 1', Coburg 1970,

Der neurechte Nation-Begriff umfasst die territoriale Einheit und die Staats-, Sprach-, Kultur- und Volksgemeinschaft. "Befreiungsnationalismus' bedeutet in diesem Zusammenhang die Forderung nach einer völkischen Selbstbestimmung aller Volker.

"Der Nationalismus einer Nation schließt nicht mehr den Nationalismus einer anderen Nation aus

[Meinrad, Michael: 'Nationalismus heißt Solidaritat', in: 'Junge Kritik 2', Hamburg 1971, S.9)
Dieser 'Befreiungsnationalismus' ermöglicht auch die Solidarisierung mit Befreiungskämpfen anderer Nationen, wie z.B. mit der osteuropäischen Opposition und mit nationalen Befreiungskämpfen in der 'J.Weit'. Der 'Befreiungsnationalismus' wird mit einem Regionalismus verbunden, welcher die größtmögliche Autonomie der einzelnen Regionen anstrebt. Durch die Identifikation mit der eigenen Nation und regionalen Kultur soll die durch Technisierung, Rationalisierung und Arbeitslosigkeit bedingte Entfremdung und Vereinsamung des modernen Menschen aufgehoben werden. Durch die Behauptung einer 'Volksgemeinschaft' wird die Existenz der Klassengesellschaft neglert.

Der 'neue Nationalismus' wird von den Nationalrevolutionären in einem antiimperialistischen und revolutionären Gewand präsentiert.

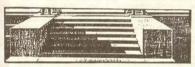
"Gegen die Unterdrückung der Völker, gegen Universallsmus und Imperialismus wendet sich die Emanzipationsbewegung des Nationalismus." (Laubenheimer, Raif: 'Nationalismus als Emanzipationsbewegung', Teil 2, in: 'Wir Selbst', Nr.5/80,

Der jeweils eigene nationale Weg zum Sozialismus wird von ihnen gegen die Idee des Internationalismus gestellt.

In der Behandlung der 'Deutschland- und Europafrage' konkretisiert sich die nationalistische Konzeption der Nationalirevolutionäre. Die 'Neue Rechte' strebt einen nationalen Befrelungskampf in ganz Deutschland an. Ziel ist die 'Neuvereinigung' aller deutschen Republiken inclusive der sog. 'Deutschen Ostgebiete', des Sudetenlands, Österreichs und Südtirols, in einer 'Republik Deutschland'. Der BRD wird in diesem Zusammenhang ein quasi kolonialer Status zugeschrieben und folgerichtig ist eine zentrale Forderung die "Überwindung der Fremdestimmung durch Abzug aller Besatzungstruppen aus Deutschland". ('Solidaristisches Manifest' vom 17.6.78)

Deutschland wird als Spielball zweier imperialistischer 'Supermächte' dargestellt. Der Imperialismus wird so auf die 'Supermächte' reduziert und eigene imperialistische Ambitionen der BRD werden geleuznet.

Eingebettet ist die Perspektive eines Großdeutschland in eine entsprechende großeuropälsche Konzeption. Ziel ist hier ein 'Bund europäischer Volker'
auf der Grundlage des Selbstbeatimmungsrechts aller europäischen Ethnien. Die Großmacht Europa ist als Gegengewicht gegen die 'Supermächte' gedacht. Der internationale Vorherrschaftsanspruch der europäischen Rasse wird genetisch b- ründet. Die biologistische Legitimation für die vorherrschaft der europäischen Rasse zeigt die nationalistisch-rassistische Grundhaltung der Nationalrevolutionäre und weißt ferner deutliche Paralellen zur NSDAP-Programmatik auf.



Die 'Supermächte' USA und UdSSR werden wie bereits erwähnt als imperialistische Besatzungsmächte begriffen. Aus ihren Hegimonialbestrebungen resultiere eine akute Kriegsbedrohung. Die ideologischen Widersprüche zwischen 'Privat-' und 'Staatskapitalismus' sind für die Nationalrevolutionäre nur noch propagandistische Fassade. Während die Strukturen und Zielsetzungen fast identisch seien, würde nur noch die ökonomische Rivalität im Mittelpunkt stehen.

Die Nationalrevolutionäre fordern den Austritt von BRD und DDR aus NATO bzw. Warschauer Pakt sowie den Abzug aller Besatzungstruppen. Hierfür halten sie ein breites Bündniss aller 'anti-imperialistischen Kräfte' für notwendig. Ziel ist der bewaffnete nationale Befreiungskampf auf internationaler Basis. Eine Politik mit eigenflich revanchistischen Zielsetzungen wird so durch antiimperialistische Phrasen legitimiert.

In den nationalrevolutionären Vorstellungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik zeigt sich die Verbindung von nationalistischer und sozialistischer Konzeption. Der Sozialismus wird als Konsequenz des Sozietätsriebs gesehen. Der nationalistische Volkssozialismus beinhaltet dabei die Idee der Leistungsgemeinschaft und den Leitgedanken der Hierarchie. Allerdings führten die Differenzen in der Sozialismuskonzeption zur Spaltung der nationalirevolutionären Bewegung, so daß die unterschiedlichen Ansätze der beiden Hauptspektren jeweils einzeln vorgestellt werden müssen.

### Der 'solidaristische Dritte Weg'

Der 'Bund Deutscher Solidaristen' begründet seine Theorie mit der dalektischen Methode von Hegel und Marx. Der 'Solidarismus' wird als Synthese aus individualistischem Liberalismus («These) und kollektivistischem Marxismus («Antithese) entwickelt. Angestrebt wird ein starker Volksstaat auf parlamentarischer Basis, mit einem möglichst hohen Grad an demokratischer Mitbestimmung.

In Anlehnung an die Vorstellungen des NSDAP-Theoretikers Gregor Strasser sollen im Rahmen eines korporatistischen Modells unterschiedliche Verbände in den Staat integriert werden. Ziel ist dabei die Vereinigung von Arbeit und Kapital unter

der Vormacht des Staates.
"Der erste Grundsatz der geregelten Volkswirt-

schaft lautet: Arbeit und Kapital dienen den Lebensinteressen des Volksganzen."

('Solidaristisches Manifest' von 1978)

Die Solidaristen verstehen ihren 'Dritten Weg' als Alternative zu dem "tödlichen System des Materialismus, der als Kapitalismus oder Kommunismus zur Welt- und Menschheitsgefahr geworden ist". (Solidaristisches Manifest)

Eine kulturrevolutionäre Veränderung des Bewußtseins soll die Menschen zu "ganzheitlichem Denken und Handeln" führen.

### Der 'europäische Sozialismus' der 'Nationalrevolutionären Aufbauorganisation' (NRAO)

Die NRAO kritisiert die repressive Struktur des BRD-Parlamentarismus. Ihr Ziel ist eine fünfache Revolution: die nationale, die sozialistische, die ökologische, die kulturelle und die demokratische.

"Nationale Revolution, genossenschaftlicher Sozialismus und ökologisches Leben, Kulturrevolution und verwirklichte Demokratie sind nicht zu isolieren oder getrennt zu erreichen. Sie sind verschiedene Aspekte ein- und derselben Sache, der Sache des Volkes."

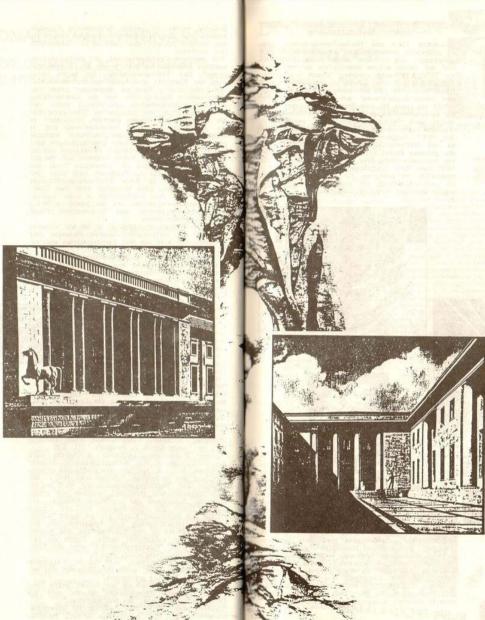
(Nationalrevolutionåres Programm von 1977, S.14) Im Sozialismus soll genossenschaftliche Solidarität von unten mit großräumiger Planung von oben verbunden werden. Konkrete Zielsetzungen sind in diesem Rahmen:

- die Zerschlagung der multinationalen Konzerne;
- die Verstaatlichung von Banken und Versicherungen;
- die Überführung von Grund und Boden in Volkseigentum;
- die Übergabe von Fabriken und Betrieben in die genossenschaftliche Verfügungsgewalt der Arbeitenden;
- die r\u00e4tedemokratische Selbstverwaltung als innenpolitisches Organisationsprinzip.

Die NRAO fordert die unterdrückten Klassen zum Kampf gegen die herrschende Klasse auf. Die herrschende Klasse wird allerdings nur als Handlanger der 'Supermächte' definiert; ein Blickwinkel von dem aus die unterdrückten Klassen das ganze Volk darstellen. Hier taucht also im scheinbar progressiven Gewand wieder die alte Volksgemeinschaftsideologie auf.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß hinter den einzelnen Saulen des nationalrevolutionären Weltbildes jeweils ein 'biologischer Totalitarismus' sichtbar wird, der alle gesellschaftlichen Bereiche ungreift und determiniert. Die Nationalrevolutionäre haben dennoch große Möglichkeiten, mit Ihren Positionen in unterschiedlichen Bereichen Einfluß zu nehmen:

"Gefährlich sind diese Theorien deshalb, weil sie in nicht unbedeutenden Punkten eine teilweise richtige Kritik an herrschenden Verhältnissen üben,



was dazu verleiten kann, das gesamte Weltbild der neuen Faschisten für richtig zu befinden und zu übernehmen."

(Damolin, Mario: 'Die Stimmen des Blutes', Psychologie Heute, März 1982, S.65)

# 3. Ideologischer Einfluß der Nationalrevolutionäre auf neue soziale Bewegungen

Neben der starken Verbreitung Ihrer Ideologie im rechten Lager, ist die Linke das Hauptagitationsfeld der Nationalrevolutionäre. Die Strategie zur Beeinflussung der Linken beinhaltet zwei Aktionsschwerpunkte:

 zum einen die direkte ideologische, personelle und organisatorische Infiltration sozialer Bewegungen;

- und zum anderen die publizistische Propagandaarbeit.

Der 'Bund Deutscher Solidaristen' konzentriert sich dabel eher auf ein grün-bürgerliches Spektrum, bzw. Friedens- und Ökologiebewegung; während die 'Sache des Volkes/Nationalrevolutionäre Aufbeuorganisation' mehr auf grün/alternative Linke, Autonome und Anarchisten einzuwirken versucht.

Beeinflussung von Ökologiebewegung und Grünen Eine besonders starke Einflußnahme gelang den Nationairevolutionären in der Gründungsphase der Grünen. In fast allen sich entwickelden Grünen Landeslitsten waren sie präsent. Besonders günstige Bedingungen für eine Einflußnahme ergeben sich aus teilweisen ideologischen Überschneidungen zwischen Nationairevolutionären und Grünen. Auch die Nationalrevolutionären und Grünen. Auch die Nationalrevolutionären und Grünen. Auch die Natur und lehnen ein rein quantitatives Ökonomisches Wachstum ab. Die Lebensbewahrung dient beiden Spektren als biologistischer Orientierungspunkt. Hinzu kommt das gemeinsame Eintreten beider Gruppierungen für Regionalismus, Anti-AKW Positionen, alternative Technologien und -Verteidizungskonzente.

Auf der Grundlage der gemeinsamen Betroffenheit aller Menschen wird eine Ideologie der Überparteilichkeit proklamiert. Die langfristigen Einflußmöglichkeiten der Nationalrevolutionäre im Spektrum der Grünen und der Ökologiebewegung können allerdings nur sehr unklar beurteilt werden.

Einfluß auf die Friedensbewegung

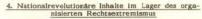
Die Nationalrevolutionäre verstehen sich in ihrer Selbstdarstellung als Teil der Friedensbewegung. Sie kämpfen gegen die Raketenstationierung und treten für eine atomwaffenfreie Zone und für alternative Verteidigung ein. Die 'gesamtdeutsche Friedensbewegung' steht im Mittelpunkt ihres Interesses. Dies gipfelt in der Forderung: "Gegen beide Supermächte – raus aus NATO und Warschauer Pakt!"

(Bublies, Siegfried: 'Für eine Friedenspolitik der revolutionären Blockfreiheit', in: 'Wir Selbst', 5/81, S.8)

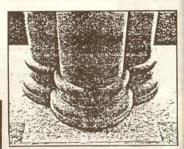
Die Nationalrevolutionäre fordern ferner eine 'Entkolonialisierung' durch den Abzug aller Besatzungstruppen aus Deutschland und Europa. Diese Zielsetzungen werden durch den Kampf für ein vereinigtes Deutschland und Europa ergänzt. Durch das Aufgreifen gängiger Parolen gelang den Nationalrevolutionären ein z.T. erfolgreiches hineintragen 'nationaler Inhalte' in die Friedensbewegung. Dies sieht man vor allem an der kontinuierlichen Diskussion um eine 'nationale Identität' bzw. um die 'Deutsche Frage'. Der Versuch eines publizistischen Dialogs mit der

Linken Die Nationalrevolutionare nehmen in vielen Punkten Terminologie und Methodik der Linken auf und füllen sie mit ihrer Ideologie, bzw. benutzen marx-istische Begrifflichkeiten zur Darstellung nationalrevolutionarer Inhalte. Als Erfolg ihrer Strategie der Initilerung eines direkten Dialogs mit der Linken muß die Veröffentlichung von nationalrevolutionären Artikeln, Erklärungen und Leserbriefen in zahlreichen linken Zeitschriften angesehen werden (u.a. in 'Asthetik und Kommunikation', 'taz', 'Pflasterstrand', 'Schwarzer Faden', 'Große Freiheit'und 'Radikal'). Auch mit speziellen eigenen Zeitschriften richten sich die Nationalrevolutionäre an eine linke Leserschaft (z.B. 'Aufbruch' und 'Wir Selbst'). Hierbei bemühen sie sich um eine Selbstdarstellung als antiimperialistische, antikapitalistische und auch antifaschistische Kräfte. Bei dem Antiimperialismus der Nationalrevolutionäre handelt es sich in Wirklichkeit allerdings nur um blossen Antiamerikanismus (siehe Dokumentation 'Beethoven statt Mc Donald'). In threm Antifaschismus beziehen sich die Nationalrevolutionäre u.a. auf 'linken' unterdrückten Strasser-Flügel

Besonders erfolgreich war die nationalrevolutionäre Verwirrungsstrategie in dem umfangreichen Dialog und Anzeigenaustausch mit der anarchistischen Zeitung 'Schwarzer Faden'. Aber auch die Integration ehemaliger KPD/ML Mitglieder und die Veröffentlichungen linker Schriftsteller in nationalrevolutionären Zeitungen können die Nationalrevolutionäre in ihrer Erfolgsbilanz verbuchen.



Zwischen NPD und Nationalrevolutionären gibt es zahlreiche personelle und organisatorische Verflechtungen. Die von den 'Jungen Nationaldemokraten' auf ihrem achten ordentlichen Bundeskongreß am 22/23.9.79 verabschiedeten 'Thesen zum Sozialismus' sind in welten Teilen mit nationalrevolutionären Positionen nahezu identisch. Auch die 'Iungen Nationaldemokraten' sehen die Volksgemein schaft als Basis für ihre Sozialismuskonzeption und die nationalrevolutionären Theorien des 'Ethnopluraund 'Befreiungsnationalismus' werden umstandslos übernommen. Über die als "Denkfabrik der NPD" fungierende Jugendorganisation gelang es den Nationalrevolutionaren einen Einfluß auf die gesamte Partei auszuüben. Durch die Übernahme nationalrevolutionärer Inhalte erhoffte sich die NPD nach ihrer langjährigen Krise eine neue Attraktivität zu gewinnen. Ihr geht es darum sich als politische Kraft mit einer modernen, zeitgemäßen Ideologie darstellen zu können.



Auch die militanten Teile der Neonazi-Szene, insbesondere ANS/NA und FAP, übernehmen aus funktionalen Gründen z.T. den nationalrevolutionären Sprachgebrauch. Ihnen geht es als bundesweite Sammlungsbewegung um eine Reintegration nationalrevolutionärer und solidaristischer Gruppen sowie um eine pseudowissenschaftliche Legitimation der eigenen Vulgärideologie. Alerdings stellt die Übernahme nationalrevolutionärer Begriffe nur eine nohle Fassade dar, hinter der die offen nationalsozialistischen und rassistischen Gedanken deutlich hervorscheinen. Eine direkte Verbindung zwischen militanten Neonazis und Nationalrevolutionären hat in der Vergangenheit die sog. 'Hepp/Kexel Gruppe' dargestellt, welche Anfang der 80'er Jahre für verschiedene Anschläge im Raum Frankfurt verantwortlich war. Aktuell scheint eine solche Funktion in Immer stärkeren und erfolgreicheren Maße von der 'Nationalistischen Front' mit ihrem Bundeszentrum in Bielefeld wahrgenommen zu werden.



Jenseits einer moralischen Wertung der

Aktionen der Hepp - Gruppe hätte späte-stens mit den Bombenanschlägen auf ein-zelne Angehörige der US-Armee klar wer-

den müssen, daß sie sich auf eine Welle des

Antiamerikanismus bewegen, den wir ab-lehnen und als politische Konzeption be-

all COLOR

MALE NUDE FILE

DOKUMENTATION

Zum Unterschied zwischen

gegen Mac Donald

Anti-Amerikanismus und Anti-Imperialismus

Beethoven

Die Anschläge faschistischer Gruppen

in amerikanischen Wohnvierteln und

gegen einzelne amerikanische Offizie-

re und Soldaten im Raum Frankfurt in

der zweiten Jahreshälfte 1982 sind

vom Staatsschutz zuerst unserer tat-

sächlichen Verantwortung und -

nach der Festnahme der Henn-Grunne

- von linken Reformisten unserer

moralischen Verantwortung zugescho-

Den Vogel abgeschossen hat dabei ein-

mal mehr eine Kommentatorin der

TAZ, die sich beim BKA für die Ver-

haftung der Faschisten bedankt, weil

sie nun nicht mehr fürchten muß,

Gruppen der bewaffneten Linken

könnten für diese Aktionen verant-

wortlich sein. Zuzutrauen wären ihrer

Meinung nach der Guerilla solche und

Die Zeitung 'radikal', wenn auch mit

ganz anderem Interesse, nimmt die

Bomben der Faschisten zum Anlaß,

um eine Diskussion über "Grenzfälle

sungsschutz und Faschos" zu eröff-

nen und kritisiert in ein und dem selben Zusammenhang "Schiefheiten

und Schludrigkeiten bei Aktionen, die

durchaus aus 'unserer Bewegung'

irgendwo zwischen RZ, Verfas-

ähnliche Aktionen jedoch allemal.

ben worden.

kommen"

Es ist böswillig zu unterstellen, daß die gegen das US-Militär, gegen militärische Einrichtungen, NATO Logistik, Kommu-nikationsanlagen oder US-Multis gerichteen Anschläge der REVOLUTIONÄREN ZELLEN, der RAF und zahlreicher auto nomer Gruppen auf einer vergleichbaren oder gar ähnlichen Linie des Antiamerikanismus operiert oder diesen beginstigt hät-

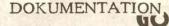
> Fast ohne Ausnahme waren diese Aktionen antiimperialistisch bestimmt und bargen damit in sich die Chance, die Risse und Widersprüche innerhalb der amerika-nischen Armee zu vertiefen, den Widerstand der nationalen und rassischen Minderheiten zu stützen. Wir haben Offiziers kasinos angegriffen und keis Mannschaftsmessen und Supermärkte. Gegen Filialen der US-Multis wurden Bomben gezündet, ohne daß dabei auch nur einer der kleinen deutschen oder amerikanischen Angestellten zu Schaden gekommer wäre. Immer wieder war das Hauptquar tier der US-Armee in Frankfurt das Ziel von Anschlägen, richteten sich Aktionen gegen miliärische Treibstoffdepots, nicht aber gegen Tankstellen in amerikanischen Wohngebieten. Schließlich haben wir nicht ohne Grund die Europa-Reise Rea-gans und den NATO Gipfel zum Anlaß einer Serie von Aktionen genommen und nicht etwa ein Konzert von Sammy Davis r, oder die Verlängerung der Laufzeit von 'Dallas'. Die jüngsten Anschläge gegen SEL in Düsseldorf und gegen IBM in Reut-

lingen lassen keinen Zweifel, worin der

Interschied besteht. Wer unsere Praxis wie unsere politischen Stellungnahmen verfolgt hat, weiß, daß wir eine diffuse, gegen Teile des Volkes gerichtete Politik, daß wir Terrorismus ablehnen. Die Strategien der Spannung und des Blutbades sind das Terrain von faschistischen Gruppierungen oder von Ge heimdiensten, für die Menschen ohnehin nur Schachfiguren sind, die gezogen und geschlagen, für einen lausigen Vorteil ge-opfert werden können. Sie nutzen die Angst der Bevölkerung für ihre auf institu onellen Einfluß oder auf institutionelle Veränderungen zielende Politk

Wir begreifen uns dagegen als Teil einer schwachen - sozialrevolutionären und antiimperialistischen Strömung in der BRD und Westberlin, zu deren Ausbreitung und politischer und militärischer Sta bilisierung wir auch weiterhin beitragen werden. Unser langer Kampf um Befreiung kommt von unten und spielt nicht mit dem Leben-von Menschen, weder unserer eigenen Genossinen und Genossen, noch dem anderer Menschen. Umd wir bewegen und noch immer in einem frühen Stadium dieses Prozesses, in dem wesentlich ein Kampf um die Köpfe und Gefühle der Menschen geführt wisd, aber eben kein





3

Daß wir in diesem Kampf ebenso wie die Rechten und Bullen Waffen und Spreng-stoff benutzen, darf nicht zu dem Schluß filhren dies sei alles ein- und dasselbet

Wir haben umgekehrt noch nie unterstellt, daß die Verwendung von Schreibma-schinen aus dem Hause IBM verantwortlich für den manchmal haarsträubenden Inhalt der TAZ oder anderer linker Zeitungen ist. Waffen und Sprengstoff, Druckund Schreibmaschinen, Fotos und Musi-kinstrumente können Mittel unseres Kampfes sein: es kommt darauf an, wie wir sie einsetzen und welche Inhalte damit verbunden sind.

Die politische Verantwortung für die Verunsicherung darüber, wo die Urheber der antiamerikansichen Arschläge anzusiedeln sind, liegt nicht bei uns oder ande-ren Gruppen der bewaffneten Linken. Nicht wir, sondern insbesondere Teile der min Artaud Friedensbewegung ergehen sich in einem diffusen Nationalismus, verbreiten den Land", machen die Perspektive eines wiedererweckten deutschen Patriotismus ch mack haft und verlassen den Boden linker Politik, wenn sie die Frage der Raketenstationierung zur Frage nationaler Identität hochstilisieren. Die Grenzen zwichen Antiimperialismus und Mobilisie



rung antiamerikanischer Ressentiments müssen zwangsläufig zerfließen, wenn die Matadore der Friedensbewegung ihren Protest gegen Nachrüstung und Pershing II darauf stützen, daß sie an das deutsche Ehrgefühl gegen quasi koloniale Unterjo-

chung appellieren. Es macht einen gewaltigen Unterschied, ob wir Mac Donald als einen US-Ernah-rungskonzern begreifen, der Maßstäbe für die Organisation arbeits-intensiver Niedriglohnarbeit wie auch weltweites Agro-Business gesetzt hat, oder aber als Ausdruck einer wie immer verstandenen "Yankee-Kultur". Wer Coca-Cola hier schon fast für Völkermord und Haupterscheinungsform eines "kulturellen Imperialismus ausmacht und auf eine Stufe stellt mit der

members **FANTASTIC** 

Unsterstützung fast aller Militärdikatatu-ren durch die US-Regierung, beraubt sich selbst der Möglichkeit, den faschistischen Ursprung nationalistischer oder antiamerikanischer Aktionen zu begreifen.

Der politische Skandal besteht nicht darin daß die Faschisten diese auch in der Friedensbewegung geläufige Position in militärische Aktion umgemunzt haben. Der Skandal besteht darin, daß es diese Position überhaupt gibt und daß sie unter Ausgrenzung und Bekämpfung sozialre-volutionärer und antiimperialistischer Potionen von linken Reformisten jeglicher Schattierung, vom Unterschriftenkartell über die TAZ bis zu den Grünen durchgesetzt werden konnte und die Bündnisfähig-keit der Friedensbewegung damit bis hin zu nationalistischen oder faschistischen Positionen teils bewußt, teils naiv betrieben wurde

Der Übergang faschistischer Gruppen von antisemitischen Aktionen und Terror gegen Arbeitsemigranten und Asylanten hin zu antiamenkanischen Anschlägen ist dabei nur auf den ersten Blick überraschend. Sie operieren dabei in erster Linie auf derselben Linie von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Hitlers Satz, daß "in einer einzigen Symphonie von Beethoven mehr

Kultur liege, als ganz Amerika bisher zusammengebracht hat" bringt all die dump-fen Gefühle und Aversionen gegen die amerikanische "Unkultur" auf den Begriff, die sich heute im Feldzug gegen "Amerika-nismen" in der deutschen Sprache oder vor 25 Jahren in der Verteufelung von Blue-Jeans oder "Negermusik" Luft verschafft haben. An diese Tradition knupfen die faschistischen Gruppen an. Michael Kühnen zur Bedeutung des Antiamerikanismus innerhalb der Rechten: "Es ist historisch be-trachtet eine alte Strömung, denn wir haben den Zweiten Weltkrieg bekanntlich gegen die USA wie gegen die SU führen müssen. Das ist die alte Geschichte der europäischen Mitte (!), die sich eben gegen raumfremde Mächte in OST und West wendet. Und im Augenblick ist für uns das Problem des West-Imperialismus noch stärker als das des Ost-Imperialismus. Heute hat es über diesen historischen Aspekt hinaus noch den Gesichtspunkt des Verfalls unserer Kultur, unserer Sprachen unserer Musik die aus Amerika bei uns importiert worden ist - und das lehnen wir entschieden ab. Ich erinnere an die Drogendinge, Es handelt sich darum, daß alles, wogegen wir kämpfen, im Grunde mit dem Stichwort Amerikanismus durchaus identifiziert werden kann."

Lawrence Fer

Ohne die Zielvorstellungen der Rechten hier genauer diskutieren zu können - die Programmatik: europäische Blockbil-dung unter deutscher Hegemonie ist offensichtlich und deutet auf eine Zunahme ntiamerikanischer Aktionen hin, die von ihrer Anlage her auch in Zukunft an "be-währte" Muster anknüpfen werden. Ausländerhatz und Fremdenfeindlichkeit, die

Aussonderung und Verfolgung all dessen. was "anders" ist, sind inder BRD nach wie vor tief verankerte Motive, die die Faschisten in ihr Kalkül einbeziehen. Gerade im Rhein-Main Gebiet, in den Städten und Gemeinden, in denen US-Truppen stationiert sind, gibt es gegen amerikanische Soldaten vor allem gegen Farbige, rassisti-

sche Gefühle wie anders wo gegen Türken und Araber

Noch nie seit dem 30jährigen Krieg habe die Stadt eine solche Verunsicherung erlebt: Raub, Mord, Vergewaltigung tags und nachts,.... Die Altstadt der Kreisstadt

> Friedberg sei ziviles Übungsgelände für ansere besoffenen randalierenden und Frauen vergewaltigenden amerikanischen Beschützer." Dieses dumpfe Schüren von Angst mit seinen rassistischen Komponenten - wie viele Kneipen sind z.B.! off-limits für die farbigen US-Soldaten - ist die Basis antiamerikansicher Aktionen. Umso bedauerlicher ist es, daß wir dieses Zitat der TAZ vom 8.4.1982 unter dem Titel "Ja zum Antiamerikanismus" entnehmen konnten



Höhepunkt einer ausgetüftelten Kampag ne mehrerer Geheimdienste die Unfähigkeit der damals von der sozialliberale Koalition kontrollierten Sicherheitsapparate demonstrieren und damit die Wah von Strauß zum Kanzler begünstigen soll te. (siehe Revolutionärer Zorn Nr.6)

Heute werden vielmehr verstärkt Anstrengungen unternommen, den legalen wie illegalen Widerstand durch diffuse Aktionen zu diskreditieren, durch die Vermischung antiamerikanischer mit antiimpe nalistischen Anschlägen zur Verwässerung und Desorientierung der Ziele linker bewaffneter Politik beizutragen, polizei-kontrollierte terroristische Gruppen aufrubauen, die in unserem oder anderem Nmen operieren bzw. jegliche Verantwortung ablehnen. So haben z.B. die Progadisten des Bullenapparates versucht, uns die Anschläge der faschistischen Gruppen anzuhängen, obwohl die Staatsschutzabteilungen vom ersten Moment an Bescheid wußten, daß wir es nicht waren.

Mehr als eigenartig ist auch, daß ausge-rechnet Odfried Hepp, der in Birut angeblich durch Lager der Falange und der PLO ging, der durch eine schwierige Operation des BND zurück in die BRD geholt wurde,

der der Hauptbelastungszeuge gegen den "Wehrsport" Hoffmann ist, der selbst mit einer lächerlichen Strafe davongekommen ist, die er nicht einmal zur Hälfte absitzen mußte, Hauptinitiator dieser Gruppe gewesen sein soll. Ausgerechnet er ist der einzige, der sich der Verhaftung rechtzeitig entziehen konnte.

DOKUMENTATION

Das Interesse des Staatsschutzes an faschistischen Gruppen und ihren Aktionen sowie ihre Begünstigung durch Teile der Sicherheitsapparate heißt aber noch lange nicht, daß der Staatsschutz sie auch tatsächlich inszeniert. Die Behauptung iener angeblichen "RZ", die da meint, hinter den Counter-Anschlägen" ohnehin zu "professionell" für den Standard der RZ - nun gleich die Bundesanwaltschaft ausmachen zu müssen, unter deren operativer Leitung der BND und das BKA in den amerikani schen Wohnvierteln zugeschlagen hätten halten wir für baren Unsinn.

1. wissen wir nicht, was an einem umgebauten Lichtdruckschaltern und einer Unkraut-Ex Mischung "zu professionell" sein

2. leugnet eine solche Konstruktion die eigenständige Existenz faschistischer Gruppen und trägt somit dazu bei, daß eine Auseinandersetzung über deren Posi-tionen wie schon nach München innerhalb der Linken nicht stattfindet;

unterstellt eine solche Behauptung die Transformation instituionalisierter Herrschaft und verrechtlicher Gewalt hin zur Entwicklung eines staatlich inszenierten Terrorismus - eine Entwicklung, die wir zwar für den Einzelfall nicht ausschließen und auch grundsätzlich für möglich halten, für die es aber im Moment überhaupt keine Anhaltspunkte gibt. Eine solche Entwicklung mit der "Gefährlichkeit" der RZ und der "Guerilla Diffusa" zu begründen. ist Ausdruck maßloser Selbstüberschät-

Gerade die CDU/FDP-Regierung wird keine Gelegenheit verstreichen lassen, um die Glaubwürdigkeit legalen wie illegalen Widerstandes zu untergraben und durch eine Zunahme repressiver Maßnahmen zu-sätzlich in die Zange zu nehmen. Die verschleppten Ermittlungen gegen die Hepp-Gruppe sind ein Paradebeispiel, die polizeilichen Angriffe auf die RADIKAL oder den ATOM-EXPRESS dessen Kehrseite: wo Desorientierung angesagt ist, müsse die Kanale gestopft werden, die sich noch

um Klärung bemühen. Wir können faschistische Aktionen nicht verhindern. Wir können uns aber um eine Präzisierung unserer politischen Posi-tionen und Eindeutigkeit unserer Praxis bemühen. Dies setzt allerdings in anderen Teilen der Linken die Bereitschaft und Fähigkeit zur Auseinandersetzung um ihre und unsere Politik voraus.

> In diesem Sinne Frohe Ostern

\* Revolutionare Zellen

# EAP

# EIN KONTERREVOLUTIONÄRES WIRTSCHAFTSUNTERNEHMEN



versprochene Wende nicht stattgefunden hat. Bei

Fortsetzung der Wirtschaftspolitik wird die stei-

gende Arbeitslosigkeit 1987 zur Wahlniederlage

führen. Aber die Gefahr einer Staatsniederlage

besteht nicht erst für 1987, sondern kann sich gegenwärtig sehr schnell an weiteren Spionageskandalen, Terrorismus und daraus resultierenden Regierungskrisen entwickeln" in diesem Sinne suchte das Schiller-Institut, eine Einrichtung für republikanische Außenpolitik, nach Bündnisspartnern auf der rechten Seite des innenpolitischen Spektrums.



### Patioten für Deutschland

Die 1985 grgründere Bürgergruppe siedelt sich laut Grunewald "rechts von der CDU, wie sie sich heute darstellt, aber links von Konservativen und Republikanern an". Mit der Gründung der Parrioten konnte die LaRouche Gruppe, deren Zentrum bei Mainz von Anno Hellenbroich, Bruder des ehem. Vefassungsschutzpräsidenten H. Hellenbroich, geleitet wird, ihren Einfluß ausweiten. Bei der niedersächsischen Landtagswahl erreichten die Patrioten zwar nicht die angekündigten 8%, sondern 0,3% = 11287 Wähler. Jedoch gegenüber 427 Wählern die die EAP vor vier Jahren erreichte, ist dies ein enormer Zuwachs.





### Das Programm

- Naturrecht Deutschland grenzenlos "Unser Standpunkt heißt Deutschland ohne wenn und aber in den Grenzen, in denen es Menschen gibt, die deutsch sprechen." "Die Frage, wie die dt. Nation in Zukunft beschaffen sein wird, hängt davon ab, wann und unter welchen Umständen Deutschland einen Friedensvertrag bekommt."

- Strtegie für den Kriegsgewinn Neue Technologien sollen in die (Blitz)Kriegssategie der NATO eingebunden werden, um so den Waffengang rasch zu beenden.

 Volksgemeinschaft und brutale Unterdrückung Ziel ist eine Gemeinschaft, die sich nicht nur Sorgen um den privaten Lebensstandarr macht. Sorgen soll sich die Gemeinschaft um innere und äußere Feinde machen, die es zu bekämpfen gilt.

Die Patrioten Kündigten an, durch ihre Arbeit "Inspiration für eine moralische und kulturelle Erneuerung unseres Volkes zu sein. Wir stützen uns dabei auf das Erbe der 2500 jährigen christlichen Tradition Europas, auf die dt. Klassik, das Staatsmodell der preußischen Reformer und die Verknüpfung des humboldtschen Erziehungssystems mit den Aufgaben der Zukunft."





Für die Frey'sche DVU stellt der EAP Tarnverein eine Konkurenz dar, Zur Abschreckung verläßt er sich voll und ganz auf die gängige Version, die den amerikanischen Führer als Ex-Trotzkisten entlarvt. "Für Rechte und Deutsche ist eine solche Partei nicht wählbar."

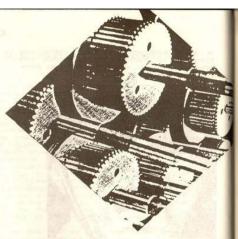
# DIE GRAUEN WÖLFE TERRORKOMANDOS DER MHP

Die Geschichte der faschistischen türkischen MHP. Partel ist eng mit ihrem Führer Türkes verknüpft der 1917 in Nikosia (Zypern) geboren wurde, 1938 zur Armee ging und dort rasch in die Offi-zierslaufbahn avancierte. Während des zweiten Weltkriegs war er einer der Verbindungsmänner der Nazis zu extrem nationalistischen und rechtsradikalen Kräften in der Türkei. Nach 1945 ging Türkes eine Zeit lang nach Washington, wo er enge Beziehungen zu Militärexperten des Pentagon und der CIA knüpfen konnte. Nach seiner Rückkehr in die Tarkei suchte er nach Möglichkeiten eines Regierungssturzes. An dem Militärputsch gegen die konservative Mendes-Regierung, die am 27.5.1960 wegen ihrer Unfähigkeit mit Billigung der USA ge-stürzt wurde, war auch Oberst Türkes beteiligt. Nur wenige Monate später wurde er jedoch aus dem 'Nationalen Einheitskommitee der Offiziere' ausgeschlossen. Es hat sich herausgestellt, daß Türkes diese Militäraktion, die zu einer begrenzten Demokratisierung des Landes geführt hatte, für seine eigene Machtergreifung hatte nutzen wollen

Gründung einer zivilen Regierung kehrt Türkes 1964 in die Türkei zurück. Als Ergebnis langwieriger Verhandlungen trat er 1964 mit einer Rei he von Gleichgesinnten in die relativ kleine CKMP (Republikanisch-Nationale Bauernpartei) ein, die ihn sofort bei seinem Eintritt zum Generalsekretär der Partei ernennt. In der CKMP sind pantürkl-sche und nationalistische Ideen ohnehin ausreichend vertreten. Noch im selben Jahr läßt sich Türkes zum Vorsitzenden wählen und aufbauend auf dem übernomenen Parteiapparat setzt er seine Vorstellungen von einer 'aktionistisch-nationalistischen Partel' frei von allen Hemmnissen um. Auf dem Parteltag der CKMP 1969 wird der Name der Partei entsprechend der neuen Linie in 'Partei der natio-nalistischen Bewegung' (MHP-Milliyetci Hareket Partisi) geändert. Das Parteisymbol (bis dahin eine Waage) wird in drei Halbmonde umgewandelt, die der Fahne der Okkupationstruppe der Osmanischen Besatzungsarmee entnommen sind.

MHP-Eine neofaschistische Partei Die Umformung der MHP in ideologisch-politisch-er und organisatorisch-taktischer Hinsicht zu einer neofaschistischen Partei wird in einschlägigen Veröffentlichungen der MHP deutlich erklärt. Necdet Seninc einer der führenden Ideologen der MHP, schreibt in dem Buch 'Notizen an einen Idealisten' (Ülkücüye Notlar), das die wichtigsten Grundsätze der MHP zur Ideologie, Politik, Strategie, Taktik und Organisation zusammenfaßt: "Ein Idealist ist in der Regel nicht ein Mann des Denkens, sondern immer ein Mann der Aktion. Alle Denkweisen, alle Handlungen und alle Meinungen, die von Hand-lungs- und Denkweise der Idealisten abweichen, besitzen keine Gültigkeit."

Obwohl Rassismus offiziell abgestritten wird, schreibt Türkes persönlich : "Das wesentliche ist das Bewußtsein, aus dem gleichen Stamm zu kommen, der gleichen Nation anzugehören. Jeder, der In seinem Herzen nicht den Stolz auf eine andere Rasse trägt, der sich selbst von Herzen als Türke fühlt und sich dem Türkentum verspricht, ist ein



Historische Wurzeln Dieser Rassismus hat historische Wurzeln, überhaupt die Ideologie der faschistischen MHP an extrem nationalistische, auf die Schaffung einer mächtigen und einigen Groß-Türkel abzielende, sog. pantürkische Gedanken anknüpfen kann. Von jeher gab es Tendenzen, diese historische Aufgabe der Türken in enger Zusammenarbeit mit den Deutschen, den Germanen und unter Hitler den 'Ariern' zu vollziehen. So flei es den Nazis dann auch nicht schwer an diese Ideologie anzuknüpfen. Tekin Alp schrieb in seinem Werk 'Türkismus und Pantürkismus' bereits 1915: "Der gegenwärtige Krieg ist nur der natürliche und erwartete Zusammenstoß zweier Gruppen. Da Deutschland sich als der natürliche Beschützer des Islam und damit der Türken erwies und als einziger aufrichtiger Freund erkannt wurde, so ist es demnach nur folgerichtig und natürlich, daß sich die Türkei jetzt offen an die Seite des angegriffenen Deutschtums gegen zwei gemeinsame Feinde gestellt hat. Das nationale Ideal unseres Volkes und unseres Landes treibt uns einerseits, den moskovitischen Feind zu vernichten, um dadurch eine natürliche Reichsgrenze zu erhalten die in sich alle unsere Volksgenossen einschließt und vereint. Solange die Türken ein Ideal haben werden, solange sie sich ihrer Stellung in der Welt bewußt sein werden, solange wird ihre Geschichte an die des Deutschtums gebunden blei-

Das der herrschende Nationalismus der jungen Republik auch gegenüber pantürkischen Idealen durchaus offen war, wurde besonders deutlich als die Armeetruppen um der 'Einheit des Staates' willen die Kurdenaufstände niederschlugen und der Staat gegen eigentliche und vermeintliche Urheber des kurdischen Nationalismus mit besonderer Härte vorging. Einer der Chefideologen des Pantürkentums , Rehaogun Türkkan, der durch eine Reihe von Pub-likationen wie 'Ergehekon' und 'Bozkurt' (Grauer Wolf) rassistisches Gedankengut vor allem der Jugend näher zu bringen versuchte, erklärte in seinem Buch 'Zum Türkentum': "Der neue Türkismus ist rassistischer Nationalismus. Die Reinheit des Blutes der türkischen Nation muß geschützt werden. Die nicht zur türkischen Rasse zugehörigen Völker und Minderheiten müssen vertrieben wer-

'Idealisten und Kommandes'
Die Strategie der MHP beruht auf drei Stufen: Eroberung der Straße; 2. Eroberung des Staates; Eroberung des Parlaments Die Kommandos aramilitärische Schlägertrungs der MHP zekrutieen sich aus dieser Gruppierung und aus der offitellen MHP-Jugendorganisatior. Die Kommandos nennen sich 'Graue Wölfe'. Die MHP und ihre Tarnorganisationen, wie die Idealistengemeinschafien, betreiben seit 1968 systematisch die paramilitärische Ausbildung von Jugendlichen zu Kommandos. Seit 1975 wurde von Mitglieders, dieser faschistischen Tarnorganisation der MHP Mord an lausend politischen Gegnern begangen.

Auch der Panst-Attentäter Mehmet All Agca Ist arch eigenen Aussagen Idealist. Ende Februar 1979 ermordere er den bekannten türkischen Journausten Abdi ljekel. Agca wurde wegen dieses Mordes rum Tode verurteilt und flüchtete später u.a. in die BRD. Im Mai 1981 verübte er dann das AttenTürk-Förderation der MHP in Europa

Bereits zu Beginn der siebziger Jahre wurden MHP-Auslandsvertretungen in Holland, Dänemark, Belgien, Frankreich, Schweiz, Österreich und der BRD bekannt. Mit Sicherheit kann davon ausgegangen werden, daß die MHP-Organisation in der BRD Zentrale der Europa-Vertretungen darstellt. Zu den Aktivitäten der Grauen Wölfe in der BRD gehört z.B. auch der Heroinschmuggel. Nach Aussagen der Polizei hat der wichtige Heroinhändler und Nachtclubbesitzer Ismail Cakiv in Westberlin jahrelang die MHP-Organisation mit Hunderttausend Mark unterstützt.

Nach gesicherten Erkenntnissen des Innenministeriums sollen Verbindungen zu Waffenschmugglern vorliegen und die 'Grauen Wölfe' auf Gebieten der Schwäbischen Alb eine guerillamäßige Ausbildung betreiben. Ein früherer MHP-Funktionär gab freimūt'g zu, daß z.B. die geheime Rechtsgruppe ETKO unter den Mitgliedern der MHP-Vereine in der BRD ihre Rekruten ausbilden. Die ETKO-Elitetruppe soll in der BRD aus 16-18 Mann bestehen, die untereinander keinen Kontakt haben, damit sie im Ernstfall nicht gefaßt werden.

Korankurse sind für die Fascnisten ein extrem günstiges Rekrutierungsfeld. Die 'Grauen Wölfe' beherrschen in mehreren Koran-Schulen, z.B. in Köln. den Vorstand, Sprachrohr türkischer Rechtse tremisten ist das Zeitungsunternehmen 'Tercuman' und das Sammelorgan der Rechtsextremisten 'Anadolu'.



Figentlich sollte dieser Artikel die Politik der katholischen Kirche, bzw. des Vatikans, behandeln, beim Durchsehen der dazu erschienen Bücher und Texte wurde uns erst klar, wie schwierig es ist, eine weltweit vertretege und jahrhundertealte Institution und die Kontinuität ihrer Politik in einem kurzen Artikel zusammenzufassen. Deshalb haben wir uns entschieden, die Politik eines wichtigen Teils der katholischen Kirche, nämlich des Ordens Opus Dei, darzustellen, zumal dabei auch die heutige Vatikan-Politik angerissen wird.

Opus Dei wurde 1928 von einem spanischen Priester als Laienorden (= Mehrheit der Mitglieder hat kein Amt in der Kirche) gegründet. 1983 hatte der Orden schon 73.000 Mitglieder, 98%davon waren Privatleute; in dem Orden können übrigens auch Frauen Mitglieder werden. Derzeit unterhält der Orden in über 50 Ländern Hochschulen, Studentenheime, Berufsschulen und verschiedenste Institute. Mitglieder haben einflußreiche Stellungen 52 Rundfunk-und Fernsehanstalten weltweit, in seinem Besitz befinden sich Presse-und Werbeagenturen, über 600 Zeitungen und Zeitschriften, Firmen

Opus Dei-Mitglieder nennen sich stolz die "Königsmacher" - zu Recht, denn mit Unterstützung bedeutender Opus Dei-Mitglieder wie des Kardinals Escriva wurde aus dem ziemlich unbekannten Bi-schof von Krakau der heutige Papst, Johannes Paul der Zweite. Der dankte es dem Orden, indem er ihn 1982 vom Laienorden in den Status der Personalprälatur erhob - dieser Status sichert dem Orden eine weitgehende Autonomie, im Rang steht er über Bischöfen und verfügt außerdem über einen eigenen Sitz im Vatikan. Bis zu diesem Datum hatte es der Vatikan erklärtermaßen abgelehnt, eine zum größten Teil aus Laien bestehende Organisation mit einer solchen Machtfülle auszustatten Unter audsdrücklicher Berufungauf den Status der Personalprälatur wurden in Spanien 32 Mitglieder zu Priestern geweiht, mehrere Mitglieder von Opus Dei wurden in Lateinamerika zu Bischöfen ernannt.

In Lateinamerika wird auch der kirchenpolitische und politische Einfluß von Opus Dei besonders deut-

In Lateinamerika wird auch der kirchenpolitische und politische Einfluß von Opus Del besonders deutlich. Dort standen sich in den letzten Jahren zwei innerkirchliche Strömungen gegenüber: eine eher fortschrittliche Position, besonders getragen von Jesuiten, die die um mehr Rechte (oder ums Überleben) kämpfende Bevölkerung zumindest teilweise unterstätzte – und auf der anderen Seite vor allem Opus-Del-Anhänger, die bestehende Verhältnisse und ihre Repräsentanten (z.B. Pinochet) stützten.

Auch in diesem Streit blieb der Papst seinen Förderern treu: 1982 wurde die "Theologie der Befreiung in einem Dekret des Vatikans verurteilt, was auch bedeutete, daß ihre Vertreter, eben zum großen Teil Jesuiten, stärker kontrolliert oder aus einflußreichen Stellungen in der Kirche entfernt wurden. Kardinal Trujillo, ein Freund des Opus Dei-Symphatisanten (oder Mitglieds?) Kardinal Baggios (ein Berater des Papstes im Vatikan) wurde Vorsitzender der lateinamerikanischen Bischofskonferenz, CELAM. Auf seiner Lateinamerika- Reise 1983 verurteilte der Papst die Revolution in Nicaragua, und traf in freundlichster Atmosphäre die Diktatoren Guatemalas, El Salvadors und Haitis.

In vielen lateinamerikanischen Ländern sind enge Berater der Regierungen Mitglieder von Opus Del: In Chile wurde nach dem Militärputsch Jaime Gutzman, ein Opus Dei-Mitglied, mit dem Ausarbeiten einer neuen Verfassung beauftragt. In Argentinien arbeitete Opus Dei während der Militärdiktatur mit der AAA, einer inoffiziellen Polizeitruppe und Rekrutierungsstelle der berüchtigten "Todesschwadronen" zusammen. Die AAA wurde sogar von einem Opus Dei-Mitglied, Lopez Rega, gegründet. An dem lateinamerikanischen Drogenhandel war die AAA ebenfalls beteiligt- lihre guten Kontakte zur argentinischen Regierung (in der auch Mitglieder von Opus Dei Saßen) werden ihnen da ziemlich nützlich gewesen sein.

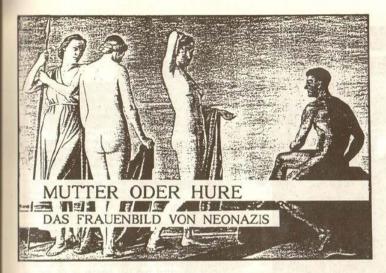
Aber der Einfluß von Opus Dei reicht natürlich über Lateinamerika hinaus: In Spanien waren 1983 60 Parlamentsmitglieder auch Mitglieder von Opus Dei. Enge Berater/innen US-amerikanischen Präsidenten Reagan gehören zur katholischen Rechten: Richard Allen, der ehemalige Außenminister Haig, und der ehemalige CIA-Chef William Casey. Mindestens eine, nämlich die UNO-Botschafterin Jean Kirkpatrick, ist Opus Dei-Mitglied. Kennzeichnend

für die Poltik dieser Leute ist Kirkpatricks Einteilung der Länder in "autoritäre" und "totalitaristi-Staaten: autoritäre Regierungen sind eine legitime Form, den kommunistischen Totalitarismus zu bekämpfen - totalitäre Regierungen versuchen, die kommunistische Weltherrschaft voranzutreiben. In der BRD zählen bekannte Politiker wie Strauß er unterstützte finanziell den spanischen Rechtsextremisten und Opus Dei- Mitglied Silva Munoz) und Filbinger zu den Symphatisanten Opus Deis. Als Institut spielt das "Studienzentrum Weilershelm" eine Rolle. Gegründet unter dem Motto der 'geistig-ethischen Erneuerung" veranstaltet es Diskussionsrunden, etwa zum Thema "Beruft sich die Friedensbewegung zu Recht auf das Christentum?". Besucher oder Mitglied: Filbinger und der ehemalige Brigadegeneral Heinz Karst (schreibt in rechten



Zeitschriften wie "Konservativ Heute). Anlaßlich eines Symphosiums von Opus Dei trafen sich in der BRD 120 führende Wirtschaftsleute, u.a. Vorstandsmitglieder von Krupp und Bayer. Weitere bekannte Anhänger von Opus Dei sind Weihblschof Hengstbach und der kürzlich verstorbene Kardinal Höffner. Letzterer hat während deiner Amtszeit auch mindestens zwei Priesterstellen mit Opus Dei Mitgliedern besetzt, teilweise gegen heftigen Widerstand der Gemeinde.

In den knapp 60 Jahren seit seiner Gründung ist Opus Dei zu einem weltweit gut organisierten Imperium geworden – an dieser Organisation wird das Zusammenspiel von katholischer Kirche, Politik und Wirtschaft deutlich. Über Vertretungen dieses Ordens in GE ist uns nichts bekannt (es soll Büros in Münster und Essen geben), aber mit der Politik des Vatikans oder reaktionärer Kirchenkreise werden auch wir direkt konfrontiert, z.B. durch die Flugblätter katholischer Abtreibungsgegner/innen (von denen viele auch beste Drähte zu rechtsradikalen Kreisen haben) oder durch die Jubelfeiern während des Papstbesuches.



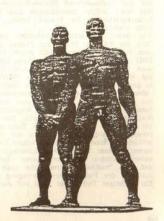
Dieser Text soll einen Überblick über die Rolle von Frauen im rechtsextremen Spektrum geben eleider nur kurz, denn die Rolle, Motivation und das Selbstverständnis von Frauen wird auch in Abhandlungen und Broschüren zu diesem Thema nur am Rande erwähnt, wenn überhaupt.

Die einzige faschistische Frauenorganisation in der BRD ist die "Frauenfront"; sie ist keine eigenständige Gruppe, sondern Teil der FAP, einer durchaus von Männern bestimmten Partei, wie z.B. aus der Verteilung der Ämter ersichtlich ist. Zeitweise gab die Frauenfront eine eigene Zeitung heraus, inzwischen ist sie nur noch sporadisch mit einem eigenen Teil in der "Neuen Front", einer Zeitung der FAP vertreten. Die Frauenideologie der FAP und der meisten anderen rechten Gruppen in der BRD läßt sich am besten mit der Beschreibung "Mutter oder Hure" erklären. Das meint nicht, daß kinderlose Frauen als Prostituierte angesehen oder in dieser Form beschimpft werden, sondern es beschreibt den Gegensatz zwischen einem aufopferungsvollen Leben innerhalb der Rollen Mutter, Ehefrau auf der einen Seite, und einem möglichst eigenständigen Leben, das als "unmoralisch" bezeichnet wird. Angestrebt ist das Ideal der "sittsamen Gefährtin" des Mannes, die zwar politische Aufgaben übernehmen kann, aber doch den "Frauenrahmen" nicht verläßt. Ein Beispiel dafür sind die Aktivitäten von Ehepaaren in der NPD - in vielen Städten leiten Ehepaare Ortsgruppen, die

Städten leiten Ehepaare Ortsgruppen, die Frauen sind dabei meist zuständig für die Betreuung der Jugendlichen, sie kandidieren vielleicht auch für die Partei - tauchen aber z.B. bei Konfrontationen mit Antifaschistinnen oder auch nur bei öffentlichen Auftritten der Partei wie etwa Ständen selten auf, Im Spektrum der FAP sind Frauen sehr aktiv in der "Hilfsgemeinschaft für Nationale Gefangene" (HNG), erste Vorsitzende ist eine Frau, Christa Goerth. Aktivitäten in der HNG stehen nicht im Widerspruch zur faschistischen Frauenideologie - die Frauen betreuen die Gefangenen, spielen praktisch Ersatzmutter. Ursula Müller, Mitglied der Frauenfront und ausgezeichnet mit dem FAP-Ehrentitel "Mutter der Kompanie",

kümmerte sich innerhalb der HNG u.a. um Michael Kühnen. Sie beschreibt in einem Artikel der Neuen Front stolz, daß Kühnen sie mit einer Henne vergleicht, die "alle Küken unter ihre Flügel nimmt". Frauen, die aus rassitsischen oder anderen Gründen diesem Mutterbild nicht entsprechen, werden nicht nur verdammt und verfolgt, sondern auch als Symbol benutzt, um die Verdorbenheit der Gesellschaft anzuprangern. Auf der anderen Sette sind junge Männer, sportlich, politisch interessiert und "hart" Symbol für die herbeigesehnte Zukunft nach faschistischem Ideal.

Aber auch innerhalb der Neonazi- Szene ist dieses Bild nicht ungebrochen, einige Frauen, vor allem in Kreisen der FAP, sreben eine gleichberechtigte Rolle an. Erste Auswirkungen hat das auf die Be-





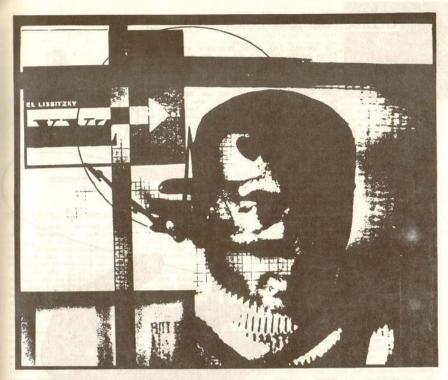
Kampi von Frauen für eine "revolutionäre" Veranderung sein, Vorbilder sind Frauen der Roten Brigaden, der IRA, ETA und RAF. Die NR gehen aber auch auf die sexuelle Ausbeutung von Frauen ein, kritisieren die Stellung von Hausfrauen in unserer Gesellschaft ("unbezahlte Domestiken") sowie die Familienideologie anderer rechter Gruppen. Er-schreckend sind die vordergründigen Parallelen zu Aussagen der Frauenbewegung (in Flugblättern wird auch das Frauenzeichen verwendet), was befürchten läßt, daß diese Bewegung auch versucht, Fuß in der Frauenbewegung zu fassen. In einem Flugblatt der NR zur Stellung der Frauen wird eigentlich nur an zwei Formulierungen deutlich, daß es sich nicht um eine Gruppe der Frauenbewegung handeln kann: einmal wird von der "nationalen Be-freiungsbewegung in Deutschland" geschrieben, au-Berdem steht am Ende der Satz "das vereinte Deutschland wird feministisch sein". Es ist wichtig, diese Entwicklung zu beobachten, damit NR in Frauengruppen erkannt werden können. Vielleicht muß auch schon das Auftauchen von Eya Lack-mann (s. Artikel zum Fall Funcke) im GE Frauencafé bei einer Veranstaltung zur Familienideologie der Kirche vor diesem Hintergrund gesehen werden. Insgesamt ist dieser Artikel sehr unbefriedigend, er wirft mehr Fragen auf als er beantwortet. Aber bei der Arbeit an diesem Tell ist uns klargewor-den, daß wir mit dieser Broschüre den gleichen Fehler gemacht haben, wie z-Leute und -Broschüren vor uns: das Thema "Frauen" ist nicht fester Bestandteil unsere Diskussionen und Artikel, sondern wird in diesem Artikel "abgehandelt".

teilugung von Frauen an Anschlägen mit faschistischem Hintergrund (s. Eva Lackmann in GE), und auf das Aufreten von Fascho-Frauen auf Demos. Wie stark solche Bestrebungen sind und welches Selbstverständnis die Frauen haben, können wir nicht einschätzen.

Von ihrem offentlichen Auftreten her beurteilt, fällt die EAP in Berug auf Frauen ziemlich aus dem Rahmen. Aushängeschild dieser Partei in der BRD ist eine Frau, Helga Zepp-Larouche, und auch gemessen an der Anzahl von Kandidatinnen bei Wahlen scheinen Frauen die Politik der EAP in großen Teillen mitzubestimmen (auch in GE kandiderten bei der letzten Bundestagswahl nur Frauen). Aber es kann genausogut sein, daß die Parteifunktionen der Frauen keinen Rückschluß auf ihre Stellung in der Partei zulassen. Das Verständnis der EAP von Frauenrollen und Famillenfragen unterscheidet sich jedenfalls nicht von der eben beschriebenen Ideologie anderer rechter Gruppen.

Bemerkenswert ist die Frauenideologie der Nationalrevolutionäre: sie formulieren den Anspruch, daß eine "radikale feministische Linie fester Bestandtell der Politik" ihrer Bewegung werden soll. Ein wichtiger Teil dieser Linie soll der bewaffnete





GLOBAL DENKEN LOKAL HANDELN

### GLOBAL DENKEN LOKAL HANDELN

Im letzten Teil dieser Broschüre wird uns die Frage beschäftigen, ob und wie der erste bzw. der zweite Teil einzuordnen ist. Wir wollen diese Zusammentragung weder als Fleißarbeit verstanden wissen, noch den Leser/innen ausschließlich ein Stückchen Faschismus aus der Mitte des Ruhrgebiets vorführen. Vielmehr soll der Zusammenhang mit antistaatlicher, autonomer oder auch antiimperialistischer Politik aufgezeigt werden, so wie wir ihn verstehen und in vielen Diskussionen entwickelt haben. Wieviel Frust und Streit nötig war um gerade den 3.Teil zu entwickeln bedarf keiner genaueren Erklärung (s. Vorwort). Dafür müssen aber Begriffe, die uns immer klarer wurden an dieser Stelle etwas genauer unter die Lupe genommen werden



Schon der Begriff Faschismus löste bei uns stän-

dig Diskussionen aus. Redet der Eine von Faschismus, meint die Andere vielleicht 'nur' einen autoritären Staat. Ähnliche Schwierigkeiten ergaben sich bei den Begriffen Kapitalismus oder Imperia-

Faschismus bedeutet für uns die Ersetzung eines 'liberalen' Staatswesens, z.B. einer bürgerlich parlamentarischen Demokratie, durch eine reaktionare, autoritär wirkende Diktatur. Insofern wagen wir schon die eine oder andere Militärdiktatur in einem Atemzug mit Faschismus zu nennen. Wobei die besondere Bedeutung des Wortes Faschismus vielleicht gerade in der BRD erwähnenswert Zu leicht bedeutet Faschismus nur 3. Reich, Hitler und Judenvergasung.

Wir wollen den Begriff 'Faschismus' nicht benutzen, wenn sich eine Staatsform vermehrt repressiver Mittel bedient um ihre Herrschaft zu sichern. Für uns stellen diese bürgerlichen Repressionsstrukturen, also Mittel und Wege alles so zu erhalten wie es ist (nämlich beschissen), als ganz normaler Bestandteil eines kapitalistischen Staates dar.

Folglich kommt es in den unterschiedlichen Staaten des westlichen Bündnisses zu verschiedenen Formen des Kapitalismus. In (ökonomisch) stabilen Staaten herrscht die Ideologie der 'freiheltlichen'

Demokratie vor. Während sich z.B. in Staaten Mittel- bzw. Südamerikas autoritäre Herrschaftsformen (auch aufgrund der schlechten wirtschaftlichen Entwicklung), wie Militärdiktaturen, festsetzen mußten, um den gleichen Zielen zu dienen, nämlich dem international wirkenden Kapital.

Hier, also bei der weltweiten Ausbeutung und Verpflechtung verschiedener kapitalistischer Staaten. fällt der Begriff des Imperialismus. Den wir als wachsendes, sich immer weiter ausbreitendes (expansives) Geflecht von Ausbeutung und Unterdrückung der trikontinentalen (3.) Welt verstanden wissen wollen. Also die Zusammenfassung oder besser Zusammenballung kapitalistischer Systeme bzw. Staaten.

Darauf wollen wir u.a. im 3.Teil näher eingehen. Wir wollen nachvollziehbar machen, daß der Widerstand auf lokaler Ebene nur Sinn und Zweck hat, wenn er zumindest kapitalistische Strukturen begreift und sich zunehmend in internationalen Widerstand einbinden läßt. Im Folgenden ein theoretischer Beitrag dazu: 'Global Denken, Lokal Han-



### Wie tief muß die Analyse gehen ?

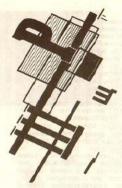
Nun soll etwas genauer die Rolle des Faschismus im Kapitalismus ausgeleuchtet werden. Kann mensch, so fragen wir uns, ein Ziel erkennen, einen 'Gesamtausbeutungsplan' oder etwas klar geordnetes, das uns den Feind klarer vor Augen führen könnte ?!

Für uns gibt es ein einheitliches Feindbild nicht. Wo auf der einen Seite Widerstand gegen Ausbeutung und Kapitalismus zum täglichen Leben gehört, beschränkt sich auf der anderen Seite der Widerstand auf das Fernsehprogramm. Zudem machen sich unterschiedliche Strategien und innere Konkurrenz nicht nur in unseren Kreisen breit, sondern setzen sich im System, sprich im Staat, fort. Da gefielen sich die Yanks jahrelang recht gut in der Rolle der Weltführungsmacht, aber die bestehende Vormachtstellung bröckelt. Zunächst wirtschaftlich, sehen sich die Yanks immer neuen Attacken der 'Verbündeten' ausgesetzt. Das fest geknüpfte Band militärischer Freundschaft wird durch immer neue westeuropäische Rüstungskooperationen etwas gelockert. Frankreich und die BRD planen gemeinsame Brigaden. Aufklärungsflugzeuge werden nicht mehr automatisch von den Yanks gekauft, sondern selbst entwickelt.



Wenn wir auch von keinem einheitlichen Feindbild ausgehen, so deuten doch die angeführten Beispiele an, daß der Feind immer klarer wird. Doch scheint uns eine 'schwarz-welß Analyse' zu viele Fragen offen zu lassen. Zu leicht entstehen Feinde wo Freunde fehlen. Der allzu oft strapazierte 'kosmopolitische Flair', also die Analyse, die das komplexe Weltgeschehen unverantwortlich vereinfacht, treibt den Feind in Sphären, wo er für uns nicht mehr erreichbar ist. Statt angreifbar und verwundbar, wird er übermächtig und undurchsichtig. Die Unterschiede seiner Erscheinungsformen werden vereinheitlicht und damit nehmen wir uns ein gutes Stück möglicher Angriffspunkte selbst aus der Hand. Der uns mögliche Widerstand wird von vorneherein als nicht weit genug gehend bezeichnet (mensch kann ja sowieso nichts tun). Aber gerade bestehende Widersprüche im Staat, im System, ob nun national oder international, geben uns immer wieder mögliche Angriffsflächen vor (in welcher Form auch immer). Und unsere Schlagkraft vergrößert sich wenn wir bestehende unterschiedliche Interessen der kapitalistischen Staaten erkennen und überall dort wo sich uns Möglichkeiten eröffnen, dem sog. 'imperialistischen Gesamtsystem' Steine ins Getriebe werfen. Für den Widerstand heißt das, sich den Unterschieden zu stellen. die aufgrund unterschiedlicher politischer Taktik oder auch in den Unterschieden der Lebensführung auf der Hand liegen. Unterschiede also aufgrund der spezifischen Charakteristik des politischen und sozialen Terrains.

Die multinationalen Erscheinungsformen des Kapitals, jene also wo einzelne Firmen den Weltmarkt beherrschen, wo sich Zweigstellen auf der ganzen Welt befinden, deuten eine Konzentration der Macht an. Immer weniger Firmen werden immer größer, die innere Logik der Kapitalzusammenballung. Genauso werden die Herrschenden immer (?) bestrebt sein politisch, militärisch und auch wirtschaftlich immer enger zusammenzuarbeiten. Aber es gibtauch Grenzen. Konflikte brechen zunehmend dort auf, wo sich die 'Verbündeten' auf internationalen Märkten als Konkurrenten gegenüber stehen. Also einer der zahlreichen Widersprüche, die Begrenzung der Weltmärkte. Werden auf der einen Seite neue EG-Märkte erschlossen, müssen auf der anderen Seite große nationale Industriezweige schließen, weil der internationale Konkurrenzdruck übermächtig (zu finanzintensiv) geworden ist. In dieser Hinsicht gibt es keine Einigkeit oder gar gemeinsame Planung von materiellen oder ideologischen Werten. Sieger und Besiegte beherrschen die Szenerie. Verschärfte Konkurrenzund Ausbeutungsverhältnisse führen insofern im internationalen Maßstab nicht zu einer Angleichung der Bedingungen in einzelnen Staaten (so sehr diese auch angestrebt werden, siehe EG), sondern eher zu wachsender Ungleichheit. Unterschiede zwischen griechischen und bundesdeutschen Bauern, zwischen walisischen und bundesdeutschen Bergleuten, haben sich in den letzten Jahren nicht angleichen können. Zudem verschärft sich die Situation momentan durch den Stahlstandortstreit innerhalb der EG, oder auch bei der Einebnung billiger Agrarmärkte in Südwest-Europa.



Daraus folgt, daß in den verschiedenen Ländern des kapitalistischen Lagers unterschiedliche Ausbeutungs- bzw. Unterdrückungsmethoden angewandt werden. Genau wie auch die Lebensbedingungen der unteren Klassen sehr verschieden aussehen. Ie stabiler sich das Kapital in den unterschiedlichen Staaten verankert, desto eher werden auch die unteren Schichten an den Gewinnen beteiligt (insofern natürlich indirekt auch an der Ausbeutung anderer). Lebenszufriedenheit und Lebensstandard werden angehoben und das Volk scheinbar an der Macht beteiligt. Ausbeutungsverhältnisse werden nicht mehr als solche begriffen. All das wirkt sich positiv auf die innere Sicherheit aus. Die westlichen Industriestaaten (Metropolen) können ihr makaberes Spiel um Weltherrschaft weiterspielen ohne Konflikte im eigenen Land mühsam bekämpfen zu mussen. Der 'Nord-Sud Konflikt' ist also auch innerhalb der FG nicht zu unterschätzen und alle Angleichungsversuche führten bis zum heutigen Tag nicht zum Erfolg.

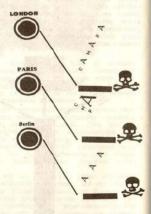
Ähnlich stellen sich auch die politischen Verhältnisse dar. Man(n) versucht mit unterschiedlichen Strategien die Herrschaft zu sichern. Wenn auch nicht pauschal auf die eine oder andere Herrschaftsform geschlossen werden kann, bleibt doch die Möglichkeit offen zwischen der einen oder anderen Regierungsform zu wählen. Wenn sich die parlamentarische Demokratie in der Türkei aufgrund massiven inneren Widerständen nicht halten kann, kommt es eben, mit Unterstützung der westlichen Verbündeten, zum Militärputsch, sprich zum Rechtsruck oder auch zunehmender Faschisierung. Im anderen Extrem wird der Widerstand derart ins System integriert, daß ein ehemals faschistisches Regime allmählich zur Demokratie finden kann. Argentinien läßt sich hier besonders gut als Beispiel anführen. Hier wurde der militante Widerstand zerschlagen und der Rest auf parlamentarischem Weg an der Macht beteiligt. Hinter beiden Beispielen stecken die gleichen Interessen. Die Herrschaft zu sichern und dem Westen die Einflußzonen zu erhalten. Imperialistische Politik!

Hat sich in den letzten Jahren hier noch US-amerikanische Schützenhilfe hervorgetan, kommt es jetzt zur wachsenden Bedeutung des europäischen Kapitals, besonders auch des bundesdeutschen. Hier sei insbesondere die atomare Zusammenarbeit zwischen Brasilien und der BRD genannt. Die KWU (Kraftwerk-Union, Betreilber und Erbauer von AKW's) entwickelt sich zum entscheidenen Expansions-Atomkonzern. West-Europa ist insofern ein wesentliches Standbein des Imperialismus.

Zurück zur beschriebenen Wandelbarkeit des Imperialismus, bzw. zur Unterschiedlichkeit seiner nationalen Ausprägungen. Auf Basis der Fähigkeit nicht unbedingt mit roher Gewalt zuschlagen zu müssen, wenn es sein muß aber des faschistische Gesicht zu zeigen, läßt sich die Bedeutung des Faschismus für den Kantralismus deutlich machen. Wenn Widerstandsformen nicht ins System integriert, eingebunden werden können, heißt das Konzept Vernichtung. Dies vollziehl sich in der Regel mit vermehrt unterdrückenden Mechanismen (Gesetzesverschärfungen, Kriminalisierung, etc.). All das kann und wird, falls unvermeidlich, zur Errichtung offen autoritärer, sprich faschistischer Strukturen führen. Im anderen Extrem wird das Konzept anhand der beschriebenen Demokratisierungswellen (Südkorea, Phillipinen, Argentinien und, und ...) deutlich. Dem Widerstand wird solange der Boden entzogen, die Volksbewegung solange integriert, bis revolutionare Alternativen unter den Tisch fallen. Die Abhängigkeiten andern sich so nicht. Das Kapital kann seine Bastionen unterhalb der direkten Konfrontationsebene halten (Low Intetensity Conflikt).

Diese Form der Widerstandsbekämpfung setzt sich als modernste und wirkungsvollste zunehmend durch. Offensichtlich faschistische Regime kommen nur noch im äußersten Notfall zum Einsatz\*. Genau wie mam(n) nicht mehr ohne weiteres Länder besetzt, sondern sie in ein undurchdringbares Netz wirtschaftlicher und finanzpolitischer Maßnahmen verwickelt und sie so an der mitunter ziemlich kurzen Leine halt. (Der Internationale Währungsfond sei an dieser Stelle erwähnt, wenn auch aus Platzeringen nicht niere beschrieben)

Die Wurzel des Übels liegt also nicht im Faschismus selbst. Dieser scheint uns als alternative Herrschaftsform in den melsten westeuropäischen Staaten, einschließlich der BRD, in absehbarer Zeit nicht denkbar. Die Ausbeutung undUnterdrückung vollzieht sich bei 'uns' angenehmer, welt weniger durchschaubar und darum sicherer. Der Kapitalismus muß sich nicht der krassessten Form der Repression bzw. Herrschaftssicherung bedienen!





UND IHRE NEOFASCHISTEN

ZUR FUNKTION VON NEOFASCHISTEN
IM BÜRGERLICHEN RECHTSSTAAT

Faschismus als alternative Herrschaftsform, ist,

unter den gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnissen in der BRD, nicht aktuell.

Es ist keine relevante politische Kraft auszumachen, die die bürgerliche Staatsform beseitigen wollte und könnte, um an ihre Stelle eine reaktionäre terroristische Diktatur zu setzen. Obwohl die ideologische Struktur dafür in den Köpfen der Bevolkerung latent existiert (Fremdenfeindlichkeit und Autoritätsglaube sind unverändert "deutsche Tugenden") ist eine faschistische

Massenhasis nicht mohilisierhar. Im Gegenteil. Der formaldemokratische Rechtsstaat und die kapitalistische Produktionsweise erfreuen sich der gesicherten Loyalität einer breiten gesellschaftlichen Mehrheit. Eine bessere Ausgangsbedingung für die möglichst reibungslose Fortenwicklung der Fabrikgesellschaft ist kaum relative őkonomische Stabilität garantiert für mindestens zweidrittel aller Lohnabhängigen die Existenz. Gesellschaftiche Widersprüche werden durch Konsum kompensiert. Die materielle Beteiligung der Lohnabhängigen auch an der imperialistischen Ausbeutung der Dritten Welt ist zu groß, als daß diese in grundsätzlichem Widerspruch zum herrschenden System geraten würden.

Die sozialdemokratisierten Gewerkschaften binden sie zusätzlich an dieses System. Ihre Vertreter einer gerechteren Ausbeutung kanalisieren den Protest gegen Krisensymptome und industrielle Umstrukturierung in integrierbare Die aktuellen Auseinandersetzungen um den Abbau von unprofitablen Bereichen der Kohle und Stahlindustrie sind bis zur grotesken Weinerlichkeit verzertre Scheingefechte. Die im Protest verwendeten Trauer und Todessymbole verdeutlichen die Hilflosigkeit und Desorientierung der Betroffenen. Faschismus scheidet als Krisenlösung der Herrschenden aus. Der Laden läuft auch so!

Zur Durchsetzung immer zahlreicherer Gesetze, wie die Verschäffungen von Sozialhilfe und Arbeitslosen-Regelungen und zu Realisierung von Projekten, wie dem Ausbau des Atomprogramms, benötigt der Staat allerdings eine zunehmende Repressionsfähigkeit. Die Eingriffe des Staates in gesellschaftliche Funktionen müßen mit einem Sanktionsinstrumentarium und einer Verfestigung repressiver Strukturen abgesichert werden. (In der Region um Wackersdorf herrscht seit Baubeginn der WAA permanenter Ausnahmezustand)

Der Staat begegnet dem nicht oder nur schwer integrierbaren Teil der Gesellschaft. Dazu gehören, neben dem radikalen Teilen der sozialen Bewegungen, auch die Masse der aus Produktion und sozialer Absicherung ausgegrenzten. Dauerarbeitslosen und Sozialhilfeempfängern ist eine gesicherte Existenz nicht mehr garantiert, sie sind "Entgarantierte".

Ein von der zunehmenden inneren Aufrüstung und den präventiven Polizeistrategien abgeleiteter Faschismusvowurf läuft Gefahr, die Ideologie von der freiheitlichen Demokratie ernst zu nehmen und Illusionen über den Charakter der bürgerlichen Demokratie zu reproduzieren. Der bürgerliche Staat ist auch als rechtsstaatliche Demokratie wesensmäßig repressiv. Bürgerliche Repressionsstrukturen und der bürgerliche Staatsapparat sind prinzipiell auch für den Faschismus nutzbar. Das heißt: Auch wenn Faschismus heute nicht aktuell ist, so ist die sog."Freiheitlich Demokratische Grundordnung" spätestens seit den Notstandsgesetzen kein Hindernis auf einen möglichen Weg dorthin. Und Grenzüberschreitungen der BRD zum Faschismus hat es allemal gegeben im deutschen Herbst 1977 mit dem Kontaktsperre-Gesetz und den Toten von Stammheim!

diesem Hintergrund ist heute nicht der vielbeschworene Anfang vom Ende

heute nicht der vielbeschworden sondern fester Bestandteil derselben. Auch ohne Massenbasis und Herrschaftsbeteiligung wirkt er indirekt als Stabilisator für das herrschende System! Wegen seiner Berechenbarkeit ist der Neofaschismus für die Politik der bürgerlichen Parteien funktionalisierbar. Der Staat hat nur ein taktisches Verhältnis zu Neofaschisten!

Neofaschisten bieten den bürgerlichen Parteien die Möglichkeit einer Abgrenzung nach Rechts. CDU/CSU, FDP, und SPD stellen sich als die vom Grundgesetz legitimierten demokratischen Vertreter der Republik dar, die sich gegen jede Form politischer Radikalität verwahren. Neofaschismus und Linksradikalismus werden gleichgesetzt als Extremismus. Die Bundesrepublik ist aufgrund ihrer Vergangenheit dem Ausland gegenüber verpflichtet, ihre demokratische Glaubwürdigkeit nach außen zu dokumentieren. Neofaschisten erfüllen nicht immer nur eine Sabilisierungsfunktion. Sie werden vom Staat bekämpft, aber nur dann, wenn sie die internationale Integrität der BRD in Mißkredit bringen oder die Lovalität der Lohnabhängigen gegenüber

den bürgerlichen Parteien gefährden. Weder Staat noch Parteien haben Interesse an einer starken neofaschistischen Bewegung. Sie würden zum entsprechenden Zeitpunkt einschreiten.

Unterhalb dieser Schwelle gibt es aber eine Reihe positiver Effekte für die Absicherung der herrschenden Politiki

Neofaschisten schaffen mit ihrer sozialen Demagogie und ihren Anschlägen das gesellschaftliche Klima, in dem eine nationalistische und rassistische Ausländer und Flüchtlingspolitik auf breite Akzeptanz trifft. Sie provozieren Bereiche des dafür in der Bevölkerung vorhandenen ideologischen Repertoirs, wie die Fremdenseindlichkeit. Die Verschärfung der Ausländergesetze und des Asylrechtes durch die Bundesregierung realisiert- sind daß, was Neofaschisten radikal formulieren. "Ausländer raus!"

Neofaschisten kommen dem Verfall der ideologischen Bindung entgarantierter Bevölkerungsteile an das kapitalistische System zuvor. Sie bieten eine radikale Ersatz-Ideologie an. Diese anderen Identifizierungsmuster führen die Ausgegrenzten zurück zur Akzeptanz von Autorität und Ausbeutung. Das die soziale Misere verursachende System wird nicht grudsätzlich in Frage gestellt. Gegenteil! Neofaschisten mobilisieren gegen Widerstand, zum Angriff auf Linke, sozialen Frauen....!

Sie bieten damit dem Staatsapparat eine Terrorreserve für Aktionen und Provokationen an denen sich Polizel und Geheimdienste nicht die Finger schmutzig machen wollen. (Warum sollte der Staat den Linken einen Gegner ersparen?)

Mit Anschlägen die in Ihrer Ungezieltheit verunsichern und desorientieren, bieten sie dem Staat Anlaße, revolutionare Politik als terroristisch zu diffamieren. Faschistische Anschläge werden in der Öffentlichkeit zunächst der Linken zugeordnet. So zum Beispiel die Bombe in einem Dortmunder Kaufhaus 1985 während eines Hungerstreiks politischer Gefangener. Erst nachdem die Zuordnung in der Öffentlichkeit ihre Wirkung getan hatte, wurde sie in einem Zweizeiler dementiert.



Zusammenarbeit zwischen Neofaschisten und staatlichen Geheimliensten kommt haben die Umstände des Anschlags auf das Münchener Oktoberfest bewiesen.



einen revolutionären



WAS IST REVOLUTIONÄRER

DIE SKIZZE EINER ANTIFASCHISTISCHEN

Am Ende soll nun eine Vorstellung unseres Wider standskonzept nicht fehlen. Thesenpapierartig aus verschiedenen Gründen. Zum einen weil ein geschlossenes Konzept auf den einen oder die ander wie ein Dogma wirken könnte. Zum anderen weil sich unser Widerstand entwickelt und natürlich Entwicklungsbedürftig ist, genau wie das folgende Thesenpapier. Der Text meint nicht immer unsere gelebten Ansprüche sondern auch einen Teil unse rer Utopie.

Widerstand gegen Faschismus bzw. Kapitalismus heißt für uns im wesentlichen auch Klarheit über die Einbettung des Faschismus ins System zu bekommen. Faschismus taucht immer wieder im System auf. Unterschwellig in vielen Schlafzimmern, auf der Straße, in Betrieben oder in diversen Parlamenten. Er beschränkt sich nicht auf die beschriebene mehr oder minder platte "braune Erscheinungform". Insofern stellt antifaschistische Politik für uns nur einen Teilbereich des gesamten Widerstandkonzeptes dar. Die Wurzel, und um diese geht es, liegt im Kapitalismus und seiner Erscheinungsformen wie Patriarchat, Staatswesen Expansionsdrang und, und,

Unser Antifaschismus leitet sich nicht von dem Bedürfnis ab den demokratischen Rechtsstaat zu erhalten.

Die im bürgerlichen Rechtsstaat festgeschriebenen demokratischen Grundrechte gelten nicht für diejenigen, die diesen Rechtsstaat oder seine Projekte wie z.B. die Kernenergie grundsätzlich in Frage stellen.

Zur gesetzlichen Aufhebung dieser Grundrechte gehört die Anwendung des Begriffs der Terroristischen Vereinigung (\$129a) auf Teile der sozialen Bewegungen

Dadurch das der Staat einen Teil seiner Mitgliedernämlich den Widerstand, ständig autoritär und reressiv bekämft, relativiert sich die These von der "Freiheitlich Demokratischen Grundordnung".



(Verwirkung von Grundrechten)

Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit(Artikel 5 Abs. 1), die Lehrreiheit(Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit(Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis(Artikel 10), las Eigentum(Artikel 14) oder das Asylrecht(Artikel 16 Abs.2) zum Kampfe gegen die freiheitdemokratische Grundordnung mißbraucht, verwikt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgeicht ausgesprochen.



Die wirtschaftliche Grundlage "unserer Republik" ist der Kapitalismus. Mit dem Fortbestand der Kapitalistischen Ordnung ist ein Ausgangspunkt von Faschismus ungebrochen.

### ZWISCHENSPIEL

Aber dies alles geschieht nicht in einem Land oder zweien Denn der unstillbare Drang nach dem Absatz der schwellenden Waren Jagt unsere Bourgeoise ohne Unterlaß über die ganze Erdkugel hin wie im Taumel. Überall muß sie sich anbaun Überall einnisten, überall knüpfen die klebrigen Fäden. Kosmopolitisch so macht sie Verbrauch und Herstellung der Güter. Einheimisch alte Gewerbe zerstört sie und holt sich den Rohstoff Aus den entlegensten Ländern und ihre Fabriken bedienen Nöte und Launen, erzeugt durch die Klimate andrer Regionen.

B.Brecht

Hunger, Ausbeutung und Unterdrückung in der trikontinentalen (3.) Welt schaffen die materielle Basis für den Luxus einer bürgerlichen Demokrarie.

Die Wirkung des kapitalistischen Rechtsstaates nach Aussen ist umso brutaler. Dort offenbart sich am deutlichsten was Imperialismus zu "leisten" vermag.

Das parlamentarische System ist so angelegt, daß es über die ihm innewohnenden Wege seine eigene Überwindung und die der bestehenden Herrschaftsund Eigentumsordnung ausschließt.

Insofern bestimmen antikapitalistische, antistaatliche und antiimperialistische Grundsätze unseren ausserparlamentarischen Antifaschismus.

Konkreter Antifaschismus ist nur Teilbereich unseres Gesamtwiderstandes, genauso wie die Rolle und Bedeutung des Neofaschismus gegenwärtig in der BRD eine eingeschränkte ist. Die BRD ist weder faschistisch noch steht sie vor einer faschistischen Machtübernahme.

Wir bekämpfen Neofschisten nicht nur weil sie die denkbar menschenverachtenste Herrschaftsform verkörpern sondern weil sie auch eine Stütsfunktionfür das herrschende System erfüllen, indem sie z.B. gegen sozialen Widerstand mobilisieren. Direkte Angriffe auf uns seibst sind konkreter Ausdruck Dieser Mobilisierung.

Neofaschisten werden von der herrschenden Politik' je nach Bedarf benutzt oder bekämpft. Der Staat hat nur ein taktisches Verhältnis zu Neofaschisten.

### ZUR KONZEPTION UND STRATEGIE

Das Aufzeigen und bekämpfen der Stützfunktion von Neofaschisten für das herrschende System sind wesentlicher Teil unseres Antifaschismus. Dazu gehört die untrennbare Verbindung zwischen Faschismus und Kapitalismus.

Dieser Zusammenhang muß nachvollziehbar breit verankert, und die politische Auseinandersetzung darum konsequent zeführt werden.

Für ein Eintreten gegen Faschisten sind in erster Linie wir selbst verantwortlich, und nicht staat-

liche Institutionen.
Staatliches Handeln gegen Faschisten ist Ergebnis
eines öffentlichen Drucks der durch unsere Eigeninitiative entsteht.

Das sich wenden an staatliche Institutionen (Parteien, Polizei...) mit der Forderung unsere Interessen zu vertreten, orientiert sich an den Möglichkeiten solcher Institutionen.

Also an den Spielraum zwischen der gesetzlicher Gebundenheit und dem politischen Willen.



Das Einfassen auf die staatlich vorgegebenen in stitutionellen Spielregeln führt zu einer bürokra tischen Ebene der Auseinandersetzung.

Eine perspektivlose Auseinandersetzung bei der das Ziel der Bekämpfung von Ursachen für Faschismus verloren geht. ZUR BUNDNISPOLITK

Die Voraussetzung für ein Bündnis sind klare schlüssige eigene Positionen. Mit diesen lassen sich Kompromisgrenzen festlegen als auch gegebenenfalls Kompromisse finden.

Unser Ziel ist immer radikale/revolutonäre Ansätze breiter zu verankern und sie in Form von Diskussionen auf Schlüssigkeit und Vermittelbarkeit zu überprüfen.

Breite Bündnisse erschweren dem Staat den Zugriff auf einzelne Teile des Widerstandes. Isoliertheit erleichtert Kriminalisierung.

Durch das offensive Einbringen unserer eigenen Positionen nehmen wir Einfuss auf die Entwicklung der Bundnisinhalte und können auf diesem praktischen Weg die Grenzen reformistischer Politik aufzeigen.

Also muß das Gerede von gemeinsamen Zielen entweder in die Tat umgesetzt werden, oder Wege trennen sich dort wo linke Politik nicht mehr mit "linker Politik" vereinbar scheint.

Aktuell, also kurz und mittelfristig gesehen bedeuten Bandnisse immer auch eine Gratwanderung zwischen der Vermittlung eigener Zielsetzung und permanenten Abstrichen an eben diesen.

Diese teilweise sehr engen Grenzen konkreter Bündnispolitik gilt es bewußt zu reflektieren, um herbe Enttäuschungen durch übertriebene Erwartungen zu vermeiden.

### ZUM SOZIALEN UND KULTURELLEN ASPEKT

Durch die Schaffung von Freifäumen wie besetzte Häuser, unabhängige Jugendzentren und andera unabhängige Projekte entsteht ein soziales und kulturelles Millieu , in dem eine antifaschistische Haltung entwickelt werden kann.

Freiräume sind die Basis um antifaschistische Politik verständlicher zu machen, und die Verwirklichung eines Teils unserer Utopien.

Die konsequente Ausdünnung(Räumung, Schließung) alternativer Kulturangebote durch den Staat nimmt uns Handlungsmöglichkeiten.

Durch das Leben von Alltagskultur,durch lebendig machen unserer Politik, üben wir praktische Kritik an einer ausschließlich interlektuellen Ebene der politischen Auseinandersetzung.

Lebendige Gegenkultur statt verknocherter Spezialistenpoltik.

Autonome/Antilmperialistische Politik bedeutet für uns nicht nur Politik frei von hierarchischen Strukturen, sondern auch Einheit von Politik und Leben, Politik als Prozeß der gesellschaftlichen und eigenen Veränderung.

Politik als kollektiv bestimmter Prozeß der Lebensführung.

Das was unsere Politik "attraktiv" machen kann ist die Erfahrung eigene Initiativen zu ergreifen, selbstverantwortlich und reflektierend an Veränderungen zu arbeiten.

Also all das zu können, was uns seit der Wiege ausgetrieben worden ist.

Arbeitslosen (Entgarantierten) Jugendlichen wollen wir keine neuen Ideologien oder andere identifizierungsmuster anbieten.

Unsere Politik soll ihnen ermöglichen ihre eigene Situation zu begreifen und sie befähigen, sich dagegen zur Wehr zu setzen.

Denn gegen die herrschenden Identifizierungsmuster von körperlicher Stärke, Nationalgefühl oder auch Ohnmacht setzen wir Selbstbestimmung, Eigeninitiative und kollektives Handeln.

Unser Widerstand muß so weiterentwickelt und vermittelt werden, daß er für all Die Handlungsmöglichkeiten aufzeigt, die mit ihrer Situation unzufrieden sind.

Revolutionäre Politik mißt sich also an der Realität und wird nachvollziehbar duch die Verknüpfung von Alltagskultur und politischen Inhalten .



Die Voraussetzung um vom bloßen reagieren auf faschistische Aktivitäten zum eigenen agieren gegen Neofaschisten zu kommen, sind die systematische Sammlung von Informationen und eigene Recherchen.

Nichts sollte den staatlichen Institutionen überlassen werden.

Das Wissen um neofaschistische Strukturen ist in der öffentlichen Auseinandersetzung Argumentationsgrundlage und gleichzeitig die Basis für Demos, Blockaden, Bestzungen und gezielte Aktionen, falls erforderlich.

Dazu gehört ein differenziertes und verantwortliches wählen und einsetzen der Mittel.

Ziel muß sein, das sich eine Aktion durch sich selbst vermittelt.

